

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Pf., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Pf. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 11. Februar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

#### Die neue Liebesgabe.

Wer da hat, dem wird gegeben, könnte als Motto vor den neuen Gesetzentwurf über die Zuckersteuer kommen, der jetzt dem Reichstage zugeht. Im Bundesrathe wurde er lange berathen und nur mit 36 gegen 21 Stimmen durchgedrückt. Preußen, Sachsen, Hessen, Braunschweig, Anhalt und die thüringischen Staaten stiegten über diejenigen, die ihre Zuckerfabrikanten durch den Gesetzentwurf benachtheiligt sehen. Die Zuckerkonsumenten in dem Deutschen Reich schädigt er überall auf das empfindlichste. Zwar könnten sie daran gewöhnt sein, denn das Deutsche Reich hat die Zuckerfabrikanten stets auf Kosten der deutschen Zuckerkonsumenten, also der großen Volksmassen, bevorzugt. Von 1873 bis 1889 galt ein Steuererlass, das für den Zentner Zucker demjenigen, der ihn nach dem Ausland verkaufte, die Steuer zurückgewährte, welche der Fabrikant für 12 1/2 Zentner Zuckerrüben gezahlt hatte. Diese Steuerrückvergütung war ein außerordentlicher Ansporn zur Verbesserung der Technik geworden, so daß die Fabriken nicht aus 12 1/2 Zentner, sondern schon aus 8 bis 8,5 Zentner Rüben einen Zentner Zucker herstellten. Sie bekamen also bei der Ausfuhr mehr Steuern zurückbezahlt, als sie vorher dem Staat bezahlt hatten — und zwar sind in dieser Weise von 1873 bis 1889 nicht weniger als 308 Millionen Mark an die Zuckerfabriken aus der Tasche der Steuerzahler geschenkt worden. 1887 wurde die Rübensteuer von 1,70 M. auf 80 Pf. für 100 kg herabgesetzt und eine Verbrauchsabgabe von 12 M. für 100 Kilogramm eingeführt, die versteckte Ausfuhrprämie dadurch vermindert. 1887/88 hatte der Gesamt-Steuerertrag der Zuckerfabrikation 118 Millionen Mark betragen, davon waren aber 105 1/2 Millionen Mark als Exportprämie zu gunsten der 391 Fabriken wieder verausgabt worden, so daß einschließlich des Zolls für fremden Zucker nur 14,7 Millionen Mark in die Reichskasse flossen. Das Zuckersteuer-Gesetz von 1887 hatte eine Steigerung der Einnahmen zur Folge; sie betragen 1891/92 143 1/2 Millionen Mark, aber nur 72 Millionen Mark davon flossen in die Reichskasse, der Rest kam den Zuckerfabriken, die sich auf 406 vermehrt hatten, zu gute. 1891 wollte Graf Caprivi diesen hohen Exportprämien ein Ende machen; die Rübensteuer wurde aufgehoben, die Verbrauchsabgabe auf 18 Mark pro 100 Kilogramm erhöht, und eine offene Exportprämie eingeführt, welche bis 1. August 1895 1,25 Mark, dann bis 1897 1 Mark betragen und dann ganz fortfallen sollte. Selbst bei dieser verringerten Exportprämie würden bis 1897 an die etwa 400 Zuckerfabriken gegen 590 Millionen Mark Ausfuhrprämie gezahlt worden sein.

Doch — wer den deutschen Unternehmern den „nationalen“ d. h. den auf Kosten der Nation gewonnenen Profit schädigt, muß büßen — Graf Caprivi stürzte und seitdem wählten die Zuckerinteressenten, um wieder ein Gesetz zu bekommen, das ihnen die Taschen voller füllt. Im Mai 1895 wurde ein „Nothgesetz“ durchgedrückt, das die alten

Prämien „vorläufig bis 1897“ auf 1,25 M. beließ. Gleichzeitig brachte der Abg. Prof. Paasche, der eifrige Vertreter der Zuckerfabrikanten, einen Gesetzentwurf ein, der höhere Prämien verlangte; im Landwirtschaftsrath und in allen agrarischen Versammlungen wurde für diesen Entwurf und für noch höhere Forderungen agitiert — und nun ist der Bundesrath den Wünschen der Zuckerbarone nachgegeben.

Natürlich — zufrieden sind sie nicht; der Landwirtschaftsrath hat in diesen Tagen sich mit der Vorlage beschäftigt und sie als unzureichend bezeichnet; vielleicht gelingt es der bekannten „kleinen, aber einflussreichen Partei“ noch höhere, noch unverkürzte Zuckerliebesgaben durchzusetzen.

Natürlich sind die Zuckerbarone „nothleidend“. Was in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eintreten muß, geschah: die Erhöhung der Prämien hatte eine Erhöhung der Produktion zur Folge; immer größer wurden die Fabriken, immer gewaltiger die Konkurrenz — und damit die Preisdrückerei. Dazu kam, daß das Ausland ebenfalls dem bösen Beispiel Preußen-Deutschlands folgte, Ausfuhrprämien gewährte, dadurch ebenfalls künstlich die Produktion steigerte und eine Ueberschwemmung des Weltmarktes mit Zucker herbeiführte, den nun diejenigen zu billigsten Preisen bekamen, die in der angenehmen Lage sich befanden, nicht selber Zucker zu produzieren, sondern ihn vom Auslande zu kaufen. England und Amerika haben den deutschen Zucker billiger als wir im deutschen Zucker-Reiche erhalten; wir müssen bis jetzt schon 9 Pf. für jedes Pfund Steuer bezahlen, der Engländer hat ihn steuerfrei und noch verbilligt um die Exportprämie von 1 Mark 25 Pf. für 100 Kilogramm.

Die Folge davon ist, daß das englische Volk weit mehr Zucker konsumiert als das deutsche, auf dessen Boden er erzeugt wird! In Großbritannien werden auf den Kopf der Bevölkerung 32 Kilogramm Zucker jährlich verbraucht, im Deutschen Reiche 8,8 Kilogramm! Anstatt daß nun die Gesetzgebung durch Befreiung jeglicher Besteuerung des Zuckers dafür sorgt, daß der heimische Konsum wächst und dadurch die deutschen Zuckerfabriken ihr Produkt im Inlande verkaufen können, soll abermals der deutsche Zuckerkonsum verringert werden! Denn das ist doch die naturgemäße Folge, wenn die Besteuerung des Zuckers und dadurch sein Preis erhöht wird! Das Ausland dagegen soll noch größere Vortheile wie bisher zugewendet erhalten, da die Exportprämie erhöht und dadurch der Zuckerpreis für das Ausland verbilligt werden soll.

Das nennt sich „nationale Wirtschaftspolitik“! Der neue Gesetzentwurf erhöht die Verbrauchsabgabe für Zucker von 18 M. auf 24 M. für 100 Kilogramm, mithin wird dem deutschen Volke jedes Pfund Zucker noch um 3 Pfennige Steuer verteuert werden, so daß im ganzen jedes Pfund Zucker mit 12 Pfennigen Steuer belegt ist. Die Exportprämie wird dabei von 1,25 M. auf 4 Mark gesteigert. Und außerdem kommt noch

eine neue Maßregel, die zu einer weiteren Erhöhung des Zuckerpreises im Inlande führen wird. Die Zuckerproduktion soll kontingentiert werden, d. h. wie schon beim Branntwein der Fall, wird die Neuanlage von Fabriken erschwert, zum theil unmöglich gemacht, was zur Folge hat, daß besonders diejenigen Bundesstaaten benachtheiligt sind, die erst im Laufe der letzten Jahre zum Rübenbau übergingen; dieser war früher nur auf bestimmten Bodenarten möglich, jetzt könnte er es fast überall sein — die „nationale“ Wirtschaftspolitik will aber nur denen geben, die da haben. Ferner sollen die bestehenden Zuckerfabriken nur eine bestimmte, für jede Fabrik nach dem Durchschnitt der fünf letzten Jahre bemessene Menge produzieren dürfen, wenn sie nicht einen Zuschlag zur Steuer — eine Straffsteuer — von 1 M. für 100 Kilogramm zahlen will. Der Gesetzentwurf setzt das gesammte Kontingent auf 14 Mill. Tonnen fest; die Produktion des letzten Jahres betrug aber 1,7 Mill. Tonnen, und wenn, wie ja die Zuckerfabrikanten hoffen, durch die Erhöhung der Prämie die Ausfuhr steigt, so werden doch mindestens diese 1,7 Mill. Tonnen auch im nächsten Jahre verbraucht. Es würden dann 0,8 Mill. Tonnen mit der Straffsteuer von 1 M. produziert werden — und das würde wie beim Branntwein zur Folge haben, daß der Preis der gesammten Produktion, soweit sie im Inlande abgesetzt wird, sich um 1 M. für 100 Kilogramm erhöht, die wiederum der deutsche Konsument bezahlen muß.

Eine weitere Mehrausgabe wird ihm dadurch aufgebürdet, daß eine Betriebsabgabe erhoben werden soll, angeblich zu gunsten der kleinen und mittleren Betriebe gegenüber der Konkurrenz der großen, die Steuer staffelweise steigt. Der Erfolg nach dieser Richtung ist jedoch zweifelhaft, denn die Großproduzenten werden, wie dies bisher schon der Fall war, die kleineren trotzdem überflügeln. Sicherer ist, daß sich der Preis des sämmtlichen Zuckers um den Betrag der höchsten Staffel steigern wird, also ebenfalls um etwa 1 M. Rechnet man noch die Ausfuhrprämie von 4 M. hinzu, die ebenfalls preissteigernd auf den Inlandzucker wirken muß, so kam sich der deutsche Zuckerkonsument auf eine Preissteigerung von 10—12 Pfennigen für jedes Pfund Zucker gefast machen, so daß er denselben nicht nur wie jetzt um 18 Pfennige, sondern um 28 bis 30 Pfennige pro Pfund theurer bezahlt, als das Ausland! Den Zuckerfabriken aber wird damit anstatt der jetzigen Liebesgabe von 15 Millionen Mark eine solche von etwa 65—70 Millionen Mark gewährt, die von den deutschen Zuckerkonsumenten gezahlt werden muß. Geschädigt werden durch das Gesetz in den Bezirken, in denen neue Fabriken entstanden sein würden, — was jetzt nicht mehr möglich ist, — die meist wirklich nothleidenden kleinen Rübenbauer; den Vortheil haben die großen Zucker-Aktiengesellschaften, die ihren Aktionären hohe Dividenden und den Arbeitern erbärmliche Löhne zahlen. Denn — wer da hat, dem wird gegeben, und wer da nichts hat, dem wird genommen.“

52

#### Clotilde.

Roman aus der Gegenwart von H. W. M. von Balthausen.

„Auerhört!“ rief Elly und warf das Schreiben wieder ihrer Mutter zu.  
 Benovon war es peinlich, jetzt neben den beiden Damen zu sitzen, er hatte, ihre Erregung bemerkend, ein Zeitungsblatt zur Hand genommen und verbarg sein Gesicht dahinter, um nicht Zeuge eines Familiendramas zu werden, um den Damen das beschämende seiner Gegenwart zu entziehen.  
 Dann brach er auf und wollte sich entfernen.  
 Als er sich erhob, schoß der Gräfin ein Gedanke durch den Kopf: da wäre ja gleich ein Erbstück!  
 „Wie? Sie wollen uns verlassen?“ rief sie mit größter Liebenswürdigkeit. „Jetzt, wo wir den Rath eines verständigen Mannes am nötigsten brauchen?“  
 „Ich möchte nicht hören.“  
 „Im Gegentheil, Sie sollen unsere Aufregung beschwichtigen, unseren Unmuth zerstreuen: Betrachten Sie es als den Beweis des vollsten Vertrauens, das wir Ihnen entgegenbringen, und lassen Sie sich erbitten, uns mit Rath und That gefällig zu sein. Wir haben vor Ihnen keine Geheimnisse mehr, bitte lesen Sie.“  
 Die Gräfin reichte ihm die Schriftstücke.  
 Wenn sie nicht leiste und zankte und ihre lebenswürdige Seite zeigte, mußte man in der Gräfin die Kluge, vornehme Frau erkennen, die nie umsonst bittet.  
 Auch Benovon ließ sich bestimmen, nochmals Platz zu nehmen. Er nahm die Schreiben, die ihm überreicht wurden, und las.  
 Währenddem sprachen Elly und die Gräfin kein Wort,

aber die letztere entwickelte ein Augenspiel mit ihrer Tochter, das den geplanten Männerfang deutlich ausdrückte.  
 Elly verstand ihre Mutter.  
 Benovon las das erste an die Gräfin gerichtete und dann das amtliche Schreiben durch (den Brief an Elly hielt die Gräfin im Kouvert zurück), worauf er sie wieder zusammenlegte.  
 „Nun was rathen Sie?“ fragte gespannt Elly.  
 Benovon antwortete rasch: „Heute noch zu unterschreiben, dann sind Sie morgen frei.“  
 „Ach!“ seufzte Elly.  
 „Aber seine Schulden,“ brauste die Gräfin auf, „die soll ich bezahlen?“  
 „Es wird das vernünftigste sein.“  
 „Nein, das thu' ich nicht.“  
 „Ersparen Sie sich alle Weiterungen. Zeigen Sie, daß das Vertrauen, welches Sie in mich setzen, das Sie mir entgegenbringen, ein vollkommenes ist, folgen Sie meinem Rathe.“  
 „Ach wir stehen aber dann ganz allein in der Welt da,“ hauchte Elly.  
 „Ich werde Ihr Vertrauen zu rechtfertigen suchen und auch ferner Ihnen zur Seite stehen,“ sagte verbindlich Benovon.  
 „Das wollen Sie? Ach, wie würde uns dies freuen,“ entgegnete freudestrahelnd Elly.  
 „Daß ich diesem Nichtswürdigen noch Geld nachwerfen soll, das ärgert mich,“ zischte die Gräfin. „O könnte ich ihn nur noch einmal die Wahrheit sagen, er sollte an mich denken.“  
 „Das wird er nur zu bald, wenn er in Armuth versinkt, laß doch, Mama, zahle seine Schulden, wir haben es ja.“

Elly hatte die richtige Seite, den Hochmuth bei der Gräfin angeschlagen, sie fing an, mit ihrem Reichthum zu prahlen.  
 „Du hast recht, Elly, wir zahlen. In der Residenz, wo Dein Mann mit einer Duhlerin durchgebrannt ist, können wir so wie so nicht mehr leben, ich überlasse den Gläubigern das Wirtschaftsgebäude unseres Grundstücks, verwerthe es dabei gut und wir können hinziehen, wohin es uns gefällt.“  
 „Kellner, bringen Sie ein Schreibzeug. Sie sollen sehen, Herr Benovon, daß Ihr Rath, Ihre Stimme bei uns gilt.“  
 Der Kellner brachte Tinte und Feder und ging wieder. „Komm, Elly, hier unterschreibe.“  
 Diese Schmähschriften werden sodann ein Raub der Flammen. Nicht eine Zeile will ich von diesem Undankbaren, dem ich durch meinen Einfluß zu einer so hohen Stellung verholfen, mit auf mein Zimmer nehmen.  
 Elly hatte unterzeichnet und zeigte das Schreiben ihrer Mutter.  
 „Es ist gut so,“ sprach die Gräfin und rief dem Kellner zu: „Bringen Sie ein Licht und etwas Siegelack,“ dann faltete sie das Schreiben.  
 „Erlauben Sie,“ erbot sich Benovon, „daß ich Ihnen die Mühe des Siegelns abnehme.“  
 Der Kellner brachte ein brennendes Licht und Siegelack und entfernte sich.  
 „Hier ist mein Siegelring mit unserem gräflichen Wappen, und hier, mein Herr, ist die Entsagung meiner Tochter, möge ihr bald ein freundlicheres Eheglück erblihen.“  
 „Sie haben wohl die Güte und werfen beim Nachhausegehen diese Befreiungsurkunde heute noch in den Postkasten.“

# Ein psychiatrisches Gutachten über Brausewetter.

Von einem unserer hervorragenden Irren-ärzte, dem Leiter einer großen, rühmlichst bekannten öffentlichen Irrenanstalt, ist der „Volks-Zeitung“ auf deren dahin gerichtete Bitte eine gutachtliche Äußerung über den Zustand Brausewetter's während der letzten Zeiten seiner Dienstführung zugegangen, die das Blatt mit ausdrücklicher Genehmigung des Herrn Einsenders, als Beitrag zur Klärung des „Halles Brausewetter“, wie folgt wiedergibt:

„Was ich aus den früher zur allgemeinen Kenntnis gekommenen auffälligen Handlungen und Worten dieses Beamten weiß, macht es sehr wahrscheinlich, daß er schon lange krank gewesen sein muß. Denn erstens verlaufen im allgemeinen vier, mindestens aber zwei Jahre von vollendeter Ausbildung des Leidenden, an dem Herr Brausewetter gestorben ist, bis zum Tode; schon diese Daten geben Anhaltspunkte für den Schluß, daß Herr Brausewetter noch lange nach voller Entwicklung seines schweren Leidens amtierte.“

Dem Ausdruck seiner Krankheit pflegen aber zweitens jahrelange Vorläufer voraus zu gehen, welche — abgesehen von einem im ganzen der Rückenmarks-Schwindsucht (Tabes) ähnelnden Zustande von in vielen Rezenterritorien austretenden Lähmungen — sich charakterisieren durch einen Verlust des sozialen und sittlichen Taktgefühls. Das Auftreten grober Taktlosigkeiten spielt in der Amtsführung des Herrn Brausewetter eine große Rolle. Ich will mich anheißig machen, aus dem Verhalten Herrn Brausewetter's nachzuweisen, daß seine Taktlosigkeiten nicht mehr allein aus dem Prinzip der Schneidigkeit und dem Motive der Dienst-eifrigkeit sich erklären lassen, sondern daß sie auch zugleich einem Mangel der Kritik und einer seelischen Ataxie, d. h. der Unfähigkeit, der beabsichtigten Wirkung das entsprechende Ausmaß in Stärke und Richtung des Handelns zu geben, entsprungen sind. Daß unsere allgemeinen Zustände es den privilegierten Klassen im Lande nahe legen, den Mund entsetzlich voll zu nehmen, kann die großen Verhältnisse des unglücklichen Brausewetter gegen alles, was für eine würdige Führung des Richteramts maßgebend sein sollte, allein noch nicht erklären. Ob eine Abweichung von der Norm schon krankhaft ist, das ist unter anderem auch zu bestimmen nach dem, was nach allgemeiner Erfahrung üblich und zulässig ist. Vielleicht führt die weitere Entwicklung des öffentlichen Lebens noch zu einer solchen Verschlechterung des Tons und des Gefühls für die hohe Würde des Richteramts im Staat, welche ein Verhalten à la Brausewetter als noch dem Durchschnitt entsprechende erscheinen läßt; so weit sind wir aber heute noch nicht. Das in Frage stehende Verhalten lag schon außerhalb der Breite des Normalen. Man kann sich gar keinen besseren Schulfall denken, als die bekannten Aphorismen Brausewetter's, um einem Studenten-Auditorium klar zu machen, in welcher besonderen Form die Mängel des Taktgefühls auftreten können, wie sie den ersten Erscheinungen der Hirnerweichung (progressiven Paralyse) eigentümlich sind.

Wenn es wahr ist, daß ein Schreibstübiger schon geraume Zeit an der Handschrift des Verstorbenen auffallende Veränderungen gemerkt hat, so würde das nur die Diagnose einer seit längerer Zeit bestehenden Gehirnerweichung bestätigen, denn Schreibstörungen — wellige Linien, ausfallende Striche, Fortlassen von Buchstaben, Entstellung ganzer Worte — sind für diese Krankheit charakteristisch, als alle anderen sie begleitenden Erscheinungen mangelnder Muskeldirektive von der Hirnrinde aus. Es ist einfach töricht, wenn die ärztliche Sachverständigen-Zeitung die Nachrichten über Schreibstörungen in diesem Falle in das Gebiet der „Graphologie“ rechnet und als solche herabsetzt. Die Kenntnis dieser Störungen gehört zu dem absolut gesicherten Bestehende der Nervenheilkunde und hat mit Graphologie nichts zu thun.

So einer der hervorragenden Psychiater. Was sagen dazu die juristischen Gewährsmänner des Justizministeriums, die — laut „Reichs-Anzeiger“ — von dem „Verlust des sozialen und sittlichen Taktgefühls“ sowie anderen Begleiterscheinungen der Brausewetter'schen Nervenkrankung bis zum letzten Tage nichts gespürt, wohl aber ihre Bewunderung für die Klarheit seines Urteils z. aus gesprochen haben? —

## Politische Uebersicht.

Berlin, 10. Februar.

Der Reichstag beschäftigte sich heute mit einem alten Bekannten: der „neuen“ Gewerbe-Ordnungs-Novelle. Es ist die alte „Novelle“ — nur noch etwas veraltet und ver-

Zu dienen, gnädige Frau Gräfin.“ Venonon steckte das Schreiben in seine Brusttasche und überreichte der Gräfin ihren Siegelring. „Und nun zünden Sie uns noch ein Freudenfeuer an, indem Sie schnell diese Papiere verbrennen.“ „Doch was sehe ich? Es ist ja darauf eine Stadtpost-briefmarke? Der Absender ist also hier. Ah! das soll mir noch eine Herzensstählung werden, nun will ich erst recht nicht ruhen, bis ich den Verfälscher gefunden und ihm meine Meinung noch einmal tüchtig gesagt habe.“ „Greifen Sie sich nicht. Sehen Sie nur, wie das auf-lobert und brennt! Die Fackel der Liebe flammt noch einmal empor, um jetzt — da — für immer zu erlöschen im letzten Funken.“

Ein Stein des Anstoßes ist hinweggeräumt, er fällt in nichts zusammen, der letzte Reize des Unfriedens liegt hier verloscht, der letzte Unruhstifter verflüchtigte sich in Rauch aufgehend und wurde zu Asche.

„Wie gut, daß es vorbei ist,“ sagte Ellj, „ich fühle mich befreit.“ „Lassen Sie mich die Antwort schnell befördern, schlafen Sie wohl!“

„Ich denke, wir unternehmen zu Wagen morgen einen Ausflug ins Freie. Ein neuer schöner Tag beginnt. Und dann im Kurzaale ein Spielchen, das selbst werde mich begeistern, das Glück steht uns in Ihnen ja zur Seite.“

Mit diesen Worten verabschiedete die Gräfin unter ausdrucksvollem Mienspiel den Herrn Venonon. Ellj reichte ihm ihre zierliche Hand dar zum Handkuss. Venonon ergriff sie und lächelte sie, und mit den Worten: „Ewig der Ihrige“ ging er stolz, als habe er eine Schlacht gewonnen, zur Thür hinaus.

Die Gräfin sah ihn zufrieden lächelnd nach und betrachtete ihn schon als ihren Schwiegersohn. „Er ist der unferne,“ raunte sie Ellj zu.

Im Zimmer oben gab sie ihrer Freude Ausdruck und ihrer Tochter Winke: „Das wäre ja prächtig, wenn Du Dich sofort wieder verheirathen könntest.“ (Fortsetzung folgt.)

schlechter. Der Appetit wächst während des Essens und die Reaktion hat in Deutschland während des letzten Jahres ihre Kräfte und ihren Appetit tüchtig gestärkt. Es ist die Stidluft der Polizeistube, die uns aus der „Novelle“ entgegenweht.

Erstens Polizei, zweitens Polizei, drittens Polizei. Dem Hausirhandel und der Kolportage soll der Hals herumgedreht werden. Die so verwöhnten Hausirer und Kolporteur tragen moderne Ideen auf das Land, sie sind in mehr als einer Beziehung die Pioniere der bürgerlichen Kultur und das ist Grund genug, sie zu hassen. Da wendet man sich denn an den Reich und die Begehrlichkeit der Kleinräumer und Kleingewerbetreibenden, denen man den konkurrierenden Hausirer sowie die konkurrierenden Konsumvereine als Opfer darbietet, um sie für die muckerisch-zünftige Polizei-Sozialreform und die Reaktionskandidaten zu gewinnen.

Und gegen die armen Kolporteur und den bösen Kolportagebuchhandel führt man die „Ethik“ ins Feld, die durch die von ihnen verbreiteten Schriften angeblid verlehrt werde. Mit der Ethik ist es ein eigenes Ding. „Der Schinderhannes“, „der Scharfschützer Krauts“ und ähnliche Blut- und Schmutzromane sind „ethisch“, was aber, sei es noch so entfernt, nach Sozialismus, Demokratie oder wissenschaftlicher Kritik riecht, verlegt die Polizei „Ethik“, wie unser Genosse Reichhaus darlegte. Die Debatte konnte nichts Neues zu Tage fördern. Fortschrittler (Schneider), Nationalliberale (Gasse, Würtlin und Quäntin — letzterer der Nachfolger Hammerstein's, das einzige Bemerkenswerthe an ihm), Centrum (Wollschläger, und Wegner, der wenn auch nicht traurige doch tranernde „Juni“ - Don Quixote) — brachten die hundertmal gehörten Klagen, Wünsche und Gründe vor. Recht früh sprach der Volks-parteieller Geller, der meinte, wenn man den Militarismus beschränke, auf Flotten-Pläne verzichte, die Steuern herabsetze, für befriedigende Zustände im Land Sorge, werde man dem deutschen Mittelstand bessere Dienste leisten als durch eine derartige Vorlage. In den sozialen Kern der Frage ging nur Reichhaus ein, der die Zwecke der Novelle beleuchtete, deren freizeitsfeindlichen Charakter scharf kennzeichnete und die Thorheit geistigte, durch solche Mittel den Fortschritt hemmen und den Niedergang der kleinen Leute aufhalten zu wollen.

Gegen 5 1/2 Uhr wurde die Debatte vertagt. Morgen: Fortsetzung der heutigen Debatte. Vorher aber Vintellisten-Interpellation.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Montag die zweite Beratung des Justizetats. Das Haus wies bedeutliche Mängel auf, namentlich die Bänke der Rechten waren recht schwach besetzt. Die angestregten Debatten der vorigen Woche über die Noth der Landwirtschaft haben die Junker offenbar so mitgenommen, daß sie für andere Fragen kein Interesse mehr haben. Eine arge Enttäuschung sollte denen bereitet werden, die dem Gerächte glauben geschenkt hatten, daß die Anwesenheit Brausewetter und ähnliche Vorgänge der letzten Zeit zur Sprache gebracht würden. Wer sich auch nur einen Augenblick in diesen holden Bahnen verlesen konnte, der kennt eben nicht die auf Grund des Dreiklassen-Wahlsystems zuhause gekommene preussische „Volksvertretung“. Diese Herren liegen ihre eigenen Wünsche weit mehr am Herzen, als die des Volkes, und da sie die in unserer Rechtspflege zu tage getretenen Schäden bisher nicht an ihrem eigenen Leibe gespürt haben, so hatten sie vom ihrem Standpunkt aus keinen Grund, so wichtige Fragen zum Gegenstand der Erörterung zu machen. Wer die Debatte mit anhörte, ohne die gedruckte Tagesordnung vor sich zu haben, der konnte unmöglich wissen, daß der Justizetat zur Beratung stand. Der größte Theil der Sitzung wurde mit einer Kulturkampf-Debatte ausgefüllt, da eine gelegentliche Beschwerde des Zentrums-Abgeordneten Brandenburg über die Freisprechung des bekannten Pastors Thälmann dem allseitig kampfbereiten Nationalliberalen v. Eyvern die erwünschte Gelegenheit gab, mit aller Schärfe gegen das Zentrum vorzugehen. Mit derselben Schärfe erwiderten die Abg. Dr. Porsch und Kirsch vom Centrum, und schließlich veranlaßte eine kurze Bemerkung des Fhrn. v. Heereman auch Herrn Dr. Sattler, das Wort zu ergreifen. Wer über Kulturkampf-Debatten zwischen den genannten mit anhören mochte, der wird es erklärlich finden, daß nichts gesagt wurde, was nicht mit anderen Worten schon gesagt worden ist. — Erwähnungswürth ist die Rede des konservativen Abg. Busch, der sich gegen die Einführung der Berufung in Strafsachen und gegen das Wiederaufnahmeverfahren wandte und den Justizminister im Namen seiner Partei ersuchte, im Bundesrath seinen Einfluß gegen das Zustandekommen der Justiznovelle geltend zu machen, mit der sich der Reichstag zur Zeit befaßt. Der Minister lehnte ein Eingehen auf diese Frage ab. Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Zur Begründung eines allgemeinen preussischen Städtetages hat sich am Sonntag im Rathhause zu Berlin eine Versammlung von Vertretern von 64 preussischen Städten mit über 25 000 Einwohnern entschlossen. Auf Antrag des Oberbürgermeisters Westerberg-Kassel und Genossen wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen:

„Die Versammlung wolle beschließen, einen allgemeinen preussischen Städtetag zu gründen und zur Beratung der Organisation desselben eine Kommission von sieben Mitgliedern zu wählen.“

Man kann dieses Projekt als eine Antwort des städtischen Bürgerthums auf die Organisation der Großgrundbesitzer im Bunde der Landwirthe auffassen. Die Arbeiterinteressen werden auch in dieser Organisation günstigstenfalls erst in zweiter Linie wahrgenommen werden. Dennoch kann auch diese Interessens-Organisation förderlich auf unser öffentliches Leben einwirken.

Die „Krenz-Zeitung“ will in bezug auf das sächsische Wahlrechts-Attentat nicht gesunkert haben. Sie beruft sich auf einen Passus der Regierungsvorlage, der nicht plutokratisch aussieht. Sie hätte in den Motiven sogar Stellen gefunden, die sich direkt gegen die Plutokratie aussprechen. Aber das sind nur schöne Redensarten. Thatsache ist, daß die gesammte Arbeiterklasse, welche in Sachsen wie überall die Mehrheit der Bevölkerung bildet, von den beiden ersten, die bestehende Minderheit umfassenden Klassen majorisiert und mundtödt gemacht ist. Und was wiegt schwerer, die Redensarten oder die Thatsache! —

Serton wurde an stelle Mac Carthy's zum Vorsitzenden der irischen Partei des englischen Unterhauses gewählt. Vieles wird geglaubt, wenn Serton, der die antiklerikale Richtung gegenüber Hoah vertritt, die Führerschaft annehme, werde es ihm gelingen, den Bruch zwischen Antiparnelliten und Parnelliten zu heilen.

Chronik der Majestäts-Beleidigungs-Prozesse. Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts Berlin I

hatte sich der Arbeiter Dieble wegen Majestäts-beleidigung zu verantworten. Einem Schutzmänner gegen-über hatte der Angeklagte am 19. Dezember v. J. die Äußerungen gemacht, die als Majestätsbeleidigungen unter Anklage gestellt wurden. Der Einwand des Angeklagten, daß er insolge einer Kopfverletzung nicht ganz zurechnungs-fähig sei, fand bei dem Gerichtshofe kein Gehör, weil derartige Ausreden schon zu einer beliebigen Mobe geworden seien und nach dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen die Verletzung zwar eine Reizung des Gehirns zur Folge hatte, jedoch die freie Willensmeinung nicht ausschloß. Unter Berücksichtigung der Angetrunkenheit des Angeklagten und daß die Beleidigung eine rohe und empörende war, ging der Gerichtshof über das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß von 3 Monaten hinaus und erkannte auf 9 Monate Gefängniß.

Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts Berlin II wurde gegen den Typier Kraah unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt. Kraah arbeitete im vorigen Sommer in Kallberge-Rüdersdorf, wo er in Gemeinschaft mit dem Bergmann Barsiedt bei dem Bergmann Schudy in Schlafstelle lag. Eines Abends kamen die beiden Schlafbrüder aus einer Kneipe betrunken heim und gerieten beim Schlafengehen in Streit. Barsiedt äußerte im Verlaufe des Wort-gesichts: „Ich habe drei Kaiser gebient!“, und Kraah gab darauf eine Erwiderung, die zwar nur ausdrücken sollte, daß ihm dies sehr gleichgiltig sei, er gab aber seiner Erwiderung eine sehr landläufige Form, die auf den Kaiser angedeutet, eine schwere Majestätsbeleidigung darstellte. Barsiedt erstattete Anzeige. Der Gerichtshof sagte die Sache sehr milde auf und erkannte nur auf zwei Mo-nate Gefängniß.

## Deutsches Reich.

— Verbot der Glühlichter. Im „Reichs-Anzeiger“ wird folgende von Herrn v. Bötticher veröffentlichte Erklärung publizirt:

„Nachdem durch rechtskräftige Urtheile des Königl. Land-gerichts I hier selbst gegen die in Wien erscheinende humoristisch-satirische Druckschrift „Glühlichter“ zweimal binnen Jahresfrist Verurtheilungen auf Grund der §§ 41 und 42 des Strafgesetzbuchs erfolgt sind, wird in Anwendung des § 14 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 („Reichs-Gesetzbl.“ S. 65) die fernere Verbreitung dieser Druckschrift auf die Dauer von zwei Jahren hiezu verboten.“

Lieb Vaterland, laßst ruhig sein.

— Gegen die Margarine-Vorlage werden in den verschiedenen Gegenden des Reiches zahlreiche Versammlungen abgehalten, die sich eines starken Besuches erfreuen und in ent-schiedener Weise gegen die Vorlage und gegen die in der Kom-mission angenommenen Verschlechterungen derselben protestiren.

— Ein Beitrag zur Rothhandsgeschichte der Agartier wird von der Breslauer Morgenzeitung in folgen-den Worten mitgetheilt: Dieser Tage lasen wir in der „Schles. Zig.“ folgendes Inserat:

„Eines der besten Rittergüter des Landkreises Sienzig, 5 Kilometer von der Stadt Sienzig, nur vor-züglicher Boden, höchster Grundsteuer-Reinertrag, intensive Kultur, sehr schöne Gebäude, 970 Morgen groß, gutes Viehen-verhältnis, soll wegen Krankheit des Besitzers auf 18 Jahre verpachtet werden. Ein Vermögen von 100 000 M. ist erforderlich. Hohe Rentabilität nachweisbar.“

Sagt das Inserat oder spricht es die Wahrheit? Das erfieren dürfen wir nicht wohl annehmen, denn das hiesige In-ferent schwer beleidigen; so wird also die Behauptung von der „hohen Rentabilität“ den Thatsachen in angenehmster Weise entsprechen.

Was sagen aber dazu die jammernden Agartier? Thatsachen sind doch höchst unbedeutsame Dinge.

Leipzig, 10. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Eine von 150 Personen besetzte Generalsversammlung des nationalliberalen Landesvereins Sachsens nahm am 9. Februar nach einem Referate des Landtags-Abgeordneten Schil eine Resolution Professor Webermann's an, in der sich die An-weisenden für die Wahlrechtsvorlage der Regierung vorbehaltlich kleiner Änderungen erklärten, im Prinzipie die Aufrechterhaltung des geheimen Wahlrechtes fordernten und die Landtags-Abgeordneten ersuchten, in diesem Sinne zur Vorlage Stellung zu nehmen. Die Vorlage läßt das geheime Wahlrecht, der bezügliche Beschluß ist also nichts als blöde Heuchelei.

## Schweiz.

So'o'huru, 9. Februar. Das Gesetz über den Arbeiterinnen-schutz wurde mit 678 Stimmen gegen 743 Stimmen ange-nommen.

## Frankreich.

— Die Glashütte der Arbeiter in Cormaux ist im Bau begriffen. Wie wir einem Berichte von Ort und Stelle ent-nehmen, sind die Vorarbeiten im besten Gang. Ein Theil der Arbeiter, die in dem Etablissement beschäftigt werden sollen, ist schon bei den Vorarbeiten (Planirung, Graben u. s. w.) thätig, und der Platz, auf dem die Glashütte in sechs Monaten stehen soll, bietet das Schauspiel eines wimmelnden Ameisen-haufens dar. Das Streiten hat vollständig aufgehört und die Cormaux'er haben sich ganz damit angeeignet, daß der Bau in dem benachbarten Wald errichtet wird. Die Beiträge laufen sehr gut ein; und die finanzielle Grundlage des Unternehmens ist jedenfalls gesichert. Ob auch die ökonomische Grundlage sich finden wird, das ist freilich eine andere Frage.

— Das Schwurgericht in Versailles fällt am 7. d. M. in dem Prozesse der 104 das Urtheil. Balou, Aubé, de Colleville und Bonnetiere erhielten 1 Jahr Gefängniß und 3000 Fr. Geldstrafe, Vitrac-Desroziers 8 Monate Gefängniß und 1000 Fr. Geldstrafe, Pascal 8 Monate und 500 Fr., Calametti 2 Monate und 500 Fr. und Houillot 1 Monat und 100 Fr. Geldstrafe. Sämmtliche Angeklagte wurden außerdem zu je 5000 Fr. Schadenersatz verurtheilt, und jede der beiden klagenden Parteien zu zahlen sind, sowie überdies zu den Kosten. Die Angeklagten waren sämmtlich nicht erschienen.

Dem Berichte der Enquete-Kommission über die Ausgaben der Eisenbahn-Gesellschaften für „Publizität“ entnimmt die „Frank. Zig.“ folgende Angaben. Der Bericht erstreckt sich nur auf drei Jahre: vom 1. Oktober 1881 bis 31. Oktober 1882, vom 1. November 1882 bis 31. Oktober 1883, vom 1. November 1883 bis 31. Oktober 1884. Von den Zeitungen ist das Blatt, das am meisten erhalt, der „Figaro“ (57 500, 33 720 und 9320 Fr.). Das erste Jahr finden wir noch folgende Blätter verzeichnet: „L'XIX. Siècle“ (6 Monate, 9000 Fr.), „Parlement“ (9 Monate, 9000 Fr.), „Moniteur universel“ (10 000 Fr.), „Patrie“ (11 000 Fr.), „National“ (18 500 Fr.), „Gaulois“ (11 Monate, 16 500 Fr.), „L'Ordre“ (16 000 Fr.), „Rappel“ (18 000 Fr.), „Radical“ (18 000 Fr.) u. s. w. Im ganzen wurden im ersten Jahre für Abonnements, Ankauf von Prospektoren und Zeitungen, Auszahlungen an einzelne Personen u. s. w. 735 798 Fr. ausgegeben. Im Jahre darauf wurden für die gleichen Zwecke 718 347 Fr. verausgabt und im folgenden Jahre 408 288 Fr.; das ergibt zusammen für die drei Jahre 1 857 381 Fr. Die

starke Abnahme der Ausgaben im letzten Jahre ist darauf zurückzuführen, daß die neuen Verträge und damit auch die Verlängerung der Konzeptionen gestrichelt war, die Gesellschaften also größere finanzielle Anstrengungen zu Zwecken der „Publizität“ nicht mehr so nötig hatten.

— **London** erklärte seinem Verteidiger Dumange schriftlich, daß er in einem eventuellen Prozeß, sei es als Zeuge, sei es als Angeklagter, jede Auskunft über die kompromittierten parlamentarischen Verweigerer verweigern werde. Er werde lieber den Verdacht auf sich nehmen, die Summe von 1800 000 Franks, die ihm Reinach gegeben, für sich allein behalten zu haben, als daß er vor dem Richter als Denunziant aufträte. Sein Entschluß sei unerschütterlich.

### England.

Der „Daily Telegraph“ bestätigt die Meldung, daß die Regierung etwa 10 Millionen Pfund Sterling für Schiffbauten auszugeben gedenke. Im Finanzjahre 1895/96 sollen 5 Schlachtschiffe gebaut werden, ferner 4 Kreuzer I. Klasse, sowie wahrscheinlich 3 Kreuzer II. Klasse, 6 Kreuzer III. Klasse und 20 Torpedo-Zerstörer, jedoch keine Torpedoboote.

### Belgien.

**Brüssel**, 10. Februar. Der Zentralverein der belgischen Landwirthe brachte beim Senat und der Kammer eine Petition ein, in der die Regierung ersucht wird, bei den Mächten Schritte zu unternehmen behufs Wiederherstellung des Bimetallismus.

### Niederlande.

**Amsterdam**, 8. Februar. Nach den Blättermeldungen aus Batavia ist in Sigtang im Distrikt Pontianak auf der Insel Borneo ein ziemlich ernster Aufruhr ausgebrochen. Ueber die Ursachen des Aufstandes sind genaue Meldungen noch nicht eingegangen. Zur Zeit sollen 275 Soldaten in Begriff sein, die Aufständischen einzuschließen.

### Italien.

**Rom**, 10. Februar. Die hiesigen militärischen Fachblätter erkennen an, daß Baratieri noch lange wird zur Unthätigkeit gezwungen sein, da seine Heeresmacht derjenigen Menelik's durchaus nicht gewachsen ist. Crispi ist über General Baratieri außer sich aufgebracht, da die Mißerfolge in Afrika sowohl in politischen Kreisen wie im Volke seine Popularität untergraben.

### Spanien.

**Madrid**, 9. Februar. Der Präsekt von Madrid und der Präsident des Municipalrathes haben ihre Entlassung eingereicht, welche angenommen wurde.

**Madrid**, 10. Februar. In der Presse und den maßgebenden politischen Kreisen werden Stimmen laut zu Gunsten der Beilegung des kubanischen Krieges durch Zugeständnisse an die Aufständischen. Als Grund hierfür werden benutzende Meldungen über die Vortrennungswirren auf den Philippinen bezeichnet.

### Asien.

— Auf Formosa ist ein Aufruhr ausgebrochen; etwa 10 000 Aufständische griffen Lamsui, Sirame, Suncho, Kofuki und Toipe an. Die Eisenbahnen und die Telegraphen wurden zerstört. Die siebente japanische Brigade ist in Kelong eingetroffen. Die Aufständischen schlugen sich mit großer Energie und großem Muth. Die Lage ist ernst geworden.

### Afrika.

— Die einzigen Erfolge des Generals Baratieri sind die Ausweisungen der Zeitungs-Berichterstatter vom Kriegsschauplatz. Nach dem Korrespondenten des „Secolo“ wurde nun auch der Korrespondent des Mailänder „Corriere della Sera“ ausgewiesen. Nun wird nur noch die reine krispinische Wahrheit aus der erythraischen Kolonie berichtet werden.

Eine größere Anzahl von Parteigenossen waren gestern Abend bei Mörching, Admiralstraße, beisammen, um sich nach ihrer Weise und ihren Bedürfnissen zu unterhalten. Plötzlich rückte die Polizei in großer Anzahl und mit entsprechendem Arm her an und „löste die Versammlung auf.“ Charakteristisch ist, daß der servierende Kellner sich als Polizeibeamter entpuppte und in großem Eifer und mit viel Pflichtgefühlshaltung den mitanwesenden Abgeordneten Fischer anrief: „Sie sind mein Arrestant!“ dann auf Verlangen natürlich die Marke vorwies, die er am Uhrband trug. Herr Polizeikommissar Schöne nahm sich des so eigenhändig Arrestirten an und ließ ihn auf der Straße wieder frei. Die übrigen Eiskriten wurden einzeln in Begleitung von Kriminalbeamten nach dem Alexanderplatz eskortirt.

## Die Hutarbeiter-Aussperrung vor dem Berliner Gewerbegericht.

Montag, den 10. Februar, war wegen der Aussperrung zu Grunde liegenden Streiks der Arbeiter der Firma S. Bambus u. Co. (Baruch) ein Einigungstermin vor dem Gewerbegericht anberaumt, in welchem beide Parteien erschienen waren. Die Wollfilzhut-Fabrikanten waren fast vollständig da. Die Aussperrten waren durch die Lohnkommission, bestehend aus den Gutmachern Sauschke, Paul und Meckel vertreten. Den Vorsitz des Gerichts führte Assessor von Schulz; als Vertreter der Unternehmer fungirten die Herren Bernhard und Weigert, als Beisitzer die Arbeiter Lunds und Millarg. Assessor v. Schulz erklärte zunächst, daß das Gewerbegericht von keiner der Parteien angerufen worden ist, sondern auf Grund einer Zeitungsnachricht vermittelnd eingegriffen habe. Die Hutarbeiter erklärten durch Sauschke, daß die gemahregelte Frau Schwägerle wieder eingestellt werden müsse. Am den Unternehmern entgegenzukommen, würden sie aber die Forderung auf Ersatz für den Ausfall an Arbeitsverdienst, der durch die Aussperrung entstanden ist, auf die Hälfte reduzieren.

Rundweg abgelehnt wird die erste Forderung seitens der Hutfabrikanten durch Herrn Gattel, und zwar mit der Motivirung, daß sie Herren im Hause bleiben müßten. Nach einer Schilderung des Voralles einerseits durch den Vertreter der Firma Bambus, Herrn Baruch, andererseits durch den Gutmacher Sauschke stellt es der Unternehmer-Beisitzer Weigert in Zweifel, ob überhaupt der Beweis erbracht werden kann, daß hier eine Maßregelung vorliege. Dies müsse von den Arbeitern durch Zeugen erwiesen werden. Herr Baruch bestreitet, daß eine Maßregelung vorgenommen wäre; er schildert den Schaden, der entstanden sei dadurch, daß die Wollerei stehen blieb und die Waare verdarb, und meint, daß hier eine abschließliche Sachbeschädigung vorliege. Die Arbeiterbeisitzer machen darauf aufmerksam, daß die Hutfabrikanten rücksichtslos 2000 Arbeiter brotlos machten, außerdem wären ja jetzt auf Veranlassung der Fabrikanten selber die Wälder in allen Fabriken stehen gelassen. Herr Zahn, der Wachhalter von Bambus, spricht sich im Sinne seines Chefs aus. Frau Schwägerle schildert ihre Entlassung und Herr Baruch giebt zu, daß er die Agitation für den Verein nicht länger dulden wolle, welche Frau Schwägerle in der Fabrik betrieb.

Der Sprecher der Arbeitgeber, Herr Gattel, schildert den Zweck des Fabrikanten-Vereins, der lediglich zur Abwehr der Uebergriffe der Gutmacher-Organisation ins Leben gerufen sei.

Bei der Aussperrung der 2000 Arbeiter sei die Unternehmer-Organisation von der Erwägung ausgegangen, daß es den Arbeitern wohl leicht sei, die Streikenden über Wasser zu halten, da ja die Arbeitenden dieselben genügend unterstehen könnten; daß dies aber jetzt anders liege, da alle ausgesperrt seien, da würde sich der „Sädel“ der Streikenden bald leeren.

Der Vergleichsvorschlag des Einigungsamts geht dahin, daß sämtliche Aussperrte und ausländigen Arbeiter ohne Maßregelung durch den Fabrikantenverband wieder eingestellt werden und Frau Schwägerle „baldmöglichst“ durch den Fabrikantenverband in einen anderen Betrieb einzustellen ist. Nach einer Berathung der Arbeiter erklärt Sauschke, daß sie den Vergleich annehmen werden, falls der Zusatz gemacht wird, daß in späteren Fällen bei Streitigkeiten, wenn eine Verständigung zwischen den Parteien in einer Fabrik nicht zu erzielen ist, die Lohnkommission der Gutmacher mit dem Fabrikantenverein unterhandeln soll und dadurch die Arbeiterorganisation anerkannt ist.

Der Vergleich geht dahin:

1. Sämtliche ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen, mit Ausnahme der Frau Schwägerle, werden ohne jede Maßregelung auf ihre alten Plätze eingestellt.
2. Frau Schwägerle ist auf ihren Wunsch baldmöglichst und zwar ohne jede Maßregelung durch den Fabrikantenverband in einem anderen als dem der Firma S. Bambus u. Co. gehörigen Betriebe der Berliner Wollfilzhut-Fabrikanten einzustellen.
3. Arbeitgeber und Arbeitnehmer setzen am Mittwoch, den 11. d. M. das Arbeitsverhältnis unter den alten Bedingungen fort.
4. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer erklären übereinstimmend, daß sie bei Streitfällen, die zu Ausfällen führen können, wenn eine direkte Verständigung zwischen den beteiligten Parteien nicht zu erzielen ist, die Schlichtung durch eine Kommission anstreben wollen, die aus solchen Arbeitnehmern gewählt ist, die in den Berliner Wollfilzhut-Fabriken beschäftigt sind. Diese Kommission soll mit einer seitens des Vereins der Berliner Wollfilzhut-Fabrikanten gewählten Kommission die Verhandlungen führen und aus zwölf Arbeitnehmern bestehen.

Damit scheint der Streitfall für beide Theile in befriedigender Weise erledigt. Die letzte Entscheidung wird eine für morgen einberufenen Gutmacher-Versammlung fallen. Es ist wohl zu erwarten, daß sich auch diese mit dem Vergleich einverstanden erklärt.

## Partei-Nachrichten.

Eine zweite riesenhafte Protestkundgebung, nach der anfangs von Liebknecht abgehaltenen, haben am Sonntag die Arbeiter Leipzig in Stötterich gegen die ministerielle Wahlrechts-Vorlage veranstaltet. Etwa 40-50 000 Menschen haben an der Demonstration theilgenommen. Referent war Bebel. Nachdem er eine geschichtliche Darstellung der Wahlrechte in Sachsen gegeben und die Führer des Bürgerthums, die früher die freiheitlichen Forderungen des Volkes vertreten haben und heute im tiefsten Sumpfe der Reaktion stehen, gebührend gerichtet hatte, zerstückte er die Regierungsvorlage, nach der die Arbeiter und der kleine Mittelstand zu Bürgern zweiter Klasse gemacht werden, und forderte demgegenüber die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den Landtag. Im Verlauf seiner Rede erwähnte Bebel, daß Ende der 60er Jahre ein mit der sächsischen Regierung Vertrauter, ihm mitgetheilt habe, daß der damalige Kronprinz jehige König Albert sich für das damals beschlossene und jetzt gültige Wahlrecht ausgesprochen habe, da nach seiner Ansicht das arbeitende Volk durch seine Thätigkeit gezeigt habe, daß es politisch reif sei. Auch bevor der König seine Unterschrift unter den jetzigen Entwurf setzte, habe er den Staatsrechtslehrer Professor Binding in Leipzig gehört, der sich gegen die geplante Wahlrechts-Verschlechterung ausgesprochen habe. Wenn König Albert von Sachsen dennoch seine Unterschrift gegeben, so darf man wohl annehmen, er habe es nur gethan, um das Ministerium Meisch, das sich für die Pläne der Kammermehrheit engagirt hatte, nicht bloßzustellen. Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Die heute, am 9. Februar 1896, in der Festhalle zu Stötterich tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Reichstags-Abgeordneten August Bebel, einverstanden.“

Die Versammlung erhebt entschiedensten Protest gegen den von der sächsischen Regierung eingebrachten Entwurf zur Abänderung des jetzigen Landtags-Wahlrechts.

Die Gesetzesvorlage entrechtet mit einem Schlage die große Masse des werththätigen Volkes und errichtet die unumschränkte parlamentarische Herrschaft des Geldsacks.

Das Dreiklassen-Wahlrecht drückt neun Zehntel der Wähler, die Hunderttausende der Arbeiter und kleinen Leute, die die Hauptlast der Gut- und Blutsteuern tragen, die Kopf- und Handarbeiter, zu einem wehr- und willenlosen Haufen herab, der, in die dritte Klasse eingesperrt, freis dazu verdammt ist, eine einflusslose Minderheit zu bleiben. Die Mehrheit der Wahlmänner, das Monopol auf Ernennung der Abgeordneten ist für allezeit dem kleinen Reiche der Schlot- und Grundbarons, der winzigen Gruppe des Mittel- und Großbesitzes verbürgt.

Ein freies Possenspiel, das niemanden täuscht, ist die angebliche Erweiterung des Wahlrechts, von dem die Reaktionsäre lacheln. Die Gesamtheit jener Wähler wird in die ohnmächtige dritte Urtwählerabtheilung verbannt.

Gegen diesen verhängnisvollen Entwurf mit aller Thatkraft kraftlos zu kämpfen, ist eine Ehrenpflicht jedes Freiheitsfreundes.

Wird die Vorlage Gesetz, so erklärt damit die herrschende Klasse den Ausnahmezustand für das werththätige Volk in Permanenz, so sanktionirt sie die politische Rechtsungleichheit.

Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ist die Vorbedingung einer friedlichen Entwicklung, das Sicherheitsventil des Gemeinwens.

Hände weg von dem Wahlrecht!

Nach Schluß der Versammlung zogen die tausende nach der Stadt, durch die verkehrsreichsten Straßen nach dem Markt, und vor das Lokal, wo der nationalliberale Landesverein seine Generalversammlung abhielt. Während die Massen durch die Straßen der inneren Stadt zogen, wurden Hochrufe auf das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht ausgebracht, die tausendfachen Widerhall fanden. Die Polizei hielt sich in Reserve und alles verlief in Ordnung. Die Demonstration wird ihren Eindruck hinterlassen; sie zeigte, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich das Wahlrecht nehmen zu lassen.

Die Protestpetition hat im 18. Reichstags-Wahlkreise (Jwidau) 17 072, im 22. Wahlkreise (Reichenbach) 6703 Unterschriften erhalten. Die Petitionsbogen sind am Samstag an den Landtag abgehandelt worden.

Aus Solingen ging uns folgende Depesche zu: In einer von circa 3000 Personen besuchten Versammlung wurde dem Reichstagsabgeordneten Schumacher einstimmig ein Vertranensvotum erteilt. Resolution folgt brieflich. Der Vorsitzende der Versammlung: Rob. D. Meyer.

Friedrichshagen. Parteigenossen! Da wir uns gemäß dem Beschluß der letzten Volksversammlung an der Gemeindevertreter-Wahl beteiligen, so ist es notwendig, daß wir bis dahin eine rege Agitation entfalten. Aus diesem Grunde wird Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Perge (Mundtheil) eine Versammlung ab-

gehalten, wo Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen über das Thema spricht: Unsere Schulverhältnisse und die Gemeindevertretung. Auch sollen in dieser Versammlung die Kandidaten aufgestellt werden. Es ist nicht jedes Parteigenossen, die Säumnigen aufzurütteln und ihnen die Vortheile der Theilnahme an der Wahl von Vertretern der dritten Abtheilung klar zu machen, damit sämtliche Wähler in dieser Versammlung erscheinen.

## Die Lohnbewegung in der Konfektionsindustrie. Aufruf!

Nachdem die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen Berlins vergeblich versucht haben, durch friedliche Vereinbarung mit den Unternehmern eine Besserung ihrer überaus traurigen Lage zu erzielen, blieb ihnen nur übrig, die Arbeit einzustellen.

Der nun entbrannte Kampf stellt an den Muth, die Ausdauer und die Entbehrungsfähigkeit der Streikenden die höchsten Anforderungen. Aber was nützt alle Begeisterung, was aller Dulderfinn, wenn es am Nothwendigsten fehlt, wenn der nackte Hunger an die Thüre pocht? Von ihrem geringen Verdienste, der kaum hinreichte, den Magen zu füllen und die Blöße zu decken, konnten die jetzt Ausständigen keine Arsenale zu dem Kampfe vorsorglich füllen.

Sie wenden sich darum an alle anderen Arbeiter und an alle diejenigen, welche die Nothwendigkeit einer Aenderung der verrotteten Zustände in dieser Industrie einsehen, mit der dringenden Aufforderung, nach besten Kräften ihnen zu helfen.

Alle, alle mögen freudig ihr Scherflein opfern, denn es gilt den Kernsten der Armen zu helfen!

Auch die Expedition des „Vorwärts“ hat sich bereit erklärt, Beiträge für die Streikenden entgegenzunehmen und darüber in dem Blatte Rechnung zu legen.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins. J. A. J. Timm.

Herr Gewerberath Dr. Sprenger bittet uns, bereitwillig mitzuwirken, daß er während der Verhandlungen der Fünfer-Kommission mit den Konfektionsfirmen am Sonnabend, den 8. d. M., nicht von einem von der Regierung vorgebrachten Gesetzesentwurf gesprochen habe. Herr Sprenger hat nur gesagt, daß den hygienischen Uebelständen in den bestehenden Werkstätten auch durch gesetzliche Bestimmungen abgeholfen werden könne.

### Verichte.

Die lokalorganisirten Schneider hatten für Sonntag Vormittag 8 Versammlungen einberufen. Wie wenig die Herren berechtigt sind, in dem Lohnkampfe die Rolle zu spielen, die sie sich anmaßen, bewies der Besuch der Versammlungen. In einigen hatten sich so wenige Zuhörer eingefunden, daß von der Eröffnung der Versammlung Abstand genommen werden mußte, in anderen wagten 40 bis 60 Personen Beschlüsse zu fassen, die natürlich niemanden binden konnten. Wo zwei Versammlungen erstreuten sich eines besseren Besuches. Zu Keller's Lokal hatten sich 700 Personen eingefunden; hier referirte Herr Wisemann, der auch den gestrigen Tag für den richtigen Zeitpunkt hielt, seinem giftigen Haffe gegen diejenigen, welche seiner Führung nicht trauen, Ausdruck zu geben. Dann berichtete er über die Schritte der Kommission der lokalorganisirten Schneider bei verschiedenen Konfektionsfirmen und endlich plädirte er für sofortigen Eintritt in eine Streikbewegung. Timm wahrte in Sachlichkeit den Standpunkt des Fünfer-Ausschusses, die Provokationen Herrn Wisemann's ignorirte er vollständig. Am den Eindruck des Austritts Timm's abzuschwächen, erließ Herr Landauer aus der Redaktion des „Sozialist“ seinem Freunde Wisemann zu Hilfe. Mit einem durch Sachkenntniß nicht im mindesten getrübbten Urtheile gab er in bestimmtem Tone Anweisungen für das Vorgehen im gegenwärtigen Kampfe. Nach einem weiteren Geplänkel zwischen Wisemann und Timm wurde eine von Landauer gestellte Resolution angenommen. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

„Die Versammlung erklärt fest und bestimmt gewillt zu sein, in den Streik einzutreten und nicht hinter den Kollegen in anderen Städten (Stettin, Breslau etc.) zurückzufallen und sie nicht in Stich zu lassen. Um den Streik zu einem allgemeinen zu gestalten, verpflichten sich die Anwesenden, Mann für Mann und Frau für Frau die am Montag, den 10. d. M., stattfindenden Versammlungen zu besuchen und energisch für den Streik einzutreten.“

In der sehr gut besuchten Versammlung in der Brauerei Köpcke herrschte eine weit verständlichere Stimmung. Man trat fast allgemein für ein einziges Vorgehen der zentral- und lokalorganisirten Schneider ein und faßte einstimmig die folgende, von Genossen Adolf Schulz, einem Anhänger der Zentralorganisation gestellte Resolution.

„Die heute hier tagende Versammlung erklärt sich solidarisch mit den Beschläßen der für Montag einberufenen 14 Versammlungen und verspricht, mit aller Energie für ein durchaus einheitliches Vorgehen gegen die Unternehmer in der Konfektionsbranche einzutreten.“

Eine Sympathiekundgebung der bürgerlichen Klasse zu Gunsten der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen sollte die öffentliche Versammlung vorstellen, die am Sonntag Mittag im Konzerthause in der Leipzigerstraße abgehalten wurde. Unter den Besuchern und Besucherinnen der Versammlung fehlten die bürgerliche Klasse keineswegs die Majorität zu haben. Die Arbeiterschaft, besonders die der Konfektionsbranche, war zahlreich vertreten. Auch Konfektionsgeschäfts-Inhaber und Zwischenhändler waren erschienen. Der Vorsitzende der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, Professor Wilhelm F. D. R. er eröffnete die Versammlung mit etwa folgenden Worten: Den Anlaß zu dieser Versammlung hat die Erwägung gebildet, daß bei der Arbeiterschaft vielleicht noch Zweifel walten könnten, in welchem Grade bei der „jogenannten bürgerlichen Gesellschaft“ Verhandlung und Theilnahme für ihre Lage vorhanden ist. Man hat und gelang, Sympathieäußerungen Reizern oft nicht die Geduld und Mäßigung, sondern die Ungeduld und die Ansprüche. Wir sind aber der entgegengegesetzten Ansicht und meinen, gegenüber der Härte und Gerechtigkeit, mit der vielfach die Bestrebungen der Arbeiterschaft in unseren Kreisen verfolgt werden, wird gerade jetzt ein gutes Wort eine gute That finden. Auf diese Vorbemerkung, die von dem bis in den 2. Rang hinauf dicht besetzten Hause schweigend, aber sichtlich mit gebildeten Gefühlen aufgenommen wurde, folgten verschiedene Ansprachen. Vom wirthschaftlichen Standpunkte aus behandelte Herr Referendar Graf das Thema. Eine ungemein ernste Bewegung führte er aus, daß begonnen, ein mit dem letzten Mittel geführter Verzweigungskampf um eine jammervolle Existenz steht bevor. Es erscheint naturgemäß, daß sich die sozialdemokratische Partei der Bewegung bemächtigt hat.“ Wir bitten

nicht jede Forderung der Arbeiter und wollen auch nicht die Personen der Arbeitgeber angreifen, die den Verhältnissen gegenüber oft machtlos sind; aber wir protestieren gegen schreiende Mißstände. Medner verbreitet sich nun über die Schäden der Hausindustrie und des damit verbundenen Zwischenmeister-Unwesens, das die ausgebeuteten Arbeiterinnen vielfach der Prostitution in die Arme treibt. Abhilfe muß gefordert werden, doch sei vor einem Auslande, der nur die Arbeitgeber erbittern könne, zu warnen. Sollen die Arbeitgeber, das die öffentliche Meinung auf Seiten der Arbeiter sei, so würden sie sich entgegenkommender zeigen; dagegen werde ein Ausstand der Arbeiter auch noch die Sympathien der bürgerlichen Klassen verschlingen. Medner fordert: Lohnstarif, gemischte Kommission zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, keine Verschleppung der Klage und und Rücknahme der Arbeit, eventuelle Entschädigung für zu lange Warten, Betriebsverhältnisse, Ausdehnung der Versicherungsgeheimhaltung auf die Hausindustrie, Verpflichtung der Lieferanten für Staat und Kommune, nur in eigener Fabrik arbeiten zu lassen. Auch wünschte Medner, daß die Polizei die Organisationen der Arbeiter nicht in ihrer Entwicklung stört. Ueber die gesundheitlichen Nachteile der Hausindustrie sprach Fräulein Dr. med. Blum, indem sie auf die Gewerbekrankheiten und die hohe Sterblichkeit (Tuberkulose!) der Konfektions-Arbeiter und -Arbeiterinnen hinwies. Sie forderte Betriebsverhältnisse unter gesetlicher Aufsicht. Frau Sanitätsrath Schererin hob hervor, daß die Behaglichkeit des Hauses und das Familienleben unter der Heimarbeit leide. Aufgabe der Frau sei es, mit dem Muth des Herzens für die Unterdrückten einzutreten; denn gerade sie sei dazu berufen, zu — besänftigen. Nach diesen Ansprüchen, welche vielfachen Beifall fanden, überraschte Professor Förster die Versammlung mit der Mitteilung, daß, obwohl sich mehrere Personen zum Worte begeben hätten, keine Diskussion stattfinden werde; die Gegenstände, die man verhandeln wolle, würden ja sonst erst recht aufeinander schlagen. Ohne sich durch den Zwischenruf „Man fürchtet die Diskussion!“ stören zu lassen, fügte Herr Förster hinzu, man werde konsequenterweise auch keine Resolution fassen.

Die Herrenkonfektionäre haben die folgende Resolution beschlossen:

„Die heute im „Altkäster Hof“ tagende Versammlung des Verbandes der Fabrikanten der Berliner Herren- und Knabenkonfektion sowie der Berliner Fabrikanten gleicher Branche die Mitglieder des obigen Vereines sind, nachdem Kenntnis von den seitens der Arbeiter aufgestellten Forderungen.

Bei der augenblicklich äußerst schwierigen Lage der Berliner Herren- und Knabenkonfektion den anderen Fabrikplätzen gegenüber ist es den Berliner Fabrikanten nicht möglich, die gestellten Forderungen — insbesondere die geforderten Lohnsätze — anzunehmen, da die volle Befriedigung der gewünschten Löhne und Einrichtungen die Existenz der meisten Fabrikanten in Frage stellt.

Zur friedlichen Lösung des herrschenden Konfliktes sind die Berliner Fabrikanten gewillt, den Arbeitern die nur irgend möglichen und weitgehendsten Zugeständnisse zu machen.

Die zu diesem Zwecke erwählte Kommission wird es sich angelegen sein lassen, mit dem Zwischenmeister, dem eigentlichen Bindungsgliede zwischen dem Fabrikanten und dem wirklichen Hersteller der Arbeit, zu unterhandeln.

Bei Erkenntnis von Uebelständen irgend welcher Art wird diese Kommission für Aufbesserung bestrebt sein.

Die direkte Unterhandlung der Fabrikanten mit dem Arbeiter hält die Versammlung nicht für rathsam, da bei den herrschenden Unruhen in der Berliner Konfektion der Zwischenmeister — der eigentliche Arbeitgeber des in die Lohnbewegung eingetretenen Arbeiters — nicht zu umgehen ist und jedwede Abmachung des Fabrikanten mit den Unterarbeitern sonach zwecklos erscheint.

Die versammelten Fabrikanten haben das Vertrauen zu den Arbeitern, daß sie sich durch Vernunftgründe überzeugen lassen werden, inwieweit die Bewilligung der gestellten Forderungen im Bereiche der Möglichkeit liegen und die Arbeiter erkennen werden, daß darüber hinausgehende Forderungen unter allen Umständen zum Streik führen müssen; zum Schaden der Fabrikanten und zum Schaden der Arbeiter.“

Dennoch haben die Unternehmer jedes ernsthafte Eingehen auf die Forderungen der Arbeiter abgelehnt.

**Dresden, den 9. Februar.** Hier beschäftigte sich eine große Versammlung der in der Konfektionsbranche Beschäftigten mit den Forderungen der Arbeiter und nahm die Berichte über die bis dahin ergebnislos verlaufenen Verhandlungen mit den Unternehmern entgegen.

Die Versammlung erklärte dann:

Wir wollen aber den Kampf nicht um des Kampfes willen, wir wollen in friedlicher Verhandlung die schwebenden Differenzen zum Austrag bringen und noch einen letzten Versuch machen, uns mit den Konfektionären über die aufgestellten Forderungen zu einigen. Demgemäß beschließt die Versammlung, den einzelnen Geschäften durch von deren Arbeitern bestimmte Personen die Forderungen nochmals vorzulegen und das Ergebnis der Kommission mitzutheilen.

Montag findet die entscheidende Verhandlung statt.

**Dresden, 10. Februar.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

In der von 1500 Personen besuchten Versammlung im Lokal „Lianon“ wurde der Streik erklärt. Einige Firmen haben die Forderungen bewilligt. Mit den Unternehmern der Mäntelbranche werden die Verhandlungen noch fortgesetzt werden.

**Erfurt, den 10. Februar.** (Privat-Telegramm d. „Vorw.“)

Die streikenden Konfektionsarbeiterinnen vereinigten sich heute Mittag zu einer imposanten Demonstration. In einem Zuge von weit über tausend Teilnehmerinnen zogen sie über den Anger und die Bahnhofstraße bei allen Engroßgeschäften in musterhafter Ordnung vorbei. Heute Nachmittag wird in den letzten Geschäften die Arbeit niedergelegt.

**Preßstimmen.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat wieder zwei Leitartikel im Zusammenhang mit der Bewegung in der Konfektionsindustrie gebracht: in dem ersten tritt sie zu Gunsten der Frauen von kleinen Beamten und Arbeitern, welche den unzulänglichem Verdienst ihrer Männer durch ihren Nebenverdienst ergänzen“ für das Fortbestehen der Hausindustrie ein, und stellt damit von neuem ihrer sozialpolitischen Erkenntnis ein Aemuthszeugniß aus; im zweiten entwickelt sie, polemisch gegen die „Krenz-Zeitung“ ihre politischen, sozialen und ethischen Grundsätze. Zwar nicht im Reichs-Viertel, wohl aber im „altpreussischen“ Sinne feiert sie die Kraft als politisches und ethisches Prinzip.

Als diese Verthung sich in unserem Geiste ausbildete, da weiste er auf den Schlachtfeldern von Jehrbellin und Leuthen, dort an der Kaybach oder bei der Avantgarde von Dennenwih — o, wäre er doch dort an der Kaybach oder auch im Pfefferlande geblieben, dieser Geist der Nordd. Allg. Ztg., hat das er sich mühselig Resensionen und sozialpolitische Artikel abtreibt. Aber er ist nun einmal aus weiter Ferne zurückgekehrt in die Redaktionsstube und athmet als „Geist altpreussischer Zucht, Treue und Tapferkeit in jeder Zeile“, der das feierliche Wort scheidet. Wie dieser Geist mit den vielen Präbikalen ausbleibt? So: „Das Philistertum, welches von Hause aus und ohne mit dem Contrat social Bekanntschaft gemacht zu haben, nur individualistisch denkt und fühlt, hat immer und überall den höheren und allgemeineren Zwecken der Kultur nur dadurch dienbar gemacht werden können, daß eine irgendwie geartete Aristokratie sich über die individuelle Menschlichkeit

erhob und eben aus dem Bewußtsein höherer, als rein egoistischer Zwecke das Recht und die Pflicht schöpft zur Leitung, zur Verwaltung und zur sozialen Fürsorge.“ In der Frage, die uns hier beschäftigt und der auch die Diskussion zwischen den beiden konservativen Blättern ihren Ursprung verdankt, in der Konfektionsbewegung, wird die Aristokratie, die „den höheren und allgemeineren Zwecken der Kultur dient“, vorgeführt von Herrn Manheimer, Kraft u. Levin, Gerson und wie sie sonst noch heißen.

## Der Konfektionsarbeiter - Streik

Ist heute in 14 kolossal besuchten Versammlungen proklamirt worden. Die Mehrzahl der Anwesenden waren Frauen und Mädchen. Die vorgeschlagene Resolution hatte folgenden Wortlaut:

Die Versammlung der Konfektions-Schneider und Näherinnen erklärt sich mit dem bisherigen Vorgehen der Fäuser- und der Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins vollkommen einverstanden, sie erkennt an, daß kein Schritt zu einer friedlichen Einigung von Seiten der Vertreter der Arbeiter unterlassen wurde, sie schiebt die volle Verantwortung für die Lage des Streikfalles den Unternehmern zu.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die lange genug ihr Elend schweigend getragen haben, können die günstige Zeit zur Aenderung der Verhältnisse nicht vorübergehen lassen, sie müssen sofort und ausnahmslos in den Streik eintreten.

Die Anwesenden verpflichten sich von nun an so lange die Arbeit ruhen zu lassen, bis sämtliche Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen bewilligt sind, sie betonen vor allem die Forderung nach Betriebsverhältnissen und nach festen und bedeutend erhöhten Lohnsätzen. Waren die Schneider und Näherinnen im Frieden zu Zugeständnissen bereit, so erklären sie sich jetzt, zum Kampf gezwungen, nicht früher zufrieden, als bis sie alle ihre Forderungen durchgesetzt haben.

Die Versammelten beauftragen die Fäuser-Kommission mit der weiteren Führung des Kampfes und der eventuellen Verhandlungen. Die Fäuser-Kommission wird für befugt erklärt, sich durch Aufnahme weiterer Mitglieder zu ergänzen; der Agitationskommission wird aufgegeben, auch ferner durch Agitation das Interesse für den Kampf in und außerhalb der Schneiderkreise wahr zu halten.

Einig und fest, kraftvoll und muthig treten sie in den angezwungenen Kampf mit dem Versprechen alles, Ausdauer und Entbehrungsfähigkeit in erster Linie, daranzusetzen, um ihn zu einem siegreichen Ende zu führen.

Sie fordern von allen denjenigen, die ihnen bisher in warmen Worten ihre Sympathie bewiesen haben, daß sie es auch an der That nicht fehlen und ihnen in dem ausgezwungenen Kampf durch Unterstühtungen helfen.

Die Anwesenden verlassen sich aber nicht auf Unterstühtungen, sie erklären, in diesem großen Kampfe freudig alle Entbehrungen auf sich nehmen zu wollen, um endlich ihre Lage zu bessern.

Die Schneider und Näherinnen müssen wegen der unregelmäßigen Produktionsweise oft Monate lang darben und hungern, sie werden dies in diesem Kampfe ohne Murren auf sich nehmen, um zum Ziele zu gelangen.

Die Anwesenden verpflichten sich, mit aller Kraft und Hingebung zum Siege in diesem Kampfe beizutragen.

Im Englischen Garten, der auch polizeilich abgesperrt war, referirte unter vollkommener Zustimmung der Anwesenden Genosse Stübbe. Die Resolution fand einstimmigen begeisterten Beifall.

Abgesperrt war auch Paster's Gesellschaftshaus, wo Blits unter lebhaftem Beifall referirte. Mit Ausnahme eines einzigen Medners erklärten sich alle Anwesenden für die Resolution, die einstimmig angenommen wurde.

Die Brauerei Friedrichshain wurde ungeheuer überfüllt. Nach einem mit lebhafter Begeisterung aufgenommenen Referate von Ad. Schulz wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Rieft's Festsäle wurden um 1/8 Uhr polizeilich abgesperrt. Fr. Haeder referirte zur vollsten Zufriedenheit der Anwesenden. Ihre Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Das Konzerthaus Sanssouci war schon um 6 1/2 Uhr abgesperrt. Tausende mußten umkehren. Frau Zhrer referirte unter stürmischem Beifall. Als nach der Abmahnung der Resolution deren einstimmige Annahme verkündet werden konnte, brach ein Begeisterungssturm los, wie man ihn selten zu hören bekommt. Mit einem stürmischen Hoch auf das Gelingen des Streiks trennte man sich.

Kantenberg's Festsäle waren schon um 1/7 Uhr abgesperrt. Nach einem enthusiastisch aufgenommenen Referate der Frau Zimm wurde der Resolution einstimmig jubelnd zugestimmt.

Der Saal des Vereinshauses „Südost“ mußte um 7 Uhr wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden. Frau Reimann referirte unter dem Beifall der Versammelten, die begeistert der vorgelegten Resolution zustimmten.

Der große Saal des Königsbof war überfüllt. Unter sehr lebhaftem Beifall referirte Frau Lily v. Signdt. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Der Saal des Berliner Prater war schon gleich nach 7 Uhr abgesperrt. Tausende warteten auf der Straße, vergeblich Einlaß begehrend. Die Resolution fand unter lebhaftem Beifall nach einem begeistert aufgenommenen Referate Pfeiffer's einstimmige Annahme.

Das Swinemünder Gesellschaftshaus war schon vor 1/8 Uhr abgesperrt. Dazig referirte unter lebhaftem Beifall. Gegen die Stimme eines Zwischenmeisters wurde die Resolution angenommen.

Gründel's Festsäle waren um 8 Uhr polizeilich gesperrt. Timm referirte zur vollkommenen Zufriedenheit der Zuhörer. Einstimmige Annahme fand die Resolution.

Der Kösliner Hof wurde um 8 Uhr gesperrt. Bohn's Ausführungen und die Resolution wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Gegen dieselbe wurde keine Stimme abgegeben.

Im überfüllten Saale von Ahrens Brauerei referirte Zander zur vollsten Zufriedenheit aller. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Viktoria-Säle waren überfüllt. Frau Greiffenberg referirte unter Beifall. Die Resolution wurde mit Begeisterung einstimmig angenommen.

Alle streikenden Konfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen werden dringend aufgefordert, auf die Bekanntgabe der Streiklokale und die entsprechenden Informationen in der Mittwoch's-Nummer des „Vorwärts“ zu achten.

## Gewerkschaftliches.

An alle Arbeiter Deutschlands. Die in Holzbearbeitungs-Fabriken, beziehentlich an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend haben am 10. Februar einstimmig die Arbeit überall da niedergelegt, wo die Forderungen: neunstündige Arbeitszeit und 5—15 Pct. Lohnerhöhung nicht bewilligt worden sind.

Werthe Arbeitgenossen! Wenn Ihr bedankt, wie gefährlich unser Beruf ist, wie kein Tag vergeht, wo nicht zahlreiche Verletzungen vorkommen, so daß fast kein Kollege unter uns ist, der noch unverletzte Finger aufweisen kann; wenn Ihr weiter bedankt, welch schädlichen Einfluß das Arbeiten in unseren mit ungeheuren Staub geschwängerten, gar nicht ventilirten Werkstätten auf die Gesundheit hat, so werdet Ihr zustimmen,

daß unser Vorgehen gerechtfertigt ist. In drei Werkstätten sind unsere Forderungen sofort bewilligt worden. In 68 Werkstätten kam es zum Streik, an dem insgesamt 720 Mann theilhaftig sind. Der Kampf ist hart, aber der Sieg gewiß, da die Kollegen alle einmüthig handeln. Wir ersuchen nun speziell unsere Berufsgenossen in ganz Deutschland, dieser Bekanntmachung die genügende Beachtung zu schenken. Da wir allen ausständigen Gewerkschaften stets unsere Solidarität bewiesen haben, sind wir gewiß, daß alle Arbeitsbrüder sich dessen erinnern und uns nun ihre Solidarität bezeugen werden. Alle Zusendungen sind zu richten an das Bureau Mariannen Ufer 4 bei Gehloff. (Telephonamt 7 Nr. 2763.) Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

An die Zimmerer Deutschlands. Kameraden! Montag, den 10. Februar, ist ein großer Theil der Berliner Zimmerleute in den Ausstand getreten. Die frühere ungünstige Konjunktur im Berliner Baugewerbe hatte ein festes Fallen der Löhne im Gefolge. Im Jahre 1889 lauteten die Forderungen der Zimmerer: neunstündige Arbeitszeit und 60 Pct. Stundenlohn. Diese Forderungen sind damals von einem großen Theil der Unternehmer bewilligt worden, seither sind aber die Löhne bis auf 50 Pct. und darunter gesunken. Die Zimmererarbeit wird immer mehr zur Saisonarbeit. Ein großer Theil der hier ansässigen Zimmerer hat nur ein Einkommen von 6—800 M. Daß dabei ein menschenwürdiges Dasein nicht geführt werden kann, wird wohl jedem einleuchten, der mit den Verhältnissen einer Großstadt vertraut ist. Nach der langen Reihe von Jahren haben es nun die Berliner Zimmerleute satt, unter den großen Entbehrungen weiter zu leben. Zahlreiche Versammlungen beschäftigten sich mit dem Werthe der Verkürzung der Arbeitszeit, durch die allein die Reserve-Arme vermehrt und mehr Arbeitsgelegenheit geschafft werden kann; einstimmig wurde in diesen Versammlungen die Verkürzung der Arbeitszeit als nothwendig betrachtet und beschlossen, sie in diesem Frühjahr zur Durchführung zu bringen. Aber wegen der günstigen Bitterung und der auch sonst einigermaßen günstigen Verhältnisse in unserm Gewerbe sahen wir uns veranlaßt, unsere Forderungen schon jetzt den Unternehmern zu unterbreiten und zwar verlangen wir: neun Stunden Arbeit und 55 Pennige Minimallohn die Stunde. Diese an und für sich gewiß bescheidenen Forderungen sind auch schon von einem großen Theil der Unternehmer bewilligt. Ein anderer Theil verschließt sich diesen Forderungen, hauptsächlich der auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten.

Berufsgenossen! Wir wissen, daß auch Ihr unter dem Drucke des Kapitalismus leidet und selber alle Ursache habt, Euch aufzulehnen gegen die oft aller Menschlichkeit wohl sprechende Behandlung und Bezahlung. Deshalb fordern wir von Euch auch augenblicklich keine finanzielle Unterstützung, sondern ersuchen Euch nur dringend darum, dafür zu wirken, daß keiner unserer Berufsgenossen hier in Arbeit tritt und uns dadurch den Kampf mit den noch in Frage kommenden Unternehmern erschwert. Auch wir werden, wie immer, unsere Solidarität Euch gegenüber beweisen.

Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute. Alle Anfragen und Ausfrage wolle man richten an Theodor Fischer, Berlin, Restaurant Köllig, Neue Friedrichstr. 44.

Zum Streik der Zimmerer Berlins ist weiter zu berichten, daß bis Montag Abend 7 Uhr 79 Unternehmer, die zusammen ca. 1100 Zimmerer beschäftigen, die Forderungen (9stündige Arbeitszeit und 55 Pct. Minimallohn) bewilligt haben.

Wir richten nun noch einmal an unsere Berufsgenossen die Aufforderung, überall da, wo die Forderungen nicht unbedingt bewilligt sind, die Arbeit unverzüglich niederzulegen und in der am Mittwoch, den 12. Februar, in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 20/22, stattfindenden Versammlung zu erscheinen.

Zu gleicher Zeit machen wir bekannt, daß die Abtrempelung der Streikarten im Streiklokal, Neue Friedrichstr. 44, in den Stunden von 9—12 und 2—4 Uhr täglich stattfindet. Außerdem werden die Plakdepurirten aufgefordert, heute Dienstag Abend die Arbeitsberechtigungskarten in Empfang zu nehmen.

**J. A.: Die Streikkommission der Berliner Zimmerleute.**

Wegen Lohn Differenzen haben sämtliche Tischler der Firma Wurzel in Treptow bei Berlin, Baumshulenkstraße 68, die Arbeit niedergelegt. Der Meister hatte an sie das Ansuchen gestellt, noch billiger zu arbeiten als bisher, trotzdem die Preise schon sehr gedrückt waren. Zudem arbeiten die Kollegen mit eigener Bank und Werkzeuge. Die Ortsverwaltung der Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Hixdorf.

Der Streik bei der Patent-Hufeisenstollen-Fabrik von Leonhardt u. Co. in Berlin, Sauerbrückerstr. 30, dauert unverändert fort.

Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Zur Arbeitseinstellung der Tapezire bei der Firma Jakob u. Brauns in Berlin ist mitzutheilen, daß die Firma zur Bewachung ihrer Werkstätte polizeiliche Hilfe requirirt hat, obwohl die Aushändigen zu dieser Maßregel selbstverständlich keinerlei Anlaß gegeben haben, und daß auf die letzten Einigungsversuche die Handwerker der Firma (während sie sich die Hemdärmel aufstempelten) den Tapezieren die Antwort gaben: Die Gess sind für Sie nicht mehr zu sprechen. Die Tapezire Berlins werden ersucht, ihrerseits die Antwort durch zahlreichen Besuch der Versammlung zu geben, die wegen der Streitangelegenheit nächsten Mittwoch, abends 1/9 Uhr, bei Holz, Alte Jakobstraße, abgehalten werden wird.

In Neu-Nippin haben die Bauhölzer wegen der überaus trostlosen Lohnverhältnisse die Arbeit eingestellt.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**Budapest, 10. Februar.** (B. P.) Eine gestern stattgefundene Versammlung der Tischlergehilfen nahm einen stürmischen Verlauf und mußte polizeilich aufgelöst werden. Dann durchzogen die Versammlungstheilnehmer die Straßen und den Trödlmarkt. Die Tröbler glaubten, daß es auf eine Plünderung abgesehen sei und bewaffneten sich mit alten Gewehren. Die Polizei verhaftete viele Personen.

**London, 10. Februar.** Wie dem „Neuer'schen Bureau“ aus Suez gemeldet wird, ist das Truppen-Transportschiff „Victoria“ mit Jameson und seinen Offizieren an Bord heute Nachmittag in den Kanal eingelaufen; die Durchfahrt aber ist zur Zeit durch ein auf Grund gerathenes Petroleum-Schiff gesperrt.

**London, 10. Februar.** (B. L. B.) Die Thronrede, mit welcher das Parlament morgen eröffnet werden wird, wird länger als gewöhnlich sein. Die Rede wird sich aber darauf beschränken, die Ereignisse aufzuzählen, besonders wird eine Angabe über die zukünftige Politik vermieden. Unter den angelobten Gesetzentwürfen befinden sich solche betreffend die Verpflichtungen der Arbeitgeber, die freiwilligen Schulen, die irische Landreform, die Hebung des landwirthschaftlichen Nothstandes und die Frage der Einwanderung von irischen Armen. Auch die Vermehrung der Flotte wird Erwähnung finden.

**Belgrad, 10. Februar.** (B. L. B.) In der Skupschina wurde ein Ukas verlesen, durch welchen die Regierung ermächtigt wird, eine Vorlage, betr. die Revision der Verfassung, einzubringen.

**Madrid, 10. Februar.** (B. L. B.) Die Meteor verursachte eine große Panik. In der Tabakmanufaktur sind 17 Arbeiter verunndet. Andere Unglücksfälle werden gemeldet, namentlich aus Schulen, viele Mauerwerk sind eingestürzt, so eins in der Gegend von der Vereinigten Staaten, in einer Vorstadt ist ein Haus eingestürzt. Die Naturerscheinung wurde bis auf eine Entfernung von 60 Kilometern von Madrid bemerkt.

## Reichstag.

98. Sitzung vom 10. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, Graf Posadowsky.

Zur ersten Berathung steht der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Gewerbe-Ordnung (betrifft die Konzessionspflicht für Feinhandlungen, Schauspiel-Unternehmungen, für Kleinhandel mit Spiritus und Branntwein, ferner die Vorschriften über den Hausirhandel.)

Abg. Meßner (Z.): Ich hoffe, daß diesmal die Verabschiedung der Vorlage nicht wieder durch einen vorzeitigen Schluß der Session vereitelt wird; um ihr Zustandekommen zu sichern, möchte ich aber immerhin vorschlagen, den Entwurf überhaupt nicht an eine Kommission zu verweisen, sondern sofort in zweiter Lesung im Plenum zu behandeln. Hier führe ich nur an, daß die Schäden der Konsumvereine immer weiteren Kreisen bekannt werden. Gerade in den Winkeln vieler Konsumvereine sucht und findet der Schnapssteufler seine Opfer. Der Schnapsverkauf muß daher diesen Konsumvereinen direkt verboten sein. Dagegen muß ich die Ausnahmebestimmung, welche der Artikel 4 der Vorlage gegen die Droguenhandlungen trifft, als unzumuthig und zu weit gehend verwerfen. Auch die unschädlichen Arzneimittel, welche bisher der Droguist abgeben kann, dem Alleinverkauf durch die Apotheken vorzubehalten, die den fünf- oder sechsfachen Preis fordern, ist eine Härte und Unbilligkeit gegen das Publikum. Die Bestimmungen der Vorlage über den Hausirhandel zeigen uns deutlich, wohin wir mit der liberalen Gesetzgebung gekommen sind. Dennoch gehen auch hier die vorgeschlagenen Abhilfemaßregeln nicht weit genug.

Abg. Schneider (rs. Sp.): Es handelt sich bei dieser Vorlage angeblich darum, die wirtschaftlichen Anwachse des Detailreisens und des Hausirhandels zu beseitigen. Das Ergebnis ist aber schließlich das, daß die polizeiliche Nachvollkommenheit verneht wird, Handel und Wandel weiter beschränkt wird und man froh sein muß, wenn die Verwaltungsbehörden noch einigermaßen Ausnahmen und Bewegungsfreiheit gestatten. Die meisten Vorschläge erscheinen uns, soweit sie eine Beschränkung des jetzigen Gewerbebetriebes wollen, nicht gerechtfertigt. Mit dem Verbot des Hausirhandels schulpflichtiger Kinder, mit der Anwendung des Arbeiterschutz-Gesetzes auf die Konsumvereine sind wir einverstanden. Sehr energisch ist die Opposition derjenigen Kreise, für welche das Detailreisen eine Lebensfrage ist, so diejenigen der Wiesfelder Leinen-Industrie. Die Hausirer sind mit Steuern keineswegs weniger ergriffen, als die der sonstige Gewerbebetriebe; um so weniger gerechtfertigt erscheinen die weiteren Beschränkungen, denen dieser Betrieb unterworfen werden soll. Sehr gefährlich ist auch die vorgeschlagene Ermächtigung der Behörden zur Verfolgung des Hausirhandels für den Fall, daß der Hausirer wegen gewisser strafbarer Handlungen zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einer Woche verurtheilt ist und seit der Verbüßung der Strafe nicht 5 Jahre verfloßen sind. Bedenken schwerster Art haben wir auch dagegen, daß die Ertheilung der Konzession an den Schauspiel-Unternehmer in der Hauptsache von seinem gefüllten Geldbeutel abhängig gemacht wird. Die Angriffe des Herrn Meßner auf die Konsumvereine muß ich durchaus zurückweisen; die Anwachse des Branntweinkonsums sind nicht auf das Konto der Genossenschafts-idee zu setzen. Der Vorschlag, den Handel mit Droguen und chemischen Präparaten, welche zu Heilzwecken dienen, unter den Voraussetzungen des § 35 der Gewerbe-Ordnung zu verbieten, wird durch diese Fassung nur noch komplizierter. Alle diese Bedenken rechtfertigen meinen Antrag, die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. v. Holsenker (l.): In der Sache selbst kann ich die neue Fassung, welche die Bestimmungen gegen die Droguisten erhalten hat, für eine glückliche auch nicht erachten. Die Bedürfnisfrage zur Grundlage des Hausirerwerbes zu machen, wie es ein Theil der Interessenten verlangt, dazu können wir uns nicht verstehen; wunderbar, daß gerade aus den Kreisen des Zentrums eine solche Anregung zur Vernehtung der Machtvolle des Beamtenstandes gegeben wird. (Sehr richtig! links.) Die wirtschaftliche Kräftigung des Mittelstandes, die wirksamste Maßregel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, und alle dahingehenden Maßnahmen, welche die Regierungen in der Vorlage bringen, werden wir freudig unterstützen.

Abg. Daffe (natl.): Wir unsererseits halten doch Kommissionsberathung für nöthig. Das Verbot des Detailreisens trifft den Buchhandel in schwerster Weise. Die sonstigen Beschränkungen des Hausirhandels, wie sie die Novelle vorschreibt, glauben wir billigen zu können.

Abg. Reichhaus (Soz.): Die diesjährige Vorlage ist keine Verbesserung der vorjährigen, sondern in vielfacher Beziehung eine Verschlechterung; sie folgt viel zu sehr den Spuren des Zentrums. Einzelne Bestimmungen sind ja auch für uns annehmbar, aber leider nur sehr wenige. Unser Verlangen, auch die Schauspieler unter die Gewerbe-Ordnung zu stellen, wurde im Vorjahre in der Kommission als berechtigt anerkannt und unsere entsprechenden Anträge auch der verbündeten Regierungen zur Berücksichtigung überwiesen. Wie sehr wir mit denselben das richtige getroffen hatten, bewiesen die Zustimmungserklärungen, die wir aus den Kreisen der Schauspieler und Schauspielerinnen, nicht nur der untergeordneten, sondern auch aller großen Bühnen Deutschlands, mit einziger Ausnahme der beiden Berliner Hofbühnen, erhielten. Wie es mit dem Rechte der Schauspieler und Schauspielerinnen heute steht, ist ja durch jene Verhandlungen allgemein bekannt geworden. Was sich der Theaterdirektor heutigen Schlags noch ungekräftigt gegen seine Schauspieler erlauben kann, ergiebt sich recht drastisch aus einer Theater-Hausordnung, die es wohl verdient, an den Schauplatz der Öffentlichkeit genaugelt zu werden. Nach § 4 dieser Theater-Hausordnung werden leichtere Uebertretungen entweder mit einer Mäße oder mit einer dafür festzusetzenden Geldstrafe geahndet. Derartige wiederholte Uebertretungen gelten als Widergeselligkeit, als Vertragsverletzung und Vertragsbruch und werden mit Geldstrafe bis zur Höhe der Monatsgage, event. mit sofortiger Entlassung ohne Anspruch auf die volle Gage, das Spielhonorar und ein Benefiz bestraft. In § 10 wird gesagt: Wer symbolisch oder gar thätlich beleidigt, kann sofort entlassen werden, sofern der Direktor es nicht bei einer Geldstrafe bis zur Höhe einer Monatsgage bewenden läßt. In dieser Theater-Hausordnung wird in 13 Fällen die Entlassung angedroht (Hört!), in 8 Fällen der Verlust der Monatsgage; in 62 Fällen werden Geldstrafen überhaupt angedroht von 157 bis 859 M. (Hört! hört!) Dieses Muster einer modernen Sklavensordnung besteht nicht etwa in einem obskuren kleinen Theater, sondern an einer preussischen Hofbühne, nämlich in Wiesbaden, und der Direktor ist ein königlich preussischer Kommissionsrath, Herr Willy Hasemann. Ähnliche Theaterordnungen existiren an anderen größeren Theatern. Wie man die Schauspielerinnen durch Ausnutzung der Kontratsbestimmungen zu außerordentlichen Leistungen heranzuziehen sucht und weiß, will ich hier nur andeuten. Für die Behandlung der Schauspielerinnen ist folgender Fall charakteristisch. Ein Theaterdirektor will eine schon engagierte Dame los sein, um eine andere Dame nach Amsterdam mitzunehmen. Er sagt

zum Regisseur: Schikaniren Sie doch das Frauenzimmer ein bisschen. Dieser lehnt es ab und der Direktor thut es alsdann in der infamsten Weise, bis sie widerspricht, worauf er auffringt mit den Worten: Sie haben widersprochen; Sie sind entlassen, verlassen Sie die Probe! Er zieht ihr von den 165 M. Monatsgage 140 M. für Strafen ab (Hört! hört!) und läßt sie in Halle a. S. sitzen. Da sie kein Geld hat, schreibt mir ein Kollege von ihr, so kann sie den Direktor nicht verklagen, und was weiter aus ihr geworden ist? Der Brieffschreiber macht dahinter einen Gedankenstrich! Trotz unserer Anträge, trotz der Zustimmungen aus den gesamten Schauspielkreisen ist diese brennende Frage in der Vorlage nicht mit einem Wort berücksichtigt. Den Schauspielern und Schauspielerinnen wird durch den Direktor verlangten Nachweis der finanziellen Mittel nicht im geringsten geholfen. Herr Meßner hat mit großer Begeisterung gegen den Schnapskonsum den eithischen Saul geritten. (Große Heiterkeit.)

Weshalb wird denn die Westhetik nicht verlehrt, wenn der Schnaps gebrannt wird, wenn er von Gast- und Schankwirthen ausgeschänkt wird? Sie wollen eben nicht den Schnapskonsum als solchen beschränken; nein, Sie wollen den Gast- und Schankwirthen eine unbequeme Konkurrenz vom Halse schaffen. In ganz Deutschland giebt es ja höchstens einige hundert solche Schnaps-Konsumvereine; warum denn nun 1500 andere Konsumvereine unter dieselbe Ausnahmebestimmung stellen? Das beste Mittel gegen die Schnapspest ist, das Volk auf ein höheres wirtschaftliches Niveau zu heben. Und nicht bloß dem Schnapssteufler, sondern auch dem Biersteufler will man zu Leibe, auch der Flaschenbier-Handel soll getroffen werden. Dieser hat sich zu der heutigen Höhe entwickelt, weil das Bier immer mehr zum Lebensbedürfnis geworden ist und seinerseits den Schnaps verdrängt hat. Was die Droguen betrifft, so können wir auch nicht einsehen, warum die schon so bevorzugten Apotheken noch weitere Vorrechte erhalten sollen. Gründe für die Beschränkung des Droguenhandels liegen nicht vor; man will bloß den wirtschaftlich starken Apotheker noch weiter stärken gegen die Schwachen!

Daß die Beschränkung des Detailreisens zu weit geht, erkennt sogar eine Petition des Verbandes deutscher Schneiderinnungen, also die Blüthe der Junfschwärmer, ausdrücklich an. Detailreisen lassen nicht die Großen, die Hiesengeschäfte betreiben, die Hunderttausende jährlich für Inzerate, Reklamen, Kataloge und Proben ausgeben können; gerade die kleineren und mittleren Geschäftsteile sind es, die das Detailreisen nicht entbehren können. Die Bestimmung des Artikels 8 wäre also ein sehr zweischneidiges Schwert; sie ist für uns unannehmbar. Die großen Geschäftshäuser würden durch diese Vorschrift lediglich eine Konkurrenz los werden. Die gegen die Kolportage-Literatur gerichteten beschränkenden Bestimmungen der Vorlage werden ihren Zweck, die Schundliteratur zu vernichten oder einzudämmen, gänzlich verfehlen und sich lediglich als eine Waffe gegen die Verbreitung der wissenschaftlichen Literatur in den Händen der Polizei erweisen. Daß die Polizei schon heute die Gewerbe-Ordnung dahin auslegt, daß sie z. B. das „Buch der Erfindungen“ verbietet, aber „Kinaldo Ninaldini“, „Krautz der Scharfrichter von Berlin“, „Sänderhannes“, „Die Bettelgräfin“ (Heiterkeit) u. s. w. gestattet, sei hier nur nebenbei angeführt. Ungeheuerlich ist die Bestimmung, daß der Hausirer 25 Jahre alt sein muß, wenn er das Gewerbe betreiben will. Also die jungen Leute sollen zu Hause bleiben, hinter dem Ofen hocken, die älteren aber sollen sich auf der Landstraße herumtreiben! Mit 19 Jahren darf der junge Mann Soldat sein, die Blutsteuer bezahlen; mit 19 Jahren kann jemand Offizier und Patenspieler der Gesellschaft sein, aber ein Hausirer darf er nicht betreiben, dazu fehlt ihm die Fähigkeit nach Ansicht der Verfasser des Entwurfs! Wir sind sonach gegen die Vorlage, haben aber gegen Kommissionsberathung nichts einzuwenden. Will die Regierung den kleinen Gewerbebetreibenden wirklich helfen, dann muß sie dafür sorgen, daß die Beunruhigungen aller Art aufhören, wie zum Beispiel diejenigen, die von der Ankündigung einer neuen Marinevorlage ausgehen, daß nicht neue Steuern in Aussicht gestellt werden zu gunsten der oberen Stände, sondern daß eine Entlastung nach unten in umfassender Weise plattgreift. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wörfflin (natl.): Es sind auch heute die deutschen Bühnenverhältnisse besprochen worden. Die Anträge, welche die Sozialdemokraten im vorigen Jahre eingebracht hatten, sind als solche nicht von der Kommission angenommen worden, vielmehr bloß ihrer Tendenz nach gebilligt und der Regierung zur Kenntnisknahme überwiesen worden. Die wohlwollende Tendenz berührt auch mich in hohem Grade angenehm. Einzelne Bestimmungen sind gerade vom Standpunkte der Bühnenmitglieder selbstmörderisch. Nach § 2 soll der Direktor das Recht haben, gegen Auszahlung einer Monatsgage das Mitglied jederzeit zu entlassen, dasselbe soll jedem Bühnenmitgliede zustehen. Solche Bestimmungen würden direkt zur Bühnenanarchie führen. Diese Verhältnisse sind so delikats und intrikat, daß auch die Einsetzung einer Kommission wünschenswerth machen. In den Ausführungen des Abg. Reichhaus und im Vorjahre des Abg. Schmidt-Berlin ist Wahres und Falsches gemischt. Gewiß, in den Bühnenverhältnissen ist vieles zu bessern, aber ideale Zustände trifft man eben in dieser Welt nirgends an. Die Beschwerden über die Kündigung entpringen der Anschauung, daß sich das allgemeine Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verhältnis ohne weiteres auf die Bühnenverhältnisse übertragen ließe. Das geschieht sehr zu unrecht; nicht dem Direktor, sondern dem Publikum muß das engagierte Mitglied gefallen; dieser dritte Faktor ist souverän und unredensbar, er kann gar nicht überschrieben werden. Deshalb die Kündigungsklausel und die Einstellung von Reserve. Selbstverständlich ist es großer Unfug, wenn ein halbes Duzend Reservisten hergestellt werden, von denen bloß einer behalten werden soll; aber man darf solche Vorurtheile nicht generalisiren. Es solltiren hier zwei Arten von Interessen, welche nicht ganz gleich betrachtet werden dürfen. Das sehen die Mitglieder vielfach auch ein, verlangen dann aber auch für sich das Kündigungsrecht. Dieses ist ein gleiches vom Termin des Ablaufs der Probezeit ab, wenigstens nach der von dem allgemeinen deutschen Bühnenverein aufgestellten Regel. Namentlich bei den kleineren Theatern würde dieses Recht für den Direktor eine Quelle dauernder Schwierigkeiten, selbst des Scheiterns seines Unternehmens sein. Die einseitige Kündigungs-klausel vertritt daher auch das Interesse der Schauspieler. Es ist auch keineswegs ungeheuerlich, wenn einer Dame, die während der Saison beirathet, der Kontrakt gekündigt wird. Jedermann weiß doch, daß die Jungfrau in der nächsten Zeit Eventualitäten entgegensteht, die sie für Monate ihrer Thätigkeit an der Bühne entziehen. Das Kontraktformular des Bühnenvereins enthält diese Bestimmung und die Bühnengenossenschaft hat ihre Zustimmung gegeben. Das Agenturwesen hat seine unersprechlichen Seiten; aber der deutsche Bühnenverein hat sich bereits sehr viel und theilweise mit Erfolg um Abhilfe der hier bestehenden Mißstände bemüht. Der sog. General-News kommt bei den einigen 90 Bühnen des deutschen Bühnenvereins kaum noch vor. Auch die Genossen-

schaft deutscher Bühnenangehöriger hat dagegen gearbeitet, aber mit ihrer eigenen Agentur haben sie freilich bisher wenig Glück gehabt. Ich habe erste Namen unter Kontrakten gesehen, die haßabschneiderische Bestimmungen enthielten; ja, sie hatten die Bestimmungen eben nicht gelesen. In Fällen, wo wirklich die Agenten eine Nothlage ausbeuten, haben die Gerichte zu gunsten des Ausbeuteten entschieden; namentlich wenn über die ursprüngliche Kontratszeit hinaus die Schauspieler den Agenten tributär bleiben sollten; diese Bestimmung ist als contra bonos mores verstoßend als null und nichtig erklärt worden. Die angeführte Hausordnung ist nicht bei dem genannten Hoftheater in Uebung, denn Direktor des Wiesbadener Hoftheaters ist bekanntlich Herr v. Hülsen und nicht der von Herrn Reichhaus genannte Herr Willy Hasemann. Auch unter den Schauspielern giebt es merkwürdige Leute; es sind nicht lauter Engel. (Große Heiterkeit.) Der Theaterdirektor Göthe schickte einen widerspenstigen Schauspieler tagelang auf die Schloßwache und bestrafte widerpenstige Schauspielerinnen mit wochenlangem Stubenarrest. So weit gehen wir ja heute nicht, aber mit den paar Pfennigen Strafen, welche Ihre Anträge zulassen wollen, die 1/4 der Tagesgage nicht überschreiten dürfen, kommen wir auch nicht durch. Thatsache ist, daß das gesellschaftliche Niveau des Schauspielers sich immer mehr hebt. Auch im deutschen Reichstage ist den Mitgliedern der deutschen Bühnen sicher unser volles Interesse und unsere volle Sympathie zugewendet; geht es wirklich nicht mehr anders, so werden wir gewiß auch zu geschicklichen Maßnahmen auf diesem Gebiete bemüht sein. Aber es ist ein schwieriges und eigenartiges Gebiet, welches in Angriff zu nehmen, erst nach den umfassendsten Erhebungen und Untersuchungen angezeigt sein wird. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Wolzlegier-Siegenburg (Volk) schließt sich dem Antrage des Zentrums an, ohne Kommissionsberathung demnächst in die zweite Lesung einzutreten. Bedenken hat er gegen die Fassung des Artikels 2, der die Konzession für den Schauspielunternehmer von dem Nachweis der nöthigen Mittel abhängig macht. Diese Fassung sei so allgemein, daß sie alles in das Belieben der Behörden stellt, und die Situation in den östlichen Landesheilen ermuntere nicht dazu, den Behörden solche Befugniß zu geben, die leicht im Interesse ganz anderer als künstlerischer Rücksichten benutzt werden könnte. Das Verbot des Winkelschanks, wie es die Vorlage eventuell gegen die Schnaps-Konsumvereine in Anwendung bringen wolle, sei nur zu billigen. Die Bestimmung, welche den Droguenhandel einschränken soll, verweist Redner; man dürfe den Apotheken nicht diesen Nebenverdienst erweisen. Würde die Vorlage mit ihrer behabaren Ausdrucksweise angenommen, so würde der Droguenhandel überhaupt unmöglich sein. Man sollte dem Droguisten nur verbieten, harte Gifte zu verkaufen. Der vorgeschlagene Beschränkung des Detailreisens könne er nur freudig zustimmen; im Osten seien diese Reisen, namentlich die Vertreter einer gewissen aufdringlichen und ungeheuer brechsamem Klasse eine wahre Landplage geworden.

Abg. Gailer (rs. Sp.): Gewiß sind im Betriebe des Hausirerwerbes Mißbräuche aufgetreten, welche das anständige Gewerbe schädigen können. Bei der wirtschaftlichen Verschlebung des weiten Gebietes des Deutschen Reiches hätte die Abstellung und Regelung besser den Einzelstaaten überlassen bleiben sollen. Nicht der Kleinhandel, der kleine Gewerbebetrieb wird die Erbschaft der Hausirer antreten, sondern der Großbetrieb, das Großkapital. Heute sind es die Hausirer, morgen die Konsumvereine, dann die Margarine; immer neue Erfindungen verfallen denselben Rezepten. Dem nothleidenden Gewerbe soll auch durch Handwerkskammern geholfen werden; wird denn auch nur ein Paar Stiel mehr gefertigt werden, wenn diese Kammern eingeführt sind? Ich sehe voraus, daß man auch demnächst ein Gesetz gegen die großen Bazare machen wird. Die Vorlage wird nicht verhindern, daß das Kleingewerbe in dem harten Existenzkampf, den es jetzt führen muß, unterliegt. Mit solchen Mitteln wird der Krankheitszustand nur gesteigert, der hervorgerufen ist durch den übertriebenen Militarismus, der des Volkes Mark verzehrt und zu den unerschwinglichen Lasten führt, unter denen das Volk seufzt. (Zustimmung links.) Daß die verbündeten Regierungen es abgelehnt haben, die vegetarischen Bestimmungen gegen den Buchhandel aufzunehmen, die das Zentrum befürwortete, ist erfreulich. Daß das Zentrum eine tiefgewurzelte Abneigung gegen den Buchhandel hat, weiß ich ja. In dem Entwurf ist aber noch eine Bestimmung stehen geblieben, die dem Buchhandel durchaus nicht paßt. Das ist die Bestimmung, daß von der Kolportage ausgeschlossen sein sollen diejenigen Lieferungsgegenstände, wo nicht die Zahl der Lieferungen des Werkes und dessen Gesamtpreis auf jeder Lieferung an einer in die Augen fallenden Stelle verzeichnet ist. Unter diesen Bedingungen kann ja oft mit dem Druck des Werkes nicht zur rechten Zeit begonnen werden. Mißbräuche in dieser Hinsicht, die wirklich Uebervorteilung des Publikums bedeuten, ist das letztere Manns genug, selbst entgegengesetzten.

Abg. Luentin (natl.) tritt ebenfalls für Kommissionsberathung ein.

Hierauf wird ein Verlagsantrag angenommen. Schluß 5 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Besprechung der zur Währungsfrage abgegebenen Erklärung des Reichskanzlers; Fortsetzung der eben abgetroffenen Berathung.)

## Noch ein Hans Blum-Prozess.

Blauen i. B., 7. Februar.

Boulanger und sein Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie nach der Darstellung des Dr. Hans Blum bildete die Grundlage einer Privatklage, die heute vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung gelangte. Angeklagt sind der Restaurateur Friedrich Langenstein von hier und die Mitglieder des Arbeiter-Wahlkomitees, Wolfrum, Nürnberg, Hohmann, Nau, Bauer, Hörnig, Jöbisch und Schulz. Der Streit zwischen beiden Parteien ist nahezu zwei Jahre alt. Dr. Blum hat in seinem Buch „Die Lügen der Sozialdemokratie“ bekanntlich behauptet, daß im Boulanger-Prozess klar gestellt worden sei, daß Boulanger mit deutschen Sozialdemokraten Beziehungen angeknüpft hätte, damit diese im Falle eines deutsch-französischen Krieges im Rücken des deutschen Heeres eine Revolution anzettelten und die Widerstandskraft der deutschen Heere abschwächen. Auf Grund dieser Behauptungen ist anlässlich der letzten Erwahlung im 23. sächsischen Reichstags-Wahlkreise und zwar wenige Tage vor der Stichwahl im hiesigen Amtsblatt, dem „Vogtländischen Anzeiger“ ein Artikel erschienen, in welchem die Beschuldigungen gegen die Sozialdemokratie wiederholt wurden. Von den damals hier ausführenden Reichstags-Abgeordneten Liebnicht und Auer wurden die Anschuldigungen zurückgewiesen und der unbekante Urheber für einen feigen und elenden Schabackneider erklärt. Gegen diese Erklärung wendete sich ein mit der Namensunterschrift des Dr. Hans Blum versehenes Flugblatt. Dr. Blum hielt die erwähnten Anklagen aufrecht und fügte hinzu, die behaupteten „Thatsachen“ seien im Prozess Boulanger sowohl von dem französischen Generalstaatsanwalt als von den Verteidigern und auch dem Gerichtshof für vollständig erwiesen erachtet worden, wie die in seinem (Dr. Blum's) Besitz

beständlichen Biographischen Berichte jenes Prozesses bewiesen. Das sozialdemokratische Wahlkomitee brachte als Antwort hierauf ein neues Flugblatt zur Ausgabe, betitelt: „Wubendlicke befreit. Der Kronzeuge ist da.“ Dieses Flugblatt, das die denkbar kräftigste Zurückweisung der Blum'schen Behauptungen und scharfe Angriffe auf dessen Person enthielt, bildet den Gegenstand der heutigen Privatklage.

Vor einem Jahre fand in der Sache Verhandlung an, aber auf Verlangen des Verteidigers, Rechtsanwalt Freudenthal, kam die Sache nicht zum Abschluss, da derselbe es für geboten erachtete, daß der Privatkläger, Rechtsanwalt Dr. Hans Blum selbst erscheine. Diesem Antrage gab der Gerichtshof statt und Herr Dr. Hans Blum war dieses Mal höchstpersönlich zur Stelle.

Vor Beginn der Verhandlung erklärte sich der Privatkläger zu einem Vergleiche bereit. Er will die Klage zurückziehen, sofern sich die Beklagten zur Zahlung einer Buße von 100 M. bereit erklären. Die Buße soll zu wohltätigen Zwecken Verwendung finden. Die Beklagten geben durch ihren Verteidiger Dr. Freudenthal in Berlin die Erklärung ab, daß sie auf den Vergleich nur einzugehen in der Lage seien, wenn Dr. Blum eine Erklärung des Inhalts abgibt, daß er die erhobenen Beschuldigungen nicht zu beweisen vermöge. Dr. Blum sagt, er sei zu der Erklärung ganz außer Stande, weil dieselbe seinem ganzen Wissen widerspreche. Er habe direkte Zeugen für seine Behauptungen und müsse, wenn die Frage zugespitzt werde, auf deren Ladung und auf Vertagung der Verhandlung bestehen. Der Vorsitzende bedauert, daß der Privatkläger mit dem Beweisangebot nicht früher und so rechtzeitig hervorgetreten ist, daß die benannten Zeugen noch zu der Verhandlung geladen werden könnten. Dr. Freudenthal-Berlin will einem Vertagungsantrag nicht widersprechen, da die Beklagten an der Klarstellung der Angelegenheit selbst das größte Interesse hätten. Dr. Blum benimmt nunmehr als Zeugen den Redakteur Emil Kittenhofer in Jülich. Kittenhofer habe über die Verbindungen Boulanger's mit in Jülich aufhältlich gewesenen Sozialdemokraten Wahrnehmungen gemacht und werde zugegenmäßig bekundigen, daß von diesen eine Revolution in Deutschland für den Fall des Ausbruchs eines deutsch-französischen Krieges in Aussicht genommen und hierauf bezügliche Pläne dem französischen Kriegsministerium vorgelegt worden seien. Der Privatkläger erwähnt dabei eine anlässlich eines in Berlin in der nämlichen Angelegenheit stattgehabten Prozesses von ihm verfaßte, 64 Seiten umfassende Denkschrift und meint, durch die letztere würden die Berliner Prozessverhandlungen in eine ganz neue Beleuchtung gerückt. Das Gericht setzt vorläufig die Verhandlung fort. Die Angeklagten sind mit Ausnahme von Langenstein — der das inkriminierte Flugblatt als Verleger gezeichnet hat — sämtlich Mitglieder des Wahlkomitees gewesen, machen jedoch geltend, daß sie das Flugblatt weder verfaßt noch verbreitet, sondern von dem Inhalte erst nach der Verbreitung Kenntnis erlangt haben. Langenstein erklärt, die Verfasser des Flugblattes nicht zu kennen. Er habe das Flugblatt gelesen und für die Verbreitung Sorge getragen, weil er es als berechtigte Abwehr der Verleumdungen betrachtet habe, durch welche seine Partei des Hoch- und Landesverrats beschuldigt wurde. Nach beendetem Inquisition wird von dem Mitverteidiger Dr. Schumann-Planen die Rechtzeitigkeit der Klageerhebung angezweifelt. Um diesem Einwand zu begegnen, bringt der Vorsitzende einen Brief des Verlegers und Besitzers des hiesigen Amtsblattes („Vogel. Anz.“) Wieprecht zur Verlesung, aus welchem hervorgeht, daß Wieprecht dem Dr. Hans Blum am 8. Juni 1894 den Inhalt des inkriminierten Flugblattes mitgeteilt und hinzugefügt hat, die Planen'schen Sozialdemokraten seien nach dem Wahlerfolge übermäßig geworden und es könne ihnen ein Dämpfer nicht schaden. Es wird hierauf in die Beweisnahme eingetreten und gelangen Schriftstücke aus einem in Wlogeburg in der gleichen Angelegenheit stattgehabten Prozesse, sowie durch den gerichtlichen Dolmetscher verschiedene Stellen aus den von Dr. Blum als Quellen angeführten französischen Berichten und Zeitungen zur Verlesung. Die Verlesungen sind mit langwierigen Verhandlungen verknüpft, da Dr. Blum immer von neuem versucht, dem durchaus klaren Wortlaut der in betracht kommenden Schriftstücke eine Auslegung zu geben, die seine Behauptungen stützen soll. Dem Vorsitzenden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß man aus den angeführten Quellen doch unmöglich herauslesen könne, daß die gegen deutsche Sozialdemokraten erhobenen Vorwürfe in dem Prozesse gegen Boulanger von dem Gerichtshof, dem Generalstaatsanwalt und den Verteidigern für erwiesen erachtet seien, nimmt Dr. Blum schließlich auf einen in einer französischen Zeitung erschienenen Artikel des damals klüchtigen Revanche-Generals Bezug, in welchem derselbe die ihm schuld gegebenen Unterschlagungen damit zu entschuldigen versucht, daß er durch die Zuwendungen an die Zeitung „L'avenir national“ sich Leute habe verschaffen wollen, welche mit den Sozialisten eines gewissen Landes Verbindungen unterhielten. Dieser Leute habe er sich am Vorabend eines Krieges bedienen wollen. Dr. Freudenthal weist darauf hin, daß in dem Artikel davon, daß Boulanger sein Vorhaben gelungen sei, kein Wort steht, vielmehr in demselben hervorgehoben wurde, daß dieses Vorhaben gänzlich mißlungen sei. Auch der Vorsitzende macht den Privatkläger wiederholt aufmerksam, daß es sich darum handelt, daß er überhaupt hat, in dem Prozeß gegen Boulanger sei vom Gerichtshof, den Verteidigern und dem Generalstaatsanwalt für unzulässig erachtet worden, daß die deutsche Sozialdemokratie von Boulanger selber erhalten habe. Dr. Blum sucht eifrig in seinen Äußerungen und Schriften, vermag dem Vorhalt jedoch nicht zu begegnen und kommt schließlich auf den Antrag auf Vernehmung des Redakteurs Emil Kittenhofer in Jülich zurück. Der Antrag wird indes vom Gericht abgelehnt, weil dessen, was bewiesen werden müßte, nämlich daß in dem Prozesse gegen Boulanger eine Verbindung desselben mit deutschen Sozialdemokraten unzulässig festgestellt worden sei, nicht bewiesen werden könne. Die Beweisnahme wird hierauf geschlossen. Dr. Blum beantragt die Verhaftung sämtlicher Angeklagten und die Zubilligung einer Buße, deren Höhe er dem Ermessen des Gerichts überläßt. Das Flugblatt sei im höchsten Grade beleidigend und auch verurteilend. Der Verteidiger Dr. Freudenthal beantragt in erster Linie die Freisprechung der mitangeklagten Mitglieder des Wahlkomitees. Dieselben könnten, da sie von dem Inhalte des inkriminierten Flugblattes keine Kenntnis hatten, strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden. Auch die geforderte Buße müsse abgelehnt werden. Dr. Blum habe wohl Schaden erlitten, aber nicht in seiner Praxis als Rechtsanwalt, sondern in seiner literarischen Tätigkeit. Das sei indes seine eigene Schuld, nicht aber die Schuld der Angeklagten. Der Verteidiger geht des näheren auf die von Dr. Blum erhobenen Beschuldigungen ein und weist nach, daß dieselben in jeder Beziehung unbegründet sind und der Privatkläger im heutigen Termin einen ganz offenkundigen Rückzug antreten mußte. Aus dem französischen Verfahren gegen Boulanger ergab sich schon zur Evidenz, daß die Behauptung Blum's „Boulanger habe französische Staatsgelder an deutsche Sozialdemokraten veranzugt und dies hätten im Boulanger-Prozesse nicht nur der Generalstaatsanwalt sondern auch die Verteidiger für erwiesen erachtet“ eine völlig unwahre ist, weil nach französischem Recht im Verfahren gegen Boulanger gar keine Verteidiger zugelassen werden konnten. Der Verteidiger charakterisiert in schärfster Weise die Blum'sche „Beschuldigung“ und beharrt dabei, daß dasjenige, was Dr. Blum in bezug auf die deutsche Sozialdemokratie und Boulanger behauptet hat, vollständig unwahr und zwar wesentlich unwahr ist. Wenn der Privatkläger die Angehörigen einer Partei derartig beleidigt, so dürfe er es auch nicht übel nehmen, wenn ihm der entgegengetreten werde. Im vorliegenden Falle sei eine derbe Antwort sogar rechtlich gerechtfertigt. Einer so hanebüchernen Beschuldigung gegenüber sei der höchste Grad sittlicher Entrüstung selbst in den objektiv beleidigendsten Worten geboten. Es sei erfreulich, daß

diese Entrüstung sich kund gegeben hat. Der Verteidiger Dr. Freudenthal nimmt für den Angeklagten Langenstein den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) in Anspruch. Der Mitverteidiger Dr. Schumann schließt sich den Ausführungen Freudenthal's im wesentlichen an. Das Gericht erkennt nach kurzer Beratung unter Kostenloser Freisprechung der übrigen Angeklagten gegen Langenstein auf 50 M. Geldstrafe. Die erwachsenen Gerichtskosten sind von dem Privatkläger und Langenstein zu tragen. Der Antrag Dr. Blum's auf Zuerkennung einer Buße wird abgewiesen. In der sehr kurzen Urteilsbegründung werden die von Dr. Hans Blum gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Beschuldigungen für unzulässig erachtet. Dem Angeklagten Langenstein, der zweifellos in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, sei der Schutz des § 193 zugebilligt worden, aber aus der Form der Abwehr gehe die Absicht der Beleidigung hervor, deswegen müsse er bestraft werden. Als strafmildernd komme in betracht, daß der Angeklagte durch die von Blum erhobenen Beschuldigungen in große Erregung versetzt worden sei. Mit Rücksicht auf die ganze Sachlage sei eine geringe Geldstrafe als Sühne am Platze.

## Kohales.

**Aktion, dritter Wahlkreis!** Auf die am Donnerstag, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Brodnow's Lokal, Sebastianstraße 89, stattfindende Versammlung sei nochmals hingewiesen. In derselben wird Reichstags-Abgeordneter Genosse Förster über die Ursachen der Arbeitslosigkeit referieren. Die Frauen sind ganz besonders eingeladen. Diese Aenderung hat getroffen werden müssen, weil Genosse Frohne, der ursprünglich in Aussicht genommene Referent, absagen ließ.

**Wismarck wendet sich gegen eine Finanzoperation der Regierung.** In Sachen des hiesigen botanischen Gartens schreibt er nämlich in seinem Hamburger Organ: „In Berlin droht dem dortigen botanischen Garten das Schicksal, von der Bauspekulation verschlungen zu werden. Wir haben das Bedürfnis, eine Banke für seine Erhaltung zu brechen. Das Terrain, auf dem Berlin steht, ist doch eine Sandwüste mit geringen Ruhepunkten für das Auge und ohne allen landschaftlichen Reiz, wenn man von dem Thiergarten und dem Friedrichshain absteht. Unter diesen Umständen wäre es ein um so ärgerer Bandalismus, den langjährig herangewachsenen botanischen Garten inmitten des künftigen Berlins seines Baumschlags zu enteiden, umso mehr als derselbe ein besonders ausgewählter ist. Wir würden es für eine Verletzung des guten Geschmacks, der Gesundheitspflege und der Berliner Landschaft halten, wenn man dieses zufällig vorhandene Bestreben und das Herantreten der Natur an die Wüste von Bau- und Pflastersteinen, die Berlin bilden, zertrüben wollte.“ Es ist bekanntlich ein auch von Wismarck geäußert Grundgesetz der preussischen Regierung, der Stadt Berlin entweder gar nicht oder nur gegen hohe Kostenentschädigung irgend welche Vortheile oder Annehmlichkeiten zukommen zu lassen. Auch diesmal wird keine Ausnahme von der Regel gemacht werden. Die freisinnigen Berliner Stadtväter sind aber meistens soviel genug gewesen, zu Kirchenbauten z. B. unentgeltlich die Plätze herzugeben.

**Aus der Gemeinde Friedrichsberg-Lichtenberg.** Die Vorbereitung der Kommunalwahlen hat einen Konflikt zwischen der Gemeindevertretung und Herrn Gemeindevorsteher Lieutenant a. D. Röder herbeigeführt. Kürzlich wurden aus der Gesamtzahl der Vertreter diejenigen ausgelost, welche gesamtartig auszuscheiden haben. Nach vollzogener Auslosung fand sich, daß von den in der zweiten Klasse gewählten Vertretern gerade alle die dem Loose verfallen waren, welche nicht zur „Röder-Partei“ gehörten. Es wurde nunmehr gegen die Auslosung Protest erhoben. Man nahm hauptsächlich an der Art und Weise Anstoß, wie ausgelost worden war. Es wurde geltend gemacht, daß Herr Röder eigenhändig die Loose (Zettel mit dem Namen der Vertreter) in die Urne gelegt habe, nachdem sie ein Schöffe in seinem Weisem zusammengeknüpft und daß er dann die entsprechende Anzahl derselben aus der Urne herausgenommen hätte, ohne die Zettel durch einen anderen zu schütten. Durch Mehrheitsbeschluß erklärte die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung die Auslosung für ungültig; hiergegen will Röder die zuständige höhere Instanz im Beschwerdewege anrufen.

**Verschiedene Inhaber von Barbierstuben im Südosten der Stadt** sind am Sonntag Nachmittag polizeilich kontrolliert worden, weil vermutet wurde, daß sie ihre Gehilfen länger als bis 2 Uhr beschäftigen würden. Verschiedene Barbierherren wurden notirt. Eine derartige Kontrolle kann nur gebilligt werden, doch sollte auch das Publikum strenge des Sonntags Nachmittags den Besuch der Barbierstuben vermeiden.

**Von der Charite-Direktion** wird uns geschrieben: Die neue chirurgische Poliklinik der Charite im Hause Luisenstr. 2 ist am Sonnabend in Betrieb gesetzt worden, nachdem am Freitag der Direktor Geheimrath König die Einrichtungen derselben den Studierenden und vielen anwesenden Ärzten gezeigt und erklärt hatte.

**Die Gewerbe-Anstellung in Treptow** war am Sonntag das Ziel vieler Berliner, und es herrschte auf der Chaussee und in den Lokalen dieses Vorortes ein derartiger Verkehr, wie ein solcher an schönen Sommer-Sonntagen nach dort nicht zu verzeichnen war. Die Sädung-Jügel waren schon vom frühen Morgen an überfüllt und, wiewohl auf telegraphische Anweisung von Charlottenburg aus Extrazüge nach Treptow eingeleitet wurden und von 11 Uhr vormittags an der zehn-Minutenverkehr eintrat, so war es doch unmöglich, die Mengen zu beschränken. Im ganzen waren es 70 000 zahlende Personen, die trotz der noch nicht beendetem Ausbau-Arbeiten der Ringbahn mittels Stadtbahnzüge von und nach Treptow befördert wurden. Die Pferdebahn dagegen hielt ihren halbständigen Verkehr aufrecht und diese wenig koulante Handlungsweise verursachte im Publikum großen Unwillen. Recht begehrt waren Troschen und Kremsler, welche letztere vom Schleifchen Thor aus bis Dorf Treptow 20 Pf. Fahrgezd erhoben. In verschiedenen Zuschriften, die wir erhalten, wird lebhaft über den ungenügenden Schalterdienst an den Stadt- und Ringbahnstationen, der den Verkehr wesentlich erschwerete, Klage geführt. Wenn die Bedienung jetzt schon ungenügend ist, wie soll es dann erst nach Eröffnung der Ausstellung werden?

**Nizdorfer Wohnungsverhältnisse.** Im Jahre 1894 wurden insolge 66 gestellter Anträge auf polizeiliche Untersuchung von Wohnungen 31 Wohnungen für ungesund erklärt und deren Mieter zum Verlassen derselben aufgefordert, während in den übrigen 35 Fällen die gestellten Anträge als unbegründet zurückgewiesen wurden. Im Jahre 1895 wurden 31 Anträge auf Räumung von Wohnungen gestellt und davon nur 18 Wohnungen polizeilich als unbewohnbar erklärt, während in den übrigen 33 Fällen den Anträgen nicht entsprochen wurde.

**zur Frage der „schwarzen Mietherrliste“** wird von einem Berichterstatter mitgeteilt, daß dieselbe noch nicht erschienen ist. Allerdings war der Zeitpunkt dieses Ereignisses auf Mitte voriger Woche festgesetzt; allein es ergaben sich unüberwindliche Schwierigkeiten, weil — von den zu Enttragungen in diese Listen berechtigten Hausbesitzern bis zu jenem Zeitpunkt keinerlei Enttragungen gemacht waren. Ähnlich erging es den Mietherrlisten vor einiger Zeit nach einer langen Agitation und Milderung der polizeilichen Konfessionsbedingungen für Schaftwirtschaften; als die Polizei thatsächliches Material verlangte, konnte solches nicht beigebracht werden.

**Waldendienst.** Die katholische „Germania“ schreibt: „Eine Götlin der Freiheit“ sitzt das Schaufenster einer Wittwe am

Kottbuser Damm. Die Götlin trägt in der rechten Hand das rote Banner mit der Goldaufschrift „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ Auf der vorderen Plakate steht „Recht“ und „Wahrheit“. Obwohl es nur ein Maskenanzug ist, sieht die Götlin den zielbewußten Genossen doch so viel Respekt ein, daß sie ehrsüchtig den Hut vor ihr abzieht, wenn ihr Blick an dem Schaufenster vorbeifährt.

Das soll selbstverständlich ein Scherz auf Kosten der selbstständig denkenden Arbeiterschaft sein, die den Obgendienst in jeder Form für lächerlich und verabscheuenswürdig hält. In dem Organ einer Kirche, die von ihren Angehörigen verlangt, daß sie jedem am Wege stehenden Heiligenbilde ihre Reverenz erweisen, nimmt sich ein solcher Akt allerdings etwas deplazirt aus.

**Freiherr v. Hammerstein** ist offizieller Meldung zufolge Sonntag früh unter der Bedeckung deutscher und italienischer Polizeibeamten über Ala nach Berlin abgereist, wo die Ankunft Dienstag früh gegen 6 Uhr erfolgt.

**Der verhaftete Direktor der Rheinisch-Westfälischen Bank,** Hermann Friedmann, hat bei seiner ersten Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter belästigende Aussagen gegen dritte Personen gemacht, so daß die Affäre voraussichtlich weitere Kreise ziehen dürfte.

Die „Vereinigten katholischen Arbeiter-Vereine“ geben, so schreibt die „Kath. Volkstz.“, mit dem Plane um, im Osten der Stadt ein katholisches Arbeiterhospiz zu gründen. Unter dieser Meldung ist zu verstehen, daß die Geistlichen, welche in den sog. katholischen Arbeitervereinen das Heft in Händen führen, den entsprechenden Plan gefaßt haben.

**Von der städtischen Armenverwaltung** erhalten wir folgende Zuschrift:

In der 1. Beilage zum „Vorwärts“ vom 28. Januar d. J., Nr. 23 befindet sich ein Artikel, bezehnet: „Eine Illustration zur städtischen Armen-Krankenpflege“, dessen Angaben bezüglich des Armenarztes nicht zutreffen.

Nach katzgefundener Ermittlung handelt es sich in dem angegebenen Falle um den Schuhmacher Julius Wulff, Bergstr. 50, im Keller. Der Krankenschein bezüß ärztlicher Behandlung des Wulff ist in der Wohnung des zuständigen Armenarztes Dr. Haffmann am Sonntag, den 5. Januar d. J. nachmittags zwischen 1-4 Uhr abgegeben, während der Arzt bis 11 Uhr vormittags amwesend gewesen ist und bis dahin von der Erkrankung des Wulff keine Kenntnis hatte. Als der Arzt gegen Abend zurückkehrte, hat er den nur mit „Wulff, Bergstraße 50“ bezeichneten Krankenschein erst vorgefunden, am folgenden Tage, den 6. Januar, morgens 7 Uhr, diesen Schein zur Vervollständigung zurückgesandt und als er gegen 10 Uhr denselben vervollständigend zurückerhielt, nach Beendigung der Sprechstunde zwischen 11 und 12 Uhr desselben Tages den Kranken besuchte. Eine Veranlassung des Armenarztes liegt somit in keiner Weise vor, und ist auch durch die notwendige Berichtigung des Krankenscheines nicht entstanden. Auf die ärztliche Behandlung des Wulff im Lazarus-Krankenhaus hatten wir keine Einwirkung.

**Ueber einen großen Raub** meldet ein Berichterstatter: In dem Wschinger'schen Lokale Nr. 9, Ecke der Rosenthaler- und Lothringerstraße, war am Sonnabend gegen Mitternacht zwischen einem Wasse und einem Kellner Streit entstanden. Ersterer drang, gewaltsam aus dem Lokal entfernt, wieder hinein, fing mit anderen Gästen Händel an und erhielt von denselben schließlich eine derbe Züchtigung. Der Vorgang wurde von der Straße aus beobachtet und es sammelten sich etwa 400 Personen an, die nun den Versuch machten, die Stehbierhalle zu stürmen. Die Fenster Scheiben der verschlossenen Thüre wurden zertrümmert, während die Thüraffnung so lange stand hielt, bis ein Schuttmann erschien, welcher den Eingang besetzte. Nunmehr drangen die Wüthenden auf den Beamten ein, dieser zog jedoch blank und es gelang ihm, sich die Angreifer so lange vom Halle zu halten, bis von der Revierwache in der Lintenstr. Hilfe kam. Den verzeinten Kräften der Greutobeamten gelang es nun, die Menge zurückzudrängen, fünf der Hauptschuldigen festzunehmen und diese trotz des Anstrens der Tumultuanten, zumoist Rombies und Jubaltem aus den benachbarten Straßen, nach der Wache zu transportieren. Das Wschinger'sche Lokal war inzwischen bereits geschlossen worden.

**Stadtkatistik.** Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Januar 1896 27 Familien mit 79 Personen, darunter 18 Säuglinge, und 54 Einzelpersonen. Am 1. Februar war der Bestand 17 Familien mit 56 Personen, darunter 5 Säuglinge, und 63 Einzelpersonen. Das Asyl für nächtliche Obdachlose dafelbst bezüßten im Laufe des Monats Januar 50982 Personen, und zwar 49761 Männer und 1221 Frauen. Von diesen Personen wurden 49 dem Krankenhaus am Friedrichshain, 63 dem Krankenhaus Moabit, 754 (738 M., 21 Fr.) der Polizei vorgeführt. Der Krankenstation des Obdachs wurden 30 Personen, der Anstalt Wuhlgarten 5 Personen, der Anstalt Herzberge 1 Person überwiesen. Gebadet haben während des Monats Januar von diesen Personen 49771.

**Unter der göttlichen Vorsehung.** Die deutschen Graupenmüller wollen die Produktivität vom 1. Februar ab auf ein Jahr um 25 pCt., d. h. um 200 000 Zentner einschränken, weil sie ihre Waare in letzter Zeit bei weitem nicht los werden konnten. Und doch wissen zahllose Proletarier nicht, wie sie für sich und ihre Familie ein Stückchen Brot beschaffen sollen.

**Die bitterste Noth** trieb am Sonnabend Abend die 31 Jahre alte Frau Helene Strahlendorf geb. Ehrhardt in den Tod. Frau Strahlendorf, die von ihrem Manne geschieden war, bezog mit ihrem dreijährigen Knaben Otto von anderthalb Jahren in der Widenowstraße eine aus Stube und Küche bestehende Wohnung. Die Küche vermietete sie an die Arbeiterin Wittwe Blägg. Ein halbes Jahr nach ihrem Einzug zog der Metalldreher Max Müller zu Frau Strahlendorf, mit dem sie ein Liebesverhältnis unterhielt. Einige Monate vorher hatte die Frau einem Mädchen das Leben gegeben und das Kleine bald nach der Geburt verschent. Um sich ihren Lebensunterhalt zu erwerben, arbeitete Frau Strahlendorf in den Allgemeinen Elektrizitätswerken in der Kderstraße. Nachdem man sie hier vor zwei Monaten entlassen hatte, war sie auf Müller angewiesen, da sie anderweitig keine Arbeit bekommen konnte. Ihr Liebhaber scheint aber schlecht für sie geforgt zu haben. Sie gerieth nach und nach mit der Miethse so sehr in Rückstand, daß der Hauswirth, Herr Stürmer aus Charlottenburg, die Ermittlungsfrage gegen sie anstregte. In dieser Sache stand vor einiger Zeit Termin an. Während die Frau diesen wahrnahm, rückte ihr Müller mit allen seinen Sachen aus, ohne zu bezahlen, was er ihr für Kost und Wohnung schuldet. Seitdem liegt die Noth der Frau auf das höchste und zu der Noth gestellte sich der Gram über die Untreue des Geliebten. Als sie am Sonnabend Morgen eine Nachbarin vergeblich um 25 Pf. angesprochen hatte, für die sie sich Brot kaufen wollte, beschloß sie, ihrem Leben ein Ende zu machen. Dem Revolver hatte sie dazu schon länger bereit gehalten. Frau Blägg, ihre Mietherrin, kam am Sonnabend Abend um sieben Uhr von der Arbeit nach Hause. Ihre erste Frage war: „Nu, Olla, wat haste denn heute jehocht? Sie erhielt aber keine Antwort, Frau Strahlendorf blieb regungslos im Weite liegen, und Frau Blägg erkannte bald, daß sie eine Leiche vor sich hatte. Ein wohlgeleiteter Revolver schuß in das Herz hatte die Frau auf der Stelle getödtet. Ein Arzt stellte fest, daß der Tod schon viele Stunden vor dem Auffinden der Leiche eingetreten sein mußte; niemand im Hause aber hatte den Knall des Schusses gehört. Den kleinen Knaben hatte Frau Strahlendorf vorher zu ihren Eltern gebracht.

**Von einer Lokomotiv** wurde am Sonntag Abend auf dem Bahnhof Stralau-Nimmelsburg ein gut gekleideter junger

Mann getödtet, dessen Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte. Der Mann geriet, als eben der Zug heran kam, auf dem Bahnsteige ins Stolpern und fiel auf das Geleise. Bevor ihn Jemand beibringen konnte, sagte ihn die Maschine und verfrümmelte ihn so schwer, daß er auf der Stelle verstarb. Der Getödtete mag etwa 20 Jahre alt gewesen sein.

**Arbeiter-Risiko.** Zwischen die Walzen einer Maschine ist am Sonnabend Vormittag gegen 9 Uhr der 27 Jahre alte Maschinenführer Friedrich Proff geraten, der in der Buchdruckerei von Sittenfeldt in der Mauerstraße arbeitet. Proff, der am Sittenfeldt Nr. 7 wohnt, war beim Putzen einer im Gange befindlichen Maschine (1), als er mit der rechten Hand in das Getriebe gerieth und eine so schwere Verletzung erlitt, daß die Folgen des Unfalles noch nicht abzusehen sind. Der Verletzte wurde in ein Krankenhaus gebracht.

**Deutsches Heldenthum.** Ein blutiges Renkontre zwischen einem Soldaten und einem Zivilisten fand Sonntag Abend nach 10 Uhr am „argemüthlichen Bod“ statt. Unter den die Fribidinstraße hinabziehenden Bodgästen befand sich die Familie Zeidler aus Charlottenburg. In der Ecke der Vesaliusstraße wurde diese von einem Unteroffizier — man behauptet allgemein des Trainbataillons — überholt. Mit Bezug auf den Soldaten soll nun der achtzehnjährige Sohn des Zeidler'schen Ehepaars nach Angabe der Mutter nichts weiter geknüpft haben, als die Worte: „Das ist auch ein Traufsoldat“. Diese Bemerkung brachte den Unteroffizier derart in Wuth, daß er seinen Schleppfabel zog und dem jungen J. damit einen scharfen Hieb über den Kopf versetzte, so daß das Blut sofort hoch aufspritzte. Der Thäter wandte sich sodann zur Flucht, führte indes noch einen Hieb gegen einen Herrn, der ihn aufzuhalten versuchte, glücklicherweise ohne zu treffen. Des Verletzten, der wie ohnmächtig einen Baum umklammert hielt, nahmen sich Passanten an, es war indes nicht möglich, das Blut zu stillen. In Begleitung seiner Verwandten wurde der Verletzte daher per Droschke der Unfallstation Poststraße 44 zugeführt, woselbst der dienhabende Arzt feststellte, daß der mit scharfer Klinge geführte Längshieb eine 6 Zentimeter lange, bis auf den Knochen gehende Wunde verursacht hatte, und daß die Schädeldecke auf 2 Zentimeter bloßgelegt war. Der durchschlagene Ader wegen mußte zunächst davon Abstand genommen werden, die Wunde zuzunähen. Auf Anrathen des Arztes wurde der Verletzte nach Anlegung eines Nothverbandes einem Krankenhaus zugeführt. Der Unteroffizier ist ungehindert über das Tempelhofer Feld entkommen.

**Aus der Kaserne.** Wegen vielfacher Unterschlagungen ist der „Volks-Jg.“ zufolge der Feldwebel Werner vom Königin Augusta-Regiment in Spandau am Sonnabend verhaftet worden. Er hatte die Spargelder der Unteroffiziere seiner Kompagnie zu verwalten. Die an ihn abgelieferten Beträge hat er nun seit zwei Jahren nicht bei der Sparkasse zinsbar angelegt, sondern für sich verbraucht. Er hat dadurch im ganzen 800 Mark veruntreut. Als die Sache heraustram, wollte er sich erschließen, sein Hauptmann entriß ihm aber noch im letzten Augenblick den Revolver.

**Herr Karl Fränkel,** der als künftiger Pächter des Reichshallen-Theaters genannt wurde, theilt uns mit, daß er durch Vertrag mit Kaufmann's Variété dort bis 1898 an seine Stellung als Direktor gebunden sei. Er wäre somit außer Stande, die genannte Bühne zu pachten.

**Die Affäre Friedmann II.** Der Direktor der Rheinisch-Westfälischen Bank, Hermann Friedmann, ist, wie wir schon kurz gemeldet haben, am Sonnabend Vormittag verhaftet worden. Ueber die Gründe der Verhaftung gehen die Angaben auseinander. „Wolff's Bureau“ schreibt: wegen Verdacht der Urkundenfälschung. Nach der „Nat.-Ztg.“ stände die Verhaftung mit der Angelegenheit der Potsdamer Straßenbahn im Zusammenhang. Diese Gesellschaft soll an die Rheinisch-Westfälische Bank eine Forderung haben und keine Zahlung erlangen können. Der Kurs der Potsdamer Straßenbahn-Aktien fiel am Freitag um etwa 20 pCt. und war Sonnabend wiederum 31 pCt. niedriger. Nach einer anderen Meldung ist die Verhaftung auf Antrag der Schöneberger Genossenschaftsbank erfolgt. Nach dem „S. Tagebl.“ soll den besonderen Anlaß eine Denunziation gebildet haben, wonach Friedmann unzulässige Aktien der Potsdamer Straßenbahn bei einem Kreditinstitut in Schöneberg lombardirt hatte. Vorsitzender des Aufsichtsraths der Bank war bis zum vorigen Jahre der Rechtsanwalt Fritz Friedmann. Die Rheinisch-Westfälische Bank habe, seitdem sie in die Hände Friedmann's gerathen war, sich viel mit sogenannten „Sanierungen“ beschäftigt. Friedmann kaufte die Aktien von Aktiengesellschaften auf, die sich in schwieriger Lage befanden, ließ sich in die Verwaltung wählen und setzte dann durch, daß Zugahlungen auf die Aktien beschlossen wurden. Die „Sanierung“ der Unternehmungen, die damit bewerkstelligt werden sollte, blieb indes in den meisten Fällen aus. Der Kredit der Bank war schließlich so gesunken, daß der Zusammenbruch unvermeidlich war. Kredit konnte seit einiger Zeit anscheinend nur noch durch Gewährung wucherischer Zinsen erhalten werden. Maller und kleinere Firmen der Berliner Börse sind an dem Falle theilhaftig. Ueber die Passiven der Bank sind weit auseinandergehende Gerüchte verbreitet. Die Ziffern schwanken zwischen 4 und 8 Millionen Mark. Der Kurs der Aktien der Bank wurde am Sonnabend gestrichen. Der Kontursoll bevorstehen. Der Verhaftete ist ein Vetter des früheren Rechtsanwalts.

**Tödlich verunglückt** ist durch einen Sturz vom Treppengeländer die acht Jahre alte Tochter Klara des Schuhmachers Adamschek aus der Taubenstr. 4. Das Kind besuchte am Sonntag Nachmittag eine Schulfreundin, die Tochter der Wittwe Groppler in der Elbasserstr. 99. Frau Groppler, die mit Wäsche beschäftigt war, wollte die Kinder nicht in der Wohnung lassen, damit kein Unglück geschehe, und schickte sie, als sie trotzdem wieder heraufgekommen waren, zum zweiten Male hinunter. Dabei sah nun die Klara A., ein kleines und schwächliches Kind, im 5. Stock durch die Stäbe des Treppengeländers ihrer Freundin nach, stürzte hinunter und zog sich einen Schädelbruch zu, an dem sie auf der Stelle verstarb.

**Ein Opfer ihrer Gutmüthigkeit.** Der Selbstmord der Frau Hende, die sich aus dem Bodensender des Hauses Greifenstraße 89 auf den Hof hinabstürzte, hat durch nachträglich gefundene Aufzeichnungen der Unglücklichen in seinen Beweggründen volle Aufklärung gefunden. Die Frau ist hiernach nicht ein Opfer häuslichen Zwistes, sondern ihrer falsch angewendeten Gutmüthigkeit geworden. Diese hat sie verleiht, ohne Wissen des Mannes diesem gehöriges Geld auszuliehen, dessen Wiedererlangung auf Schwierigkeiten stieß und mit allerlei Widerwärtigkeiten verbunden war, so daß sich schließlich auch das Gericht damit befassen mußte. Am dem Tage, an dessen Vorabend Frau Hende sich aus ihrer Wohnung entfernte, stand in dieser Angelegenheit ein Termin an. Die Frau hatte, wie sie in ihren Aufzeichnungen sagt, nicht den Muth, sich ihrem Manne gegenüber auszusprechen, und nahm sich die Sache so sehr zu Herzen, daß ihr Geist sich verirrte. Bevor sie den tödlichen Sprung that, hat sie sich zwölf Stunden lang auf dem Boden verborgen gehalten.

**Der unglückliche Schläger,** der, wie wir am Sonntag berichteten, den Förster Conrad im Bernauer Forst verstoßen erschossen hat, heißt Gustav Mosler und ist Mitinhaber der hiesigen Mallerfirma Joseph Stern. Als einziger Trost bleibt den Hinterbliebenen des Försters die Hoffnung, daß Herr Mosler sie wenigstens materiell genügend entschädigen wird.

In der Angelegenheit der Schob'schen Eheleute geht uns eine Mittheilung zu, welche die Richterflattermeldung, die auch

wir am Sonnabend wiedergaben, als zum wesentlichen unrichtig erscheinen läßt. Danach ist der Ehescheidungsprozeß noch nicht zu Ende. Doch das nur nebenbei. Von Belang ist die Meldung, daß die Nachricht von dem bejammerwerthen Zustande, in dem das Kind aufgefunden worden sein soll, durchaus nicht zutrifft. Die Mutter des Knaben ist am fraglichen Tage auf Anrathen der Frau Wähling mit dem Kinde zu der im Bericht angeführten Schneiderin Frau Wähling gekommen, um dort eine kleine Schneiderarbeit, auf die sie warten wollte, verrichten zu lassen. Frau Wähling hatte die Mutter vorher nie gesehen und kannte diese überhaupt nicht. Während Frau Schob im Arbeitszimmer wartete und ihr Knabe mit dem Kinde der Frau Wähling spielte, seien plötzlich zwei Leute gekommen, von denen einer sich als Kriminalbeamter legitimirte, während der andere ein Herr Habelmann, der Großvater des Kindes war. Unter dem herzerreißenden Jammer der Mutter wurde das Kind von dem Beamten fortgenommen. Der Knabe sei aber keineswegs heruntergekommen gewesen, er ging sauber und anständig gekleidet und sah auch sonst durchaus nicht danach aus, als ob er von seiner Mutter irgendwie vernachlässigt worden wäre. Die eiterige Entzündung, von der berichtet wurde, bestand in etwas Ohrenlaufen, gegen welches das Kind ein Stück saubere Watte im Ohr trug.

**In der kürzlich von uns gebrachten Mittheilung** über das Vordringen des Agenten aus der Friedrichstraße, der eine Dame nach Steglitz zu verlocken suchte, theilen wir auf Wunsch des Fräulein Margarethe Koschnitz aus der Strellitzerstraße 34 mit, daß sie nicht mit der Häherin identisch ist, welche in der Angelegenheit von uns erwähnt wurde.

**Ueber das Vermögen der Bankfirma Sanderop u. Co.** ist am Sonnabend Konkurs verhängt worden. Seit dem Beginn der Krisis im Berliner Baugewerbe besand sich die Firma in Schwierigkeiten. Der Antrag auf Eröffnung des Konkurses ist von der Hamburger Hypothekbank ausgegangen.

**Gewissenloser Schwundelstein** haben sich zwei Schlächtermeister in der Engros-Markthalle (am Alexanderplatz) schuldig gemacht. Der eine dieser Herren, Lewin mit Namen, wohnt in Heinersdorf, während der andere, ein gewisser Burmeister, Berliner ist. Sie haben schlechtes verdorbenes Fleisch von auswärts kommen lassen und, da es von der Untersuchungsstation sicher beanstandet worden wäre, mit einem gefälschten Stempel als kontrollirt bezeichnet. Diese gesundheitsgefährliche Manipulation ist von ihnen längere Zeit ausgeübt. Auf Grund einer anonymen Anzeige wurden beide am Sonnabend verhaftet.

### Witterungsübericht vom 10. Februar 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (0° C. = 32° F.)
Swinemünde	767	W	4	wolkig	4
Hamburg	770	WSW	4	bedeckt	4
Berlin	770	W	4	bedeckt	6
Biesbaden	774	SW	—	bedeckt	4
München	775	SW	3	bedeckt	2
Wien	773	W	3	bedeckt	6
Saparanda	742	SW	—	Rebel	-5
Petersburg	748	SW	—	Schnee	-4
Cort	770	W	1	bedeckt	11
Aberdeen	765	SW	3	wolkig	7
Paris	774	SW	2	bedeckt	6

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 11. Februar 1896.**  
Ziemlich warmes Wetter mit mäßigen bis frischen westlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.

### Kunst und Wissenschaft.

**Leffing-Theater.** Ein wohlfeiler Schwan, dessen Spaß durch Breite und ewige Wiederholungen schließlich schal wird und ermüdet, ist die neueste Komödie von F. v. Zobellit, „Der Thron seiner Väter“, die am Sonntag im Leffing-Theater zum ersten Male aufgeführt wurde. Zwei barocke Einfälle sind in dem Stück verwendet. Ein Garde-Lieutenant wird über Nacht Erbe eines Duodez-Thronstuhls irgendwo in Deutschland und muß sich darum von seinen Kameraden gehörig löpjen lassen; gelegentlich läßt auch er selber es nicht an Selbstironie fehlen. Nur in einer Scene erhebt sich der Autor aus der Banalität zu fastigerer Komik: Der junge Fürst leert seinen ersten „Unterthanen“ kennen und weidet sich selbstgefällig an frischen Bonnen. Die zweite Burleske ist die große Karrikatur einer Abtheilung der Friedensliga in einem entlegenen märkischen Städtchen. Die bekannte komische Arie mit lyrischen Gesängen in der vertrockneten Brust ist Vorrede des Vereins und zugleich die Zielscheibe für eine wüste Satire. — Als F. v. Zobellit mit seiner märkischen Dorfstudie „Ohne Geld“ seinen ersten Bühnengang wagte, glaubte man zwar keinen Dichter von Ursprünglichkeit, aber einen neuen Mitbewerber unter erst freibenden Schriftstellern gewonnen zu haben. Im anderen als im Sinne Shakespears wird das heutige Theater so oft der Spiegel seiner Zeit, einer Gesellschaft, die möglichst hohen mühseligen Gewinn am höchsten schätzt; und so bemühen sich die Theaterdichter um die Gunst der Massen, um die Gunst einer mühsigen Frauenwelt, und scheuen keine niedrige Trivialität, wenn sie nur Geld verheißt. Auch die Schauspieler fühlen sich behaglich im Trivialen. Sie brauchen sich nur gehen zu lassen und sind, gleichfalls ohne Mühe, ihres Erfolges sicher. Da gab Herr Sauer mit schneidiger Bravour den schneidigen Lieutenant, Herr Stahl den guten Kerl und liebenswürdigen Schwerenöthiger; und der Schiffschiff, der um so heziger wußt, je einseitiger er sich geberdet, wurde von Fräulein Meta Jäger gespielt, süß, einfach süß, wie das die Verklümmte Damenwelt in der Sprache des Konditorladens und unseres Theaters zu nennen pflegt.

### Gerichts-Beilage.

Keinen groben Unfug sah das Schöffengericht I in einem Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie, wegen dessen gegen den Genossen Sch. durch Strafbefehl eine Haftstrafe von zwei Wochen festgesetzt worden war. Sch. hatte in einer Versammlung am 8. Dezember 1895 das lammergerichtliche Urteil besprochen, durch das ein solches Hoch als grober Unfug bestraft wurde, weil es bei den nichtsozialdemokratischen Besuchern der Versammlung hätte Aufstoß erregen können. Genosse Sch. erklärte ausdrücklich, daß er nicht die Absicht habe, eine strafbare Handlung zu begehen und daß er deshalb das gewohnte Hoch unterlassen wollte, wenn Personen anwesend seien, die daran Neugierig nähmen. Er fragte deshalb, ob jemand in dem Saale sei. Als noch einiger Zeit sich keiner gemeldet hatte, sagte Sch., er sähe nunmehr keine Veranlassung von dem gewohnten Hoch abzusehen und brachte es aus. Die ganze Versammlung stimmte beigestimmt ein.  
In der Verhandlung am 10. Februar beschäftigte der Wachtmeister Bisalt diesen Sachverhalt, erklärte aber, er selbst habe Alexander genannt. Auf die Frage, was er sich bei dem Worte „revolutionär“ gedacht habe, konnte er keine Antwort geben. Durch die Vernehmung eines weiteren Zeugen wurde noch festgestellt, daß sowohl der Referent Wagner als der Angeklagte schon vor dem Hoch ausdrücklich den Begriff „revolutionär“ erläutert und erklärt hatten, daß dabei an Mittel der Gewalt, die irgend jemand benutzten könnten, nicht gedacht sei. Der Rechtsanwalt beantragte gleichwohl 14 Tage Haft. In der Versammlung habe wohl niemand Neugierig genommen aber

andre Leute könnten von dem Hoch in der Zeitung lesen und sich dann beunruhigen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine entgegnete dem Amtsanwalt darauf, daß bei dieser Auffassung auch eine Handlung grober Unfug sein würde, die jemand für sich allein in seinen vier Wänden vornehme, wenn etwas davon in die Öffentlichkeit dränge. Verartige mittelbare Folgen lämen nicht in betracht, eine als grober Unfug strafbare Handlung müßte sich direkt gegen das Publikum richten. Daß der Beamte Neugierig genommen habe, sei unethisch, denn er sei eben nicht anwesend als Theil des Publikums, d. h. eines unbestimmten Personenkreises, sondern mit einem ganz bestimmten persönlichen Auftrage. Darum werde durch seine Aussage nicht dargelegt, daß das Publikum verletzt sei. Neugierig hätte er es ja in der Hand gehabt, Einspruch zu erheben, wenn er sich selber für einen Theil des Publikums gehalten hätte. Der Verteidiger erörterte den Begriff des groben Unfugs noch nach verschiedenen Richtungen und wies nach, daß kein Erforderniß dazu vorhanden sei. Er beantragte Freisprechung. Das Gericht erkannte nach kurzer Berathung diesem Antrage gemäß und schloß sich auch seinen Gründen im allgemeinen an.

**Wegen Verletzung des Fests- und Festplatz-Gesetzes** hatte der Konditor Alfred Schulz in Marienwerder (Kreis Niederbarnim) von dem Amtsvorsteher zu Gr. Schönebeck ein polizeiliches Strafmandat erhalten. Er beantragte gegen dieses die richterliche Entscheidung und die Verhandlung vor dem Schöffengericht in Liebenwalde am 11. Oktober v. J. ergab folgenden Thatbestand: Der Angeklagte war im Jahre 1894 bei dem Förster Zirach um die Erlaubniß eingekommen gelegentlich der öffentlichen Sebanfeier auf forstlichem Terrain eine Verkaufsbude aufstellen zu dürfen. Die Genehmigung war versagt worden mit der Begründung, daß Schulz der sozialdemokratischen Partei angehöre und sich öffentlich dessen gerühmt habe und daß es daher nicht angängig erschiene, bei einer patriotischen Feier einem Mitgliede jener Partei den Zutritt zu dem Festgelage zu gestatten. Als nun im vergangenen Jahre der Kreisvereiner in Marienwerder wiederum auf jenem forstlichen Terrain das Sebanfest feierte, suchte Schulz die Genehmigung zur Aufstellung einer Verkaufsbude nicht nach, eröffnete vielmehr seinen Verkaufstand ohne dieselbe. Der Förster Zirach, welchem die Aufsicht des Festplatzes übertragen war, forderte den Sch. auf, sich zu entfernen. Besterer leistete nicht Folge und gab auch den Verkaufstand nicht auf, als er von dem hinzugekommenen Gendarm zum Verlassen des Festplatzes angehalten wurde. Da das Publikum für Schulz Partei nahm, unterließ Zirach die Anwendung von Gewaltmaßregeln auf Bitten des Festkomitees, ohne jedoch dem Schulz ausdrücklich die Genehmigung zum Verbleiben zu ertheilen. — Auf Grund dieses Thatbestandes gelangte das Schöffengericht zur Verurtheilung des Angeklagten und erkannte auf die höchste zulässige Strafe von zehn Mark, mit der Begründung, daß die sozialdemokratische Partei gerade gegen die Jubiläumsfeier des Sebanfestes besonders agitirt und sogar Parteigenossen, welche die Theilnahme ihrer Kinder an der Feier gebuldet, aus der Partei ausgestoßen habe. — Wegen dieses Erkenntniß legte der Angeklagte Berufung ein, indem er vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II ausführte, daß es an dem erforderlichen Strafmaß fehle. Die erneute Beweisaufnahme ergab, daß der Förster Zirach an den zuständigen Oberförster Bericht erstattet hatte und dann ohne besonderen Strafantrag das Verfahren gegen Schulz eingeleitet wurde. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß zur Stellung eines Strafantrages nur der Oberförster als Vertreter des Fiskus berechtigt gewesen. Da ein solcher Antrag nicht vorlag, sei das Strafmandat zu unrecht ergangen und auch das weitere Vorgehen gegen S. nicht zulässig gewesen. Die Strafkammer erkannte demnach unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urtheils auf Einstellung des Strafverfahrens.

**Eine Lücke im § 105b Abs. 1 der Gewerbe-Ordnung.** Dieser Paragraph bestimmt, daß an Sonn- und Feiertagen im Betriebe von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Bräuen und Guben, von Hüttenwerken, Fabriken und Werkstätten, von Zimmerplätzen und anderen Bauhöfen, sowie bei Bauten aller Art Arbeiter nicht beschäftigt werden dürfen. § 146a stellt Verstöße dagegen unter Strafe. Der Inhaber eines Fensterputzungs-Institutes, namens Pöhlke, war beschuldigt worden, sich gegen die zitierten Paragraphen dadurch verhalten zu haben, daß er des Sonntags einen Puhler beschäftigte. P. wurde vom Schöffengericht verurtheilt, von der Strafkammer aber freigesprochen. Besterer nahm mit dem Angeklagten an, daß § 105b nach seinem Wortlaut auf die sonntägliche Beschäftigung von Fensterputzern nicht angewendet werden könne. Von all dem darin aufgeführten Betriebsstätten sei keine einzige mit dem Fensterputzbetriebe zu vergleichen, auch von einer Werkstätte könne hier nicht die Rede sein. Der Name, in welchem sich die Arbeitsgeräthchaften befänden, werde von den Arbeitern nur betreten, um diese abzuholen und sei als Werkstatt nicht anzusehen. — Die Staatsanwaltschaft legte beim Kammergericht Revision ein, die sie damit begründete, daß der Worrichter den Begriff der Werkstatt im Sinne des fraglichen Paragraphen verkannt habe. Dieser Begriff sei nicht so eng zu ziehen angeht, daß Zweckes des Paragraphen 105b, welcher den Angehörigen des Sonntagsruhe sichern solle. Der Strafsenat des Kammergerichts bestätigte jedoch unter Zurückweisung der Revision das landgerichtliche Urteil. Durch dasselbe seien die §§ 105b und 146a der Gewerbe-Ordnung nicht verletzt. Die Fensterputzer stehen sich thatsächlich nicht unter § 105b Abs. 1 subsumirten. Der Begriff der Werkstätte sei nicht verkannt. Eine Werkstätte sei ein Raum, worin fortgesetzt oder doch wiederholt produziert werde. Ein solcher sei aber der einzig hier in Frage kommende Raum, in welchem lediglich die Geräthe aufbewahrt wurden, nicht. Und ganz Berlin, des Fensterputzers Thätigkeitsfeld, könne unmöglich als Werkstätte angesehen werden.

Dr. Fritz Friedmann ist, wie der „Reichs-Anzeiger“ bekannt gibt, nunmehr in der Liste der Rechtsanwälte gelöst worden.

### Versammlungen.

Die hiesige Filiale des Allgemeinen Vereins der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands nahm in der Versammlung am 9. Februar die Abrechnung des Kassiers über das 4. Quartal entgegen und ertheilte demselben Decharge. Dann hielt an Stelle des durch Unpäßlichkeit verhinderten Genossen Kunert Genosse Jahn einen Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Hierauf wählte man an Stelle Berg's, der die Redaktion des Fachblattes übernommen hat, den Kollegen Albert Wolgast in den Zentralvorstand. Der Antrag Hasenbusch's, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um eine Einigung mit sämmtlichen Töpfern Berlins zu Stande zu bringen, wurde abgelehnt, weil die Einigung schon öfter erfolglos versucht worden ist.

Nichts desto weniger äußerten sich sämmtliche Redner dahin, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, für eine baldige Vereinigung Propaganda zu machen. Bei der gegenwärtigen Lohnbewegung im Baugewerbe sei auch für die Töpfer die zwingende Nothwendigkeit vorhanden, jede günstige Gelegenheit zu benutzen, um den immer rigoroseren sich bemerkbar machenden Lohnabzügen und sonstigen Chikanirungen erfolgreich entgegenzutreten zu können. Hierzu ist der Anschluß jedes Kollegen an den Allgemeinen deutschen Töpferverein dringend geboten. Der hiesige Arbeitsnachweis befindet sich nach wie vor Rosenfelderstr. 57, und werden die Kollegen aufgefordert, denselben des öfteren zu besuchen, um von den gegenwärtigen Zuständen in unserem Gewerbe dauernde Information zu erhalten. Jeden

Connabend abends 7 Uhr findet im genannten Lokal Zusammenkunft des Verbandes statt, und werden daselbst neue Mitglieder aufgenommen.

Eine von etwa 80 Personen besuchte Brauer-Versammlung verhandelte am Sonntag bei Keller, Koppensstraße, über die Entlassung der Brauer Dippes und Träger aus dem Münchener Brauhaus. Es ist uns wegen der Fülle der gewerkschaftlich äußerst wichtigen Versammlungsberichte, die wir in heutiger Nummer veröffentlichen müssen, rein unmöglich, über die Verhandlungen dieser Versammlung eingehend zu referieren; wir begnügen uns deshalb mit dem Resümee, daß der Leiter des Münchener Brauhauses, Direktor A. R. v. D., von den Rednern äußerst scharf getadelt wurde und daß die Versammlung eine Resolution annahm, worin die Entlassungen der betreffenden Brauer durch Direktor A. R. v. D. für eine Maßregelung erklärt und weiter ausgesprochen ist, daß dessen Kündigung der Anerkennung des Arbeitsnachweises aus wichtigen Gründen geschehen sei. Die bestehende Agitationskommission erhielt den Auftrag, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Die Nachricht der bürgerlichen Presse, daß über das Münchener Brauhaus die Sperre verhängt sei, ist falsch.

Im Arbeiter-Bildungsverein für Friedrichshöhe und Umgebung hielt am 2. Februar cr. Genosse Trompler einen interessanten Vortrag, an den sich eine rege Diskussion knüpfte. Im weiteren wurde auf die in nächster Zeit vor sich gehende Gemeinderatswahl aufmerksam gemacht.

Schöneberg. In der Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins referierte am 3. d. Mts. Genosse Gabriel über das Thema: „Das Recht auf Arbeit“. Die recht sachlich gehaltene Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Begeistert folgte dann die Versammlung der Vorlesung des in Nr. 28 des „Vorwärts“ veröffentlichten Artikels „Ein Gebotstag“. Der Vortragende widmete den Opfern des Sozialismus unter dem Beifall der Versammlung einige sympathische Worte. Als Vortragsthema der nächsten Versammlung wählte man die „Rechte und Pflichten der Mitglieder“.

### Vermischtes.

Eine überaus bemerkenswerte Naturerscheinung hat sich am Montag in Madrid gezeigt. Es wird vom gestrigen Tage gemeldet: Heute früh 9 1/2 Uhr platzte über der Stadt Madrid ein Meteor. Die Explosion erfolgte, wie eine Mittheilung des Observatoriums besagt, in der Höhe von 32 000 Metern unter glänzender Lichterscheinung und war von einem gewaltigen Knall begleitet, welcher eine allgemeine Panik hervorrief. Alle Gebäude der Stadt erzitterten und zahlreiche Fensterscheiben sind zerbrochen.

Thierisches. Die „Dress. Arb.-Ztg.“ schreibt: Vor uns liegt ein kleines auch hier verbreitetes Büchlein mit dem vielversprechenden Titel: „Kinder-Kalender für die evangelischen Sonntagsschulen und Kindergottesdienste in Deutschland für 1896“. Als Herausgeber zeichnen zwei Diener im Herrn: Pfarrer Westphal in Dessau und Superintendent Reinhard in Freystadt (Westpr.); der Verleger ist das Evangelische Vereinshaus in Nöthen (Anhalt). Jeder wird sich danach denken können, welcher Art die Speise ist, die den Kleinen geboten wird: Frömmelrei auf jeder Seite. Die Krone aller Geschichten bringen die letzten zwei Seiten. Es wird erzählt, wie zwei getaupte Jungen aus ihrer Missionsstation in Indien durchbrannten und wie sie auf dem Wege einen Predigtgehilfen treffen, den zwei Heiden“ begleiteten. Alle fünf übernachteten in einer Strohhütte. Nachts kam ein Elefant. Und nun heißt's wörtlich weiter:

„Man kann sich den Schrecken und die Angst der armen Leute denken. Der Predigtgehilfe und die beiden Christenknaben schreien in ihrem Herzen zum Herrn um Errettung in ihrer Noth. Und was geschieht? Es ist kaum glaublich, aber doch wahr! Der Elefant schob mit seinem plumpen Fuß zuerst den Predigtgehilfen, dann die beiden Knaben ein Stück beiseite, ergriff dann mit seinem Rüssel die Matte und deckte dieselbe über die drei Christen. Dann aber saßte er mit dem Rüssel den einen der beiden Heiden, hob ihn hoch in die Luft und schmetterte ihn auf die Erde, wo er ihm die Zähne in den Leib stieß, daß die Eingeweide herausquollen. Darauf machte er sich an den andern Heiden, drehte ihn mit dem Rüssel erst ein paar mal herum und zertrat ihm dann den Kopf zu Brei. Hier-

auf ging er ruhig weg, kehrte aber nach einigen Schritten wieder um, beroh die drei unter der Matte Liegenden, deckte sie nochmals sorgsam zu und verschwand dann im Dickicht. — So geschah im Jahre des Heils 1893.“

So stark ist also die Macht dieser religiösen Lehre, daß sogar das dumme Vieh ihre Allgewalt empfindet — nach dem Zeugniß des Kalenders. Und Leute, die in solcher Weise die Kinder für ihre Zwecke zu bearbeiten suchen, die zeigen die sozialistischen Jugendschriften der Nothheit. Pfui Teufel!

Missionäre in Südafrika. Nach einer Mittheilung des „Dnye Courant“ beträgt das Vermögen der Herren Rhodes, Alfred Beit, J. B. Robinson, J. A. English, Piet Marais und J. J. Barnato zusammen 60 Millionen Pfund Sterling, das macht beinahe 800 Millionen Mark. Als Reichster gilt Mr. Beit mit 12 Millionen Pfund Sterling; dann kommt der Goldminenkönig Barnato mit rund 10 Millionen, und die übrigen in nachstehender Reihenfolge: Robinson 7 Millionen, Rhodes 5 Mill., English 3 und Marais 2 Millionen. Alle diese Leute sind erst in neuerer Zeit durch umfangreiche Spekulationen in den Besitz ihrer Riesvermögen gekommen.

Polizeiliche Auflösung! Polizeikommissar: „Was wünschen Sie?“ — Student: „Ich sehe Sie, Herr Kommissar, da ist ein Räthsel im Wochenblatt, wo ich nicht darauf kommen kann, und da möcht' ich schön bitten, das Räthsel polizeilich aufzulösen.“

Vernagelt. Ein unglaublicher Vorfall wird aus Pafewall berichtet. Die dortige Schühengilde hatte die Beerdigung eines Selbstmörders übernommen und sich, da der Leichenwagenbesitzer N. seinen Wagen nicht hergeben wollte, einen aus Steitin verschafft und dafür 86 M. bezahlt. Jetzt verlangt der Steitiner Besitzer für seinen Wagen nachträglich 1000 M., weil ihm — verschwiegen sei, daß derselbe für einen Selbstmörder bestimmt war. Die Schühengilde weigert sich natürlich, mehr als den ausbedungenen Preis zu zahlen, und wird der merkwürdige Streitfall nunmehr die Gerichte beschäftigen, da der Steitiner Fuhrwerksbesitzer nunmehr die Klage angekreuzt hat.

### Briefkasten der Redaktion.

J. S., Hanau. Eine Statistik über die nach der letzten Volkszählung mehr als 25 000 Einwohner zählenden Städte ist unseres Wissens noch nicht veröffentlicht worden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Dienstag, den 11. Februar: Opernhaus. Geschlossen. Schauspielhaus. König Richard der Zweite. Deutsches Theater. Der Meister von Valmyra. Festung-Theater. Comtesse Sudeck. Berliner Theater. König Heinrich. Neues Theater. Der Herr Direktor. Residenz-Theater. Hotel zum Freihasen. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Hungerleider. Theater hinter den Linden. Die schöne Helena. Schiller-Theater. Ein toller Einfall. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Central-Theater. Eine tolle Nacht. Belle-Alliance-Theater. Wöbe Wuben. Alexanderplatz-Theater. Pitts. Hierauf: Die kleinen Gämmer. National-Theater. Charlotte Corday. American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater.) Dienstag, abends 8 Uhr: Ein toller Einfall. Mittwoch, abends 8 Uhr: Romeo und Julia.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Schwank in 3 Akten von Thomas Brandon. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Vorher: Die Bajazzi. Parabolische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater. Als Jakobstr. 30. Emil Thomas als Gast. Zum 158. Male: Eine tolle Nacht. Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Wilh. Mannsdorf. Musik von Julius Einödhofer. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen und die folgenden Tage: Eine tolle Nacht.

Walhalla-Theater. Oranienstr. 52 (Nicht am Moritzplatz). Eine Stunde im Zukunftsstaat. Vorher: Kneipp in Berlin. Rechte Aufführung im Walhalla-Theater am 9. Februar. — Die aus-gegebenen Vorzugsbillets haben nur noch bis zu diesem Tage Gültigkeit. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Alexanderplatz-Theater. Anfang 8 Uhr: Zum 114. Male: Nur noch 17 Aufführungen. Die kleinen Gämmer. Vaudeville in 2 Akten von L. Varney. Vorher: Pitts. Operette in 1 Akt. Text von Fritz Otto. Musik von Hans Loewensfeld.

National-Theater. Große Frankfurterstraße 132. Direction: Max Samat. Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen. Charlotte Corday. Volksdrama in 4 Akten v. B. Dornfeld. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Der geheimnißvolle Fremde! Der Niesenbrustkastenmenich hat Aufsehen gemacht! Kaufmann's Variété-Theater. Königstraße, Colonnaden. Bezugszu Sensation hat der beste aller Humoristen Gentes gemacht!! Theowin's Schönheits-Galerie. Das neue lustige Programm im Zoologischen Garten eine Pantomime wie sie sein soll.

Böhmisches Brauhaus. Landsberger Allee. Heute, sowie jeden Dienstag: Stettiner Sänger. (Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader) Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (J. Plafate). Nou! Nou!

Artisten-Künste. Morgen, Mittwoch: Soiree im Moabiter Stadttheater. Grandioses, durchweg neues Programm!

Alcazar. Variété- u. Spezialitäten-Theater. Dresdenstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage). Täglich: Grosse Vorstellung. Vollständig neues Programm. Signorina Oati. Alfredo Rosso. Lotte Siger. Käthe von Möller. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ref. 50 Pf. R. Winkler.

Urania. Anstalt für volksthümliche Naturkunde. Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof). Geöffnet von 5-10 Uhr. Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater. Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum. Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr. Affentheater und Circus. 30 Affen, 30 Hunde, 12 Pferde, Esel, Ziegen, Schweine, Hasen.

Castan's Panopticum. Die 3 neuesten Weltwunder. Kommen! Kaiser-Panorama (Passage). Diese Woche: Neul 3. Meise. Istrien. Abbazia, Cherso etc. II. Eine Wanderung durch das interessante Venedig. à Reise nur 20 Pf. — Kinder 10 Pf. Abonnement 1 M. Nächste Woche: Corfu I.

Apollo-Theater. Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck. Mlle. Eugenie Fougère. Die tolle Nacht. Komische Pantomime von der Joseph Phoites-Troupe. Ferner 30 Kunstkräfte I. Rangos. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Neuer Circus. Circus Busch (Bahnhof Börse). Dienstag, den 11. Februar: Abends 7 1/2 Uhr: Gr. ausserordentl. Vorstellung. Zsjeus, das Waldmädchen. Elektrisches Ballet. Aufserdent:

3. 1. Male: Die Bernhard-Truppe, Akrobaten a. d. Piedestal. Ein equestr. Arrangement von 100 Hengsten, dressirt und vorgeführt v. Dir. Busch. Elite-Dressurnummer d. Circus Busch. Von keiner Konkurrenz erreichbar. Thatsächlich 100 Hengste in der Manöge. Alligator, ostr. Hengst, dress. u. ger. v. J. P. Footitt-Burghardt. Auftreten der beliebtesten Clowns. Mittwoch: Zsjeus.

Buchhandlung des „Vorwärts“ Berlin SW., Benthstrasse 2. Zweierlei Recht. Die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts vor dem Reichstag. Preis 10 Pfennige. Porto 3 Pfennige. Thatsachen beweisen! Gegenüber den Deklamationen von der Rechtsinheit und dem Rechtsstaat sind hier eine Fülle der schreiendsten Widersprüche angeführt, wie in Preußen, Bayern, Sachsen u. Versammlungs- und Vereinsgesetze gegen die Arbeiter anders als gegen die Unternehmer, gegen Sozialdemokraten anders als gegen ihre Gegner gehandhabt werden. Für Vereine und Gewerkschaften besonders werthvoll. 294/2 Für Vereine und Gewerkschaften. Agitationsausgabe zur Massenverbreitung. Preis pro 1000 Exemplare 20 M.

Cigarren-Verfeinerung. Mittwoch, den 12. Februar von 10-2 Uhr sollen auf dem alten Königl. Pachthof (in Berlin), Kleine Museumstraße, am Lustgarten, circa 100 Mille echte Importen, Havanna und andere Qualitäts-Cigarren, diverse Nestpartien guter Bordeaux-, Rhein-, Mosel-, Madeira-, Cherry u. Portweine, div. franz. Marken 1000 Fl. ff. Cognac, Champagner, ca. Rum und diverse Sorten Liqueure in beliebigen Partien öffentlich meistbietend versteigert werden. Kammer, Aukt. u. Cav., Weissenburgerstr. 1.

Feen-Palast. Burgstrasse 22. Direction: Winkler & Fröbel. Das kolossale Februar-Programm! Für Berlin durchweg neue Spezialitäten! Mrs. Martha. Mr. Frankloff. Mr. Arvo. Gebr. Francos. Familie Schenk. Lotti Romanowitsch. Harlow Trio. Rombrand u. Ollri. Marvelli-Truppe. Robin u. Berat. Koller Talaschuss, 5 Personen auf dem Thurmsell. Ein 8 und 6 jähriges Mädchen als Thurmsellläufer. Die tolle Jugend. Komische Pantomime von der Gesellschaft Theo. Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Genosse verkauft sein gutgehendes Materialwaarengeschäft mit neuer Rolle u. Kleinhandel f. Spirituosen in Charlottenburg. Näheres bei Messert, Berlin, Ad. Ibertstr. 1, 4 Tr. 2623b

Strickmaschinen. aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten und ein leichter Erwerbssweig für Männer, Frauen u. Posam-Geschäfte. Erlernen leicht und gratis. Arbeit wird nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Vertreter H. Domburger, Dölligestr. 49, Berlin. 41502\*

Günstige Gelegenheit! Ein Banner und ein Notenspind sind billig zu verkaufen. In erstag. bei Spanholz, Alt-Bliesenide, Rudowstr. 17.

Für Anfänger, H. Materialgeschäft m. Schnapstongession, Fachkenntniß u. ertheilt, verl. Prinz Eugenstr. 21. [2632b

Aufperschmiedewerkstatt, 25 Jahre bestehend, mit feiner, guter Kundschafft, ist wegen Todesfall sofort preiswerth zu verkaufen. 26385 Stoben, Spittelmarkt 3.

Grundpreiskohlen, sowie alle anderen Brennmaterialien billig Bärwaldstr. 64 bei Schulz, [26395

Paster's Festäle. Neue Königstr. 7. Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. [4209L\* Den Genossen halte ich meine 42918\* Masken-Garderobe bei Bedarf best. empfohlen. Größte Auswahl. Bill. Pr. Vereinen Preisermässig. Fr. Panknin, Oranienstraße 178, Adalbertstr. 91, Ecke Oranienstr.

## Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 10. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische Justizminister Schönstedt und Kommissarien.

Die zweite Etatsberatung wird mit dem Justizetat fortgesetzt.

Bei dem Einnahmetitel: „Arbeitsverdienst der Gefangenen 1 950 000 Mark“ erörtert

Abg. Dr. Wigerst (Pole) den sozial schädlichen Einfluß der Gefangenearbeit.

Justizminister Schönstedt: Die Regierung ist unablässig bemüht, zu verhindern, daß die Gefängnisarbeit der freien Thätigkeit zu große Konkurrenz macht.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Bei dem Ausgabenposten „Ministergehalt“ erwähnt der

Abg. Brandenburg (Z.) mehrere Fälle von Beschimpfung der katholischen Kirche, in denen nach seiner Meinung keine, oder keine ausreichende Strafverfolgung stattgefunden habe.

Abg. v. Cohnen (natl.) weist darauf hin, daß im Verhältnis zu den katholischen Studierenden eine allzu hohe Zahl katholischer Angestellter im Justizdienst sich finde.

Wenn der Herr Justizminister der Brandenburgischen Rede Bedeutung beilegt, so hoffe ich, wird er dahin wirken, daß der § 166 Str.-G.-B. (Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen) aufgehoben wird.

Justizminister Schönstedt: Ich lehne es grundsätzlich ab, in eine Kritik gerichtlicher Urtheile einzutreten, weil ich meine, daß das im Interesse der Wahrung des Ansehens der Gerichte besser ist, selbst wenn einmal ein Urtheil ergeht, das anfechtbar erscheint.

Nach dem mir vorliegenden Zahlenmaterial entspricht die Zahl der katholischen Justizbeamten im ganzen ungefähr dem Verhältnis, das bei der Volkszählung über die Zahl der Katholiken ermittelt ist.

Abg. Busch (L.): Die Frage nach Wiedereinführung der Berufung ist noch nicht spruchreif; durch eine bessere Vorbereitung der Sachen im Vorverfahren könnte die nöthige Rechtsicherheit erreicht werden.

Die nachträgliche Freisprechung unschuldig Verurtheilter wird in der Presse, besonders in der sozialdemokratischen, ungebührlich breitgetrieben.

Minister Schönstedt: Ich halte es parlamentarisch unzulässig, hier über eine Vorlage zu diskutieren, die gegenwärtig dem Reichstage vorliegt. (Sehr richtig!) Bevor dieser sich über die Vorlage schlüssig gemacht hat.

Es folgt eine Bepfehlung von Verhältnissen der Amtsvorsteher zc. und von Maßregeln gegen den allzustarrenden Andrang zur juristischen Laufbahn.

Abg. Dr. Porsch (Z.) Daß der Minister eine Kritik gerichtlicher Urtheile vermeidet, ist von seinem Standpunkt aus richtig; ein Abgeordneter kann das nicht.

Abg. Wolcott (Z.) klagt über die Zunahme der Falschheide, die er für eine Folge der geringen äußeren Heiligung der Eidesleistung hält.

Abg. Kirsch (Z.) theilt den Wunsch nach größerer Heiligung der Eidesleistung.

Abg. de Witt (Z.) plaidirt für eine Vermehrung des Beamtenpersonals bei den Amts- und bei den Landgerichten.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. v. Cohnen und v. Cohnen wird das Ministergehalt und ohne weitere Debatte die folgenden Etatstitel bis zu den Landgerichten und Amtsgerichten genehmigt.

Weitere Beratung morgen 11 Uhr, außerdem Etat der direkten Steuern.

Schluß 4 Uhr.

## Versammlungen.

Zu einer großartigen Kundgebung gegen die rigorose Handlungsweise der Berliner Wollhut-Fabrikanten gestaltete sich die am Sonntag im Schweizergarten abgehaltene öffentliche Versammlung der in der Wollhut- und Arbeiterinnen, welche Stellung nahmen zu der bei der Firma Bambus u. Co. (Baruch) vorgelassenen Maßregelung einer Arbeiterin und zu der Schließung sämtlicher Fabriken der Wollhut-Branchen. Der Saal war überfüllt, die Fabrikanten waren eingeladen, jedoch nicht erschienen. Laut schilderte zunächst die Maßregelung der Kollegin Schwägerle, die wegen ihres agitatorischen Wirkens für die Hutmacher-Organisation unter den Arbeiterinnen in der Fabrik entlassen wurde, was die einmüthige Arbeitseinstellung von 185 Arbeitern und Arbeiterinnen zur Folge hatte, als man die Entlassung nicht zurücknahm. Die dem Fabrikanten vorläufig freigebliebenen Arbeiter — 80 an der Zahl — wurden mit dem Versprechen, daß sie Entschädigung erhalten würden, ebenfalls an die frische Luft gesetzt, weil der Betrieb nicht im vollen Umfange erhalten werden konnte. Nun seien auf Grund eines Generalversammlungs-Beschlusses am Sonnabend sämtliche Fabriken der Wollhut-Fabrikanten, deren Inhaber Mitglieder des Vereins der Fabrikanten sind, geschlossen worden und infolgedessen 2000 Berliner Hutarbeiter und Arbeiterinnen ohne Veranlassung ihrerseits und ohne vorhergegangene Verhandlung auf die Straße gesetzt. Sie sollen erst dann, wenn die Arbeiter der Firma B. die Arbeit aufgenommen hätten, wieder zugelassen werden. Auf diese Proklamation, die wegen einer einzigen Arbeiterin 2000 Personen brotlos mache, mußte eine deutliche Antwort gegeben werden. Lausche berichtete, daß die Berliner Gewerkschaftskommission bereits diese Antwort gegeben habe, indem sie die Nachricht von der geplanten Aussperrung mit Entrüstung entgegennahm und die Erklärung abgab, auf jede Weise den Aussperrten zum Siege verhelfen zu wollen. Der Zweck der Maßregel sei ausschließlich nur die Zerstörung der Hutmacher-Organisation, die, seitdem sie auch die Frauen ausnehme, den Fabrikanten außerordentlich verhasst sei. Die Lohnkommission sei nicht anerkannt worden. Die Entlassung der Frau Schwägerle wäre nur ein Vorwand; die Mißstände und Schandthaten, die bei Bambus herrschten, seien die eigentliche Ursache, weshalb diese Firma mit der Organisation angebanden habe. Es sei gerechtfertigt, die Unternehmer für die unbedingte Aussperrung ersperrlich zu machen und die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die aufgeregten Forderungen bewilligt sind. (Anhaltender Beifall.) Wegner verlas unter Entrüstungsbezeugungen die Vereinbarungen und Statuten des Fabrikantenvereins. Der Geschäftsführer Müde rief den Aussperrten, den ungerechtfertigten Schritt der Fabrikanten in seinen Folgen nicht noch mehr zu verschlimmern, sondern eine Kommission von Arbeitern jeder Firma zu wählen und einzeln mit den Fabrikanten zu unterhandeln. Auf jeden Fall sollten sich die Aussperrten am Montag zur Arbeit begeben (Doh! und Lachen!), da die Möglichkeit einer Verständigung nicht ausgeschlossen sei. Durch längeren Ausstand könne die andächtige Konkurrenz die Anträge an sich reißen und die Folge für die Berliner Arbeiter sei dann große Arbeitslosigkeit. Augustin

und Stadt. Borgmann führten die Aussperrung mit auf die Uneinigkeit zurück, die in früheren Jahren in der Organisation der Hutarbeiter geherrscht habe und mit der die Unternehmer auch heute noch rechnen zu können meinten. Beide Redner mahnten zur Einigkeit; der Sieg der Arbeiter könne dann kaum zweifelhaft sein, da sie sich in durchaus günstiger Position befänden. Das Recht stehe auf Seiten der Aussperrten, das Unrecht auf Seiten der Fabrikanten, die, ohne eine Verständigung anzubahnen und ohne ausreichenden Grund so viele Familien auf das schwerste schädigten. Die Redner schlugen vor, im Gegensatz zu Müde, die alte Lohnkommission und den Präsidialvorstand mit der Führung etwaiger Verhandlungen zu betrauen, da schon am Dienstag ein Einigungsversuch seitens des hiesigen Gewerbegerichts gemacht werde; sie empfahlen der Versammlung, diesen Einigungsversuch nicht von der Hand zu weisen. Die Versammlung erklärte sich damit durch Abstimmung einverstanden. Heute Dienstag soll in der Brauerei Friedrichshain eine große Versammlung weitere Stellung zu dieser Angelegenheit nehmen. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt, daß die in der Hutfabrik von Baruch seit 7 Jahren beschäftigte Frau Schwägerle infolge ihrer Agitation für den Arbeiterverein der Hutbranche entlassen worden und daß infolge dessen das solidarische Verhalten der übrigen dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen völlig gerechtfertigt ist. Dagegen erklärt die Versammlung, die von dem Berliner Wollhut-Fabrikantenverein unternommene Aussperrung sämtlicher 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Hutbranche für einen der ekelhaftesten, erbärmlichsten Gewaltmittel, um die Arbeiter gefügig zu machen und ihr Koalitionsrecht in Frage zu stellen. Die Aussperrten fordern: 1. Die Wiedereinstellung der gemaspelten Arbeiterin bei der Firma Bambus u. Co., 2. von dem Fabrikantenverein Anerkennung des Arbeitervereins der Hutarbeiter und Anerkennung der oben genannten Unterhandlungs-Kommissionen bei Differenzen, 3. Beseitigung aller Mißstände in den Fabriken, 4. Entschädigung für den Verlust an Arbeitsverdienst auf die Dauer der Aussperrung. Falls die Fabrikanten diese Forderungen nicht bewilligen, verpflichten sich die Aussperrten fest und einig zu kämpfen, bis diese Bedingungen erfüllt sind.“ Mit einem brausenden Hoch auf die Hutarbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Ueber die Hälfte, ja nahezu 3000 aller in Berlin und Umgebung beschäftigten Zimmerleute hatten sich am Sonntag im Feenpalast versammelt, um endgiltig darüber zu beschließen, ob und welche Forderungen sie Montag, den 10. Februar an ihre Arbeitgeber zu stellen hätten. Der Vorsitzende Fischer referirte nochmals kurz über den Stand der Lohnbewegung, indem er erklärte, daß die Lohnkommission sich veranlaßt gesehen habe, den am vorigen Sonntag gefaßten Beschluß dahin abzuändern, daß nicht 60 Pfennige, sondern nur 55 Pfennige Minimalstundenlohn bei 9 stündiger täglicher Arbeitszeit gefordert werden sollen, damit die Bewegung auch wirklich siegreich durchgeführt werden könne. Die Plaidoyers haben in einer vorgangenen Woche abgehaltenen, gut besuchten Versammlung sich dem vollständig angeschlossen und auch eine dementsprechende Resolution angenommen, die nochmals verlesen wird. Als erfreuliche Thatsache sei zu konstatieren, daß bereits 51 Arbeitgeber, darunter die Inhaber einiger sehr bedeutenden Firmen, mit zusammen 793 beschäftigten Zimmerleuten die gestellten Forderungen bewilligt haben. Jetzt sei es an den Arbeitern, dafür zu sorgen, daß auch die übrigen Arbeitgeber die Forderungen bewilligen, und zu diesem Zweck sei es aller Pflicht, sich der Organisation anzuschließen. Nach sehr reger Diskussion, in welcher Wagner als Vertreter des Innungs-Gehilfenauschusses erklärte, daß die Mitglieder des letzteren sich mit den übrigen Zimmerleuten vollkommen solidarisch erklären, wird einstimmig eine Resolution angenommen, nach welcher sich sämtliche Anwesende verpflichten, für folgende Forderungen mit allen Kräften einzutreten:

1. Neunstündige tägliche Arbeitszeit, welche nicht vor sieben Uhr früh beginnen und nur bis abends sechs Uhr dauern darf, unter Beibehaltung der bisher üblichen Frühstück-, Mittags- und Vesperpause.
2. An den Sonnabenden muß eine Stunde und an den Tagen vor den hohen Feiertagen muß zwei Stunden früher Feierabend gemacht werden, welche Stunden jedoch bezahlt werden müssen. An diesen Tagen fällt die Vesperpause fort.
3. Als Minimallohn werden 55 Pfennige pro Stunde gefordert.
4. Ueberstunden- und Sonntagsarbeit hat zu unterbleiben, ausgenommen solche Fälle, in denen Leben und Gesundheit anderer Mitmenschen in Gefahr sind.
5. Der Lohn muß stets auf der Arbeitsstätte ausbezahlt werden, andernfalls um so viel eher Feierabend gemacht werden muß.

Der zweite Punkt, Abrechnung der Listen vom vorigen Jahre, war bereits vor Eintritt in die Tagesordnung verhandelt worden. Fischer machte noch bekannt, daß die Lohnkommission sich veranlaßt gesehen hat, das Streik-Kontroll-Votum zu billigen. Neue Friedrichstr. 44, zu verlegen; sämtliche Mittheilungen sind dorthin zu richten. Mit einem Hoch auf das Gelingen der Lohnbewegung, in welches sämtliche Anwesende unter großer Begeisterung einstimmen, wurde die Versammlung geschlossen.

Die an den Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplänen beschäftigten Arbeiter Berlins und der Vororte nahmen am Sonntag in einer großartig besuchten Versammlung den Bericht der am 26. Januar eingesetzten Jehnerkommission entgegen: Am Montag, den 27. Januar, wurden die aufgestellten, im „Vorwärts“ schon früher mitgetheilten Forderungen den Unternehmern mit dem Ersuchen bekannt gegeben, in der heutigen Versammlung ihre Stellung dazu kund zu thun. Stein berichtete nun, daß die Unternehmer im Laufe der Woche zwei Versammlungen abgehalten, das Resultat aber noch nicht mitgetheilt hätten. Der anwesende Unternehmer Müller aus der Schönhauser Allee erklärte sich bedingungsweise bereit, die aufgestellten Forderungen zu erfüllen. Franz betonte, die Forderungen würden bedingungslos anrecht erhalten werden. Andere Unternehmer meldeten sich nicht zum Wort. Daraus beantragte Stein, daß am Montag, den 10. Februar früh in jeder Werkstatt 2 Kollegen zu ernennen seien, die sofort an Ort und Stelle mit ihren Chefs zu verhandeln und um 8 Uhr das Resultat in den Kontroll-Votum (für Süd-Ost Mariannen-Ufer 4 bei Selbstem und für den Norden Bergstr. 12 bei Jennerich) mitzutheilen haben. Hierzu berichtet Sauerzapf, daß bei der Firma Bernhardt Rothe (Inhaber Pastor), Streifenstraße 61, die Kollegen Kaydorn und Kaschowski, die am Sonnabend dazu bestimmt worden waren, eventuell notwendig werdende Unterhandlungen mit den Chefs zu führen, am Abend bei der Lohnauszahlung entlassen worden seien; angeblich, weil sie zu theure Arbeitskräfte wären und der Herr billigere beäun-

Eine Intervention seinerseits habe zu keinem Resultat geführt, worauf sämtliche Kollegen bis auf zwei ihre sofortige Entlassung gefordert hätten. (Bravorufe.) Zu rügen sei an dieser Werkstatt der Mangel an genügenden Schutzvorrichtungen, sowie das militärisch-schneidige Verhalten des Unternehmers gegenüber den Arbeitern. Jede theilte mit, die Firma Dentschel, Frankfurter Allee 47, habe am Sonnabend alle Forderungen bewilligt. (Bravorufe.) Trüglow, aus Goslar zugereist, erklärte, die Bewegung der Holzarbeiter in Berlin werde außerhalb mit Freuden begrüßt. Redner giebt dann ein Bild der schädlichen Einwirkung der billigen Berliner Arbeit auf die Arbeit in den kleineren Provinzialorten. Ein Bettler, das dort nicht unter 110 M. verkauft werden könne, werde aus Berlin für 54—60 M. bezogen. Inzwischen war beim Bureau folgende Resolution eingegangen: „In anbetraucht, daß die Unternehmer es nicht für nöthig hielten, mit den Arbeitern zu unterhandeln, beschließt die heutige Versammlung die Forderung, die die Jehnerkommission den Arbeitgebern zugestellt hat, voll und ganz anrecht zu erhalten. Zur Durchsetzung der Forderungen ist von Montag, den 10. Februar, ab die Arbeit in allen denjenigen Betrieben niederzulegen, wo die Forderungen nicht bewilligt werden. In Fabriken, wo schon der Neunstundentag besteht, sind die übrigen Bedingungen zu fordern.“ Nachdem mehrere Redner die Resolution bekräftigt hatten, erschien kurz vor der Abstimmung eine Deputation der zu gleicher Zeit bei Lips tagenden Versammlung der Tischler und ersuchte unter Vorlegung der Gründe, den Beginn des Streiks um 14 Tage zu verschieben. Hiergegen erhoben die Versammelten stürmisch Protest. Unter Schluß- und Chorufen mußten die Delegirten der Tischler abtreten. Die Erregung legte sich erst, als die Tischlervertreter der Bewegung der Maschinenarbeiter ihre vollste Sympathie aussprachen. Die Resolution wurde dann einstimmig angenommen, worauf sich die Tischlerdeputation in Begleitung einer Deputation der Maschinenarbeiter nach der Versammlung bei Lips zurückbegab, um dort Bericht zu erstatten. Man beschloß noch, an den Verband der Holzarbeiter die Forderung zu stellen, daß sich sämtliche Tischler solidarisch erklären und in Werkstätten, wo gestreikt wird, nicht die Arbeit an den Holzbearbeitungs-Maschinen besorgen. Ferner wurde beschlossen, daß überall, wo jemand gemaspelt wird, sich die übrigen Kollegen sofort mit ihm solidarisch zu erklären haben.

Eine imposante Holzarbeiter-Versammlung tagte am Sonntag in der Brauerei Friedrichshain. Mehr als 3000 Personen füllten den großen Saal, aus dem die Tische zum theil entfernt werden mußten, um Raum für die Versammlungsbesucher zu schaffen. Glocke halte das Referat. Er führte aus, daß seit der letzten Versammlung alles geschehen sei, was geeignet wäre, die Bewegung zu fördern. Da der Tag der Entscheidung immer näher heran rüde, müsse sich jeder darüber klar machen, was in den verschiedenen Werkstätten zu fordern sei. Wenn auch einzelne Kollegen schon jetzt mehr verdienen als den aufgestellten Minimallohn, so komme es doch vor allem darauf an, die Lage der am schlechtest gestellten — und das sei die größte Zahl der Kollegen — zu heben. In dieser Hinsicht sei das Gelingen der Lohnbewegung ein Kulturfortschritt im wahren Sinne des Wortes. Die Lohnkommission habe sich nun zunächst an den Obermeister der Tischler-Innung, als den Vertreter der organisierten Meister, sowie an die Organisation der Holzindustriellen gewandt. Daraufhin finde nun am Montag (gestern) eine Zusammenkunft der Lohnkommission mit dem Innungsvorstand und den Vertretern der Holzindustriellen statt, wo über die Forderungen der Arbeiter verhandelt werden würde. Die Kommission hätte demnach alles versucht, um auf gutlichem Wege die gestellten Forderungen durchzusetzen. Man müsse nun abwarten, ob und wie weit die Unternehmer den Arbeitern entgegenkämen. Angesichts der günstigen Konjunktur sei anzunehmen, daß die Meister die Forderungen bewilligen. Nächsten Mittwoch würde eine Versammlung der Werkstatt-Vertrauensmänner zu dem Ausfall der traglichen Verhandlungen Stellung nehmen, worauf am nächsten Sonntag in öffentlicher Versammlung die Entscheidung getroffen werden könne über die weiteren Schritte in der Bewegung. Der Redner appellirte an den Opfermuth der Kollegen, da bei einem Streik nicht auf Geldunterstützungen anderer Gewerkschaften zu rechnen sei, denn in verschiedenen Berufen ständen Streiks in Aussicht, auch nehme die Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter das größte Interesse und die Hilfe aller Arbeiterkreise in Anspruch. Die Holzarbeiter sollten deshalb nicht vergessen, zahlreicher als bisher zum Streikfonds beizutreten, auch müsse noch eifrig agirt werden, namentlich in den Werkstätten, wo die Kollegen noch nicht das genügende Interesse an der Bewegung zeigten. Etwas kleine Plänkelleien mit den Meistern mußten unterbleiben, damit das gemeinsame Vorgehen zur Erreichung der gestellten Forderungen nicht gehindert werde, und die ganze Kraft der Kollegen dazu angewandt werden könne, den Sieg dieser Bewegung herbeizuführen.

In der Diskussion herrschte vollkommene Uebereinstimmung darüber, daß die Forderungen nöthigenfalls mittels eines Streiks durchzuführen seien. Einige Redner wollten, daß derselbe schon Montag, den 10. d. M., andere, daß er am 17. d. M. begonnen würde, auch wurden von manchen Seiten Wünsche bezüglich Festsetzung der Akordpreise vorgebracht. Krüger meinte dagegen, man könne heute noch nicht den Zeitpunkt der Arbeitsniederlegung bestimmen. Erst müßte das Resultat der Verhandlungen abgewartet werden und erst wenn diese scheitern sollten, sei es Zeit, den Streik zu proklamiren. Bis dahin müsse man fähiges Blut behalten. Glocke versicherte, daß die hier laut gewordenen Wünsche von der Kommission berücksichtigt werden würden. Er tabelte das Vorgehen der in Holzbearbeitungs-Fabriken beschäftigten Arbeiter, die schon am Montag den Streik beginnen wollten, wodurch manche Kollegen mangels der Vorarbeiten gezwungen würden, schon vor Beginn des Tischlerstreiks die Arbeit einzustellen. Jeder davon Betroffene solle sich im Arbeitsnachweis melden. Am nächsten Sonntag werde also der Beschluß gefaßt werden, ob und wann in den Streik einzutreten sei. Bis dahin möge jeder Kollege sein möglichstes zum Gelingen der gemeinsamen Sache thun. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; sie hält es mit Rücksicht auf die in unserem Gewerbe immer mehr zur Anwendung kommende Maschinenarbeit für nothwendig, die Arbeitszeit möglichst zu verkürzen, und verlangt unter allen Umständen, daß von dem geeigneten Zeitpunkt an in keiner Werkstatt länger als 9 Stunden mit der üblichen Verlängerung am Montag und Sonnabend gearbeitet wird. Die Lohnverhältnisse sind so zu regeln, daß auch der schwächere Arbeiter wöchentlich mindestens 21 M. Kostgeld erhält. Alle bisher nicht bezahlte Arbeiten, wie Bretter tragen, fertige Arbeit fortzuschaffen u. s. w. werden abgekauft oder gegen entsprechende Bezahlung verrichtet. Die Versammelten versprechen, ihre ganze moralische Kraft für das Gelingen der Bewegung einzusetzen.“ Es wurde ferner beschlossen, daß jeder Kollege, dem es möglich sei, von jetzt an 50 Pf. die Woche zum Streikfonds zu zahlen habe. Mit einem brausenden Hoch auf die Holzarbeiter-Bewegung schloß die imposante Versammlung.

In der öffentlichen Versammlung der Möbelpolierer am Sonntag wurde, nachdem Richter zur Unterstützung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche ar-

gefordert hatte, die Beratung über den Lohnsatz fortgesetzt. Der erläuterte zunächst die einzelnen Positionen, denen als Leitfaden folgende „Allgemeine Bestimmungen“ vorausgehen: Der Minimal-Wochenlohn beträgt bei täglich 9 stündiger Arbeitszeit, Montag und Sonnabend 8 Stunden, 27 M. Jedes zur Arbeit nötige Material irgend welcher Art wird vom Arbeitgeber geliefert. Ueberstunden sowie Sonntagarbeit fallen vollständig fort. Jede andere Arbeit, wie Helfen beim Auf- und Abladen oder etwaiges Umpacken oder Transportieren, sowie das Anarbeiten von im Lager gestandenen Sachen wird bei Akkordarbeit nach Zeit bezahlt, und zwar pro Stunde mit 60 Pf. Der Lohnsatz bezieht sich nur auf gewöhnliche Spezialarbeit; bei guter reicher Arbeit, sowie bei Arbeiten, welche nach Zeichnungen verfertigt werden, muß der Preis der freien Vereinbarung überlassen bleiben und ist einem derartigen Akkord im Voraus ein Mindestlohn von 27 M. zu Grunde zu legen. Bei Arbeiten außer dem Hause muß pro Tag ein Zuschlag von 50 Pf. erfolgen und Erstattung des Fahrgebührens. Im Anschluß daran beantragte die Kommission folgende Resolution: In Erwägung, daß bei gewöhnlicher Spiegelarbeit ein Wochenlohn von mehr als 27 M. nicht zu erzielen ist und auch in den sogenannten besseren Werkstätten größere Anforderungen an die Kollegen gestellt werden, beschließt die heutige öffentliche Versammlung am 9. Februar 1896 alle in der Möbelpolitur beschäftigten Personen, für die Arbeiten in solchen Werkstätten einen Ausschlag von 20 pCt. zu fordern. Diese Resolution wurde in Verbindung mit den „allgemeinen Bestimmungen“ einstimmig angenommen. Hierauf folgte die Besprechung der einzelnen Positionen: Kastenarbeit; Bettstellen; Tische; geschweifte Arbeit (Stimmöbel); Spiegel und Nähmaschinen, die nach Abänderung einzelner Posten insgesamt angenommen wurden mit der Maßgabe, daß bei Nähmaschinen ein Ausschlag von 20 pCt. Lohnerhöhung einzutreten hat. Ueber die Fabrik von Luxusmöbeln (Galanterie-Arbeit) von Schön wurde unter Entkräftung der ganzen Versammlung mitgeteilt, daß dort die Arbeiterinnen nur im Akkord beschäftigt würden und bei angestrengter Tätigkeit nicht mehr als 5 bis 6 M. pro Woche verdienen könnten. Weber macht den Vorschlag, zum Sammeln der Streikfonds-Gelder für die Kollegen Streikkontrollkarten, für Arbeiter anderer Berufe Listen herzustellen. Dieser Vorschlag wurde nach längerer Diskussion dahingehend angenommen, daß Marken zu 25 Pf. pro Woche — Mehrzahlungen nicht ausgeschlossen — in die Karten eingeklebt und bei einem etwaigen Streik höhere Beiträge geleistet werden sollen; die Listen gelten für andere Gewerke. Das Einkleben der Marken und die Ausgabe der Streik-Kontrollkarten erfolgt vom Sonnabend ab in den Zahlstellen.

**Verband der Möbelpolier Berlin und Umgegend.** (Zahlstelle Rixdorf.) In der Versammlung am 3. Februar referierte P. Kluge über die Vorbereitungen zur Lohnbewegung. Seine Meinung ging dahin, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Kollegen mindestens ebenso schlecht sind wie die der Berliner Kollegen, insofern dessen wäre es ihre Pflicht und ihr gutes Recht, eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen, jedoch müssen die Kollegen Mann für Mann wütig für die gute Sache eintreten, dann wäre es ein leichtes die Forderungen durchzudrücken. Sämtliche anwesende Kollegen stimmten mit dem Referenten überein. Nachdem wurde der Lohnsatz besprochen. Beim Besonderen machte man darauf aufmerksam, daß, falls sich etwas Unerwartetes ereignen sollte, dies sofort den Kommissions-Mitgliedern Paul Kluge oder A. Reisch, Steinmehrer, 49 wohnhaft, zu melden ist. Zum Schluß forderte der Beschlusmächtige die Kollegen auf, der Organisation recht fleißig Mitglieder zu werben. Die Zahlstellen des Verbandes sind bei den Restaurateuren Hermann Babenschneider, Hermannstr. 197, und Mohr, Rusebedstraße 49.

**Ueber die gesetzliche Regelung des 8 Uhr-Abendschlusses** sprach Reichstags-Abg. Molend uhr am Freitag im Englischen Garten vor einer gut besuchten Versammlung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Der Redner, der bekanntlich Mitglied der Kommission für Arbeiterstatistik ist, teilte zunächst das Resultat mit, daß die Erhebungen der Kommission gezeigt haben. Das Bild ist noch viel ungünstiger geworden, als man überhaupt erwartet hatte. 7 pCt. aller männlichen Gehilfen und mehr als 30 pCt. aller Hilfsarbeiter haben eine Arbeitszeit von mehr als 16 Stunden. Einstimmig ist auch die Kommission zu dem Beschluß gekommen, daß hier die Regierung die Pflicht hat, für die Gesundheit ihrer Staatsbürger schützend einzutreten. Alle von den Prinzipalen erhobenen Einwendungen sind von der Kommission nicht als stichhaltig angesehen worden. Die Kommission hat den Bundesrat unter Ueberreichung des gesammelten Materials aufgefordert, dem Reichstags ein Gesetz vorzulegen, wonach sämtliche Verkaufsstellen abends 8 Uhr geschlossen werden müssen. Das Gesetz ist dem Reichstags noch nicht vorgelegt, noch weiß man, ob der Reichstags ein solches annehmen wird, darum ist es notwendig, daß die Arbeiter selbst den nötigen Druck auf die Gesetzgebung ausüben. Das zu thun sind sie nur im Stande, wenn sie gut organisiert sind. Darum immerfort die Werbetrommel gerührt, immer neue Kollegen und Kolleginnen der Organisation zugeführt, dann werden auch die Lebensschluß-Bestimmungen zur Durchführung gelangen. — Lang anhaltender Beifall folgte diesen Ausführungen. Nachdem noch Raab und Kasper zum Anschluß an die Organisation ermahnt hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die 2. Versammlung von circa 600 im Handelsgewerbe beschäftigten Personen männlichen und weiblichen Geschlechts fordert im Anschluß an die Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten Moltenbuhr von den gesetzgebenden Körperschaften eine baldige Regelung der täglichen Arbeitszeit. Zur Durchführung dieser Forderung hält die Versammlung ferner eine straffe Organisation für notwendig und verpflichtet sich, mit allen Kräften für die bereits bestehenden Vereinigungen einzutreten.

Die im Handelsgewerbe beschäftigten Genossen und Genossinnen, die diese Versammlung nicht besucht haben, werden hierdurch noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß eine ausführliche Wiedergabe der Rede des Genossen Moltenbuhr in der nächsten Nummer des Geschäftsorgans „Der Handelsgewerkschaftler“ erscheint.

**In einer gut besuchten Versammlung des Fachvereins der Musikinstrumentenarbeiter,** die am 27. Januar tagte, referierte Genosse Hoffmann über das Thema: Glaube und Vernunft. Dem Vortrag folgte eine lebhafteste Diskussion, in der sich sämtliche Redner zustimmend zu dem von dem Referenten vertretenen Anschauungen ausgesprochen. Hierauf wurde den Mitgliedern die Abrechnung von der Matinee vorgelesen, die eine Einnahme von 273,90 M. und eine Ausgabe von 225,50 M. aufweist; mithin einen Ueberschuß von 47,80 M. ergab. Zur Aufnahme hatten sich zwei Nichtmitglieder gemeldet. Während der eine, Schüller, abgewiesen wurde, gewährte man dem Besuch des Herrn Niemann, der seinerzeit während des Streiks bei der Firma May in Arbeit trat, Aufnahme. Von der Fabrik des Herrn Legow wird mitgeteilt, daß bereits wieder Versuche gemacht werden, die Ueberstundenarbeit einzuführen. Das Mitglied Heinlein richtet deshalb an die Arbeiter die ernste Mahnung, das Ertragnis hochzuhalten und die Arbeitszeit streng durchzuführen. Ausgenommen wurden 40 Mitglieder.

**Eine gutbesuchte Delegierten-Versammlung des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter** beschloß am 2. Februar die Anstellung des statistischen Fragebogens des internationalen Sekretärs der Holzarbeiter beim Vorstehen zu überweisen, weil dieser doch alles einschlägige Material in Händen habe. Den Kollegen in der Fabrik von Pösch wurde zum Vorwurf gemacht, daß sie es unter-

lassen hätten, der Werkstatt-Kontrollkommission über die in letzter Zeit vorgekommenen Entlassungen von Kollegen Anzeige zu machen. Hieraus wurde angeregt, in der jetzigen sogenannten Friedenszeit Marken auszugeben, damit bei ausbrechenden Streiks ein Fonds vorhanden ist. Eine Angelegenheit der Fabrik von von Jaschinski, wonach dort verschiedene Uebelstände herrschen, wurde der Werkstatt-Kontrollkommission überliefert. Nicht anwesend waren die Delegierten der Fabriken von Müller, Köhler, Kuhle, Möhr, Hülse Nachf., Schleifer, Ringmann, Böhr und Sell, Japob, Köhler, Schiff u. Co., Heindorf, Euterpe, Jaschinski und Dupob.

**Im Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands** (Zil. Berlin I) hielt am 3. Februar Vögelsch einen interessanten Vortrag über das Thema: „Der Kampf ums Dasein.“ In der Diskussion wurde berichtet, daß die Firma Meyer, Köstner Platz, den Arbeitern, wahrscheinlich damit sie nicht an der Lohnbewegung teilnehmen sollen, eine Zulage von 2 1/2 bis 5 Pf. pro Stunde gemacht hat, und daß der Geschäftsführer Herr Thie es fertig bekommen habe, zu den Arbeitern zu sagen, wer seine Frühstücksstücken in ein politisches Blatt eingewickelt hat, wird entlassen. (H) Weiter wurde die Firma Hagenow und Bierbrauer, Elisabethstr. 11, kritisiert, deren Arbeiter auch nicht zu bewegen seien, sich zu organisieren. Der Vorsitzende machte dann die Mitteilung, daß Ostern d. J. in Berlin die Generalversammlung abgehalten wird. Ferner wurde seitens des Vorstandes bekannt gemacht, daß Mißstände jeder Art ihm bekannt zu geben sind, da er sich zur Pflicht mache, den Gewerkeinspektor davon zu unterrichten. Nachdem noch verschiedene Kollegen zum Anschluß an den Verband aufgefordert und der Vorsitzende mitgeteilt hatte, daß die nächste Versammlung am 2. März abgehalten wird, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

**In der Filiale des Allgemeinen deutschen Tapezier-Vereins** sprach am 5. Februar Hoffmann unter Beifall über die technisch-wirtschaftliche Revolution der Gegenwart und ihre Wirkungen auf die Arbeiterschaft. Dann schilderte Pösch die unbefriedigenden Arbeitsverhältnisse der Firma Japob u. Braunisch; es sei Zeit, daß vorgegangen werde, um sie zu bessern. Sämtliche übrige Redner, Roskopf, Herrmann, Friedländer und andere, äußerten sich in demselben Sinne und gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Kollegen durch Eingkeit auch etwas erreichen würden. — Das Stiftungsfest wird am 18. April in Schmiedel's Hofsaal abgehalten.

**Im Verband der in Buchbindereien der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen** hielt am 3. d. M. Dr. P. van einen beifällig aufgenommenen Vortrag über urchristlichen Kommunismus. Nachdem berichtete Pösch über die gegenwärtige Bewegung der Schneider und Schneiderinnen und schloß mit der Mahnung an die Versammelten, in Falle eines Streiks die Ausständigen thätig zu unterstützen. Ein Antrag, den Vorstand zu ermächtigen, eine Unterfütterung in Höhe bis zu 200 Mark zu bewilligen, falls der Streik schon vor der nächsten Mitgliederversammlung proklamiert sein sollte, wurde nach einer längeren Aussprache, wobei man das wärmste Interesse für die Bewegung an den Tag legte, angenommen. Die Kollegen Thomas, Regis und Schöfeld wurden zu Hilfskassieren für 3 Zahlstellen gewählt. Weiter wurde die Vergütungskommission neu zusammengesetzt.

**Der Verein der Gold- und Silberarbeiter** hatte am 27. Januar eine Versammlung anberaumt, in der Herr Schulz über das Thema: „Festlosgel und seine Bedeutung für die moderne Arbeiterbewegung“ sprach. Von einer Diskussion über den trefflichen Vortrag wurde abgesehen und erlebte hierauf die Versammlung ihre geschäftlichen Angelegenheiten. Die Wahl eines Mitgliedes für den Ausschuß fiel auf das Mitglied Schödel. Der Kassenbericht ergab nach dem Vortrage des Mitgliedes Tschentscher eine Einnahme von 970,75 M. und eine Ausgabe von 719,25 M.; verbleibt mithin ein Bestand von 251,50 M. Nach einem Bericht über den Arbeitsnachweis weist der Vorsitzende darauf hin, daß am 24. Februar die nächste Versammlung stattfindet und am 27. Februar der Verein einen Maskenball arrangiert.

**Die Dekanate (Filiale III)** hielten am 26. Januar eine Mitgliederversammlung ab, wo Genosse Pösch unter Beifall über die „Beseitigung des Privateigentums“ sprach. Hierauf wurden mehrere Vereinsangelegenheiten erledigt. Der Bericht des Kassiers Baer über das Stiftungsfest ergab, daß der Verein einen Ueberschuß von 51,25 M. zu verzeichnen hatte. Die Arbeitslosen-Unterstützung hat sich in ihrer jetzigen Gestalt, nach den Darlegungen des Mitgliedes Ziehen, gut bewährt, auch die nachfolgenden Redner sprachen sich in diesem Sinne aus. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder, danach zu streben, daß die Mißstände, die sich wiederum in den Werkstätten eingebürgert haben, besonders die lange Arbeitszeit, die nicht selten bis 9 resp. 10 Uhr währt, beseitigt werden.

**Ladirex.** In der Versammlung der Filiale IV der Maler, Ladirex u. Deutschlands hielt am 4. d. M. P. Litjin einen mit regem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Florjan Meyer.“ Der zweite Punkt „Unsere Bewegung“ rief eine rege Diskussion hervor. Es wurde lebhaft bedauert, daß von den Berliner Ladirex circa die Hälfte in den fiskalischen Eisenbahnwerkstätten beschäftigt sind. Mit diesen könne man leider gar nicht in Verbindung treten, da sie laut Arbeitsordnung mit der Organisation nichts zu thun haben dürften. Bei der Befolgung dieser Vorschriften seien die Kollegen so eifrig, daß sie, wenn sie einen organisierten Kollegen sähen, demselben kein Rede und Antwort ständen. Dann besprach man die Wagenfabriken von Neuf und Kühlein. Von ersterer wurde berichtet, daß kaum ein Drittel der dort Beschäftigten zu etwas zu bewegen seien, die übrigen zwei Drittel wären vollständig indifferent. Bei Kühlein wäre es nicht besser; trotzdem der Gehalt mit größter Schnelligkeit gegen die Arbeiter austrete, kämen dieselben immer noch nicht zum Bewußtsein ihrer Lage. Von der Lohnkommission wurde mitgeteilt, daß verschiedene Meister sich für die Forderungen erklärt hätten und regelmäßig zum Streikfonds stenernten. Der Vorsitzende forderte noch zum Schluß auf, in der nächsten Filialeversammlung möglichst vollständig zu erscheinen, da dort die Erziehung des gesamten Vorstandes vorgenommen werden solle.

**Eine gemeinsame Mitgliederversammlung sämtlicher Filialen der Vereinigung der Maler, Anstreicher und Ladirex** beschäftigte sich am 31. Januar mit der Tagesordnung: Werth und Bedeutung des Provinzialtags. Die im Anschluß an das Referat vollzogene Wahl der Delegierten fiel auf die Mitglieder Pösch und Jacobell. Hierauf gab die Versammlung nachstehenden Anträgen, die der Konferenz unterbreitet werden sollen, ihre Zustimmung: 1. Der Obmann der Agitations-Kommission der Provinz Brandenburg ist ermächtigt, die fortlaufenden Ausgaben für die Agitation in der Provinz vorläufig von den Filialen Berlins zu entnehmen. Die Kosten werden halbjährlich von den Filialen der Provinz Brandenburg prozentual getragen. 2. Das Agitationskomitee hat, um eine geregelte Agitation entfalten zu können, wie bisher keinen Sitz in Berlin. Zum 2. Punkt der Tagesordnung gab der Vorsitzende der Vereinigung bekannt, daß nur diejenigen Kollegen den Arbeitsnachweis in Anspruch nehmen können, die 1. Mitglieder der Vereinigung sind und 2. sich im Besitz einer Streikkarte befinden. Die in Arbeit stehenden Kollegen haben jede Woche eine Marke zu entnehmen. Dagegen haben die Arbeitslosen jeden Freitag anstatt der Marke ihre Karte im Arbeitsnachweis abhempeln zu lassen. Infolge des Beschlusses wurden die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, stets das Mitgliedebuch beim Besuch des Arbeitsnachweises mitzubringen. Im Verschiedenen ergriff das Mitglied Kowusch das Wort und führte aus, daß sich 20 bis

25 Spezialisten vereinigt haben, um mit den Malern und Anstreichern Hand in Hand zu gehen. Allgemein war man der Ansicht, daß, wenn die noch fern stehenden Spezialisten sich organisieren wollen, es auch unter den bestehenden Verhältnissen thun können; jedoch wollen die Maler und Anstreicher Betribs den Spezialisten nichts hindern in den Weg legen, was die Spezialisten abhalten könnte, sich der Organisation der Maler, Ladirex und Anstreicher anzuschließen.

**Die Freie Vereinigung der Zivil-Vernunftmänner** beschäftigte sich kürzlich in zwei Versammlungen mit einer Angelegenheit des Musikleiters Mothes (Köliner Hof). Dieser erklärte sich schließlich bereit, die von ihm entlassenen Kollegen wieder zu beschäftigen. — Der Bericht des Kassiers ergab, daß im vierten Quartal 596 M. eingenommen und 594,40 M. ausgegeben worden sind. Einschließlich des Ueberschusses hiervon betrug der Kassenbestand 408,96 M.

**Eine Versammlung der Kammacher,** die am 27. Januar tagte, widmete den Werkstattangelegenheiten in ihrer Branche eine eingehende Besprechung. Besonders ädile Zustände herrschen nach den Angaben mehrerer Redner in der Fabrikation für Taschenkämme. Leider ist von den hierzu gehörigen Arbeitern keiner organisiert; es wäre deshalb zu wünschen, daß die in der Versammlung gegebene Anregung, die Arbeiter dieses Berufes zum Anschluß an die Holzarbeiter-Organisation zu bewegen, auf recht fruchtbaren Boden fiele. Am Schluß der Versammlung giebt der Vorsitzende bekannt, daß bei ihm die Streikarten für Holzarbeiter abgegeben werden können.

**Einer von der Agitationskommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes** einberufenen, gut besuchten öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung, die am 2. Februar im großen Saale der Kronen-Brauerei zu Moabit tagte, leitete der Referent H. Mohr nach dem Werth der Arbeitsverfälschung auseinander. Dann kam er u. a. auf die rapide Zunahme der Beschäftigung von Arbeiterinnen in der Metallbranche sowie auf den großen Zug von unausgebildeten Arbeitern aus den Provinzen nach Berlin zu sprechen und zog daraus den Schluß, daß diejenige Organisation, die im Stande ist, Arbeiterinnen aufzunehmen, daneben aber auch in den Provinzen für Ausflüchtung und Aufschluß an die Arbeiterbewegung agieren könne, in Zukunft die meiste Aussicht auf Erfolg habe und ersucht dann am Schluß seines wiederholt mit lautem Beifall aufgenommenen Vortrages die anwesenden Frauen und Männer, sich dem deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. Von einer Diskussion wurde, da sich keine Gegner zum Wort meldeten, Abstand genommen. Beim Verschiedenen schilderten Hoffmann und Hilpert Vorkommnisse bei den Firmen Vörlig und Löwe und Mohr unterzog das Kolonnenführer-System einer Kritik, worauf der Vorsitzende die Versammlung mit einem stammenden Appell an die Anwesenden schloß, das Gehörte zu beherzigen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten, was letzteres dann erfreulicherweise auch vielfach geschah.

**In der Generalversammlung der Bauhandwerker-Krankenkasse Berlin und Umgegend,** die am 2. Februar, in Cohn's Festsaal tagte, mußte eine Neuwahl des Vorstandes vorgenommen werden, weil nach Ansicht der Behörde die erste Generalversammlung nicht dem Statut entsprechend bekannt gemacht worden sein soll. Der Vorstand sah sich genöthigt, wegen Verstoßes gegen § 14 des Statuts 2 Mitglieder mit je 2, 4 mit je 8, 1 mit 6, 8 mit je 10, 1 mit 15, 8 Mitglieder mit je 20 Mark zu bestrafen. Ein Fall, wo ein Mitglied 94,50 Mark Krankengeld entnahm, dabei aber schon 6 Wochen Unfallrente bezog, ist dem Rechtsanwalt übergeben. 2 Mitglieder wurden wegen falscher Angabe über ihren Gesundheitszustand ausgeschlossen. Ihrem Berufe nach zählte man unter den Mitgliedern 1532 Maurer, 7 Töpfer, 8 Studateure, 3 Steinmetzen. Die Abrechnung ergab im vierten Quartal 12889,98 M. Einnahme, 10488,47 M. Ausgabe, Bestand 1945,46. Das Gesamtvermögen betrug am Jahresschluß 17481,56 M. Zum 1. Vorstehen wurde Megke, zum 2. Pfeil, zum 2. Kassierer Riekmann, zum 2. Karpe gewählt, zu Beisitzern Koll, Jensch und Scholz. Zu Ausschußmitgliedern Blaurock, Schulz, Sydow, Jander, Schölfer, Pösch und Bellide. Erfahrmänner der Beisitzer des Vorstandes sind Holz, Dienert, Schacht und Volkroth. Erfahrmänner des Ausschusses sind Gerfurth, Fürkenberg, Berndt und Pahnke. Das Gehalt des Kassiers und des Vorsitzenden wurde auf den ortsblichen Tagelohn, gleich 5,40 M. pro Tag, die Entschädigung für die Teilnahme an den Sitzungen auf 75 Pf. pro Kopf festgesetzt. Sodann wurde der Vorstand beauftragt, der nächsten Generalversammlung einen Abänderungsvorschlag zu § 17 und § 21 Abs. 4 vorzulegen.

**Die Zahlstelle Berlin I des Verbandes deutscher Maurer** nahm am 2. Februar die Abrechnung des Kassiers über das 4. Quartal und die Jahresrechnung entgegen; nach letzterer stand einer Einnahme von 4870,48 M. eine Ausgabe von 4546,02 M. gegenüber, jedoch im Jahre 1895 ein Ueberschuß von 324,41 M. zu verzeichnen war. Die dann vom Kassier der Unterfütterungskommission gegebene Jahresabrechnung stellte eine Einnahme von 777,10 M. fest. Unterfütterung erhielten 17 erkrankte Mitglieder insgesamt 395 M. Der augenblickliche Bestand des Unterfütterungsfonds ist 456,99 M. Beide Abrechnungen wurden von den Revisoren bestätigt und die Kassier daraufhin entlastet. Man schritt nun zur Neuwahl der Kommission. Gewählt wurden Vogel, Weidenweg 85, Albrecht, Salzwedlerstr. 13, Reipin, Demminstr. 54, Emil Schulz, Rastanien Allee 57, Klopff, Mantelstr. 7, Urbath, Alvenslebenstr. 12, Schlemm bach, Dennewitzstr. 24, Thielicke, Schönberg, Hauptstr. 91. Zu Revisoren wurden Prikkow, Demmisch und Körber wiedergewählt. Zum Bücherkontrollleur bestimmte die Versammlung nach freiwilliger Meldung die Kollegen G. Düsterhoff, Pösch und Wehlan.

**Eine öffentliche Dachdecker-Versammlung** war am 9. Februar berufen, um den Bericht des Delegierten zur Gewerkschaftskommission entgegenzunehmen, dessen Neuwahl zu vollziehen und um zur diesjährigen Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Wahl einer 14gliedrigen Lohnkommission, bestehend aus Pösch, Reuter, Boigt, Wille, Schläping, Blecher, Eiber, Goh, Wutschke, Blum, Wiskowski, D. Petri und Spindler, welche einen Lohnsatz anzuarbeiten und diesen demnächst einer öffentlichen Versammlung zur Beschlusfassung vorzulegen hat. Mit der Vertretung in der Gewerkschaftskommission wurde Reuter beauftragt.

**In der sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung der Schmiede,** die am Sonntag tagte, wurden nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Jahn über die Entwicklung des Kapitalismus, die Arbeits- und Lohnverhältnisse bei der „Patent-Verfälschungswieder“, die demnächst in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll, eingehend besprochen. Wegen die Einsetzung einer bei den Kollegen unbeliebten Person als Verbergerwirth im Arbeitsnachweis der Zinnung wurde lebhaft Protest erhoben. Um in dieser Angelegenheit, die für sämtliche Schmiede von besonderer Bedeutung ist, Wandel zu schaffen, beschloß man, daß im Verlauf dieser Woche, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonntag, öffentliche Versammlungen der Schmiede in allen Stadttheilen Berlins abgehalten werden sollen, wo die Einrichtung eines Arbeitsnachweises für die organisierten Arbeiter Gegenstand der Tagesordnung sein wird. Der Vertrauensmann ist beauftragt, das weitere zu veranlassen. Etwa 30 neue Ausnahmen in die Organisation zeugten von den guten Fortschritten der Schmiedebewegung.

Ueber die Gestalt und Bewegung der Erde sprach am 4. Februar, abends, in Volz' Festsaal vor einer gut besuchten Versammlung des Verbandes aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter der Direktion der königlichen Sternwarte Prof. W. H. Förster.

Der Vortragende entwickelte unsere jetzige Kenntnis von der Gestalt, ferner von der Drehung der Erde und ihrer Umlaufbewegung um die Sonne in sachlicher und anschaulicher Weise, wenn auch ohne jede bildliche Darstellung, aus den einfachsten Wahrnehmungen heraus, die schon in den Anfängen der menschlichen Kultur gemacht werden konnten. Er wies darauf hin, daß vieles, was dem sog. Kulturmenschen ganz unbekannt blieb, was von ihm nur ganz oberflächlich und stumperhaft erfasst wird, in den Urzeiten der Menschheitsentwicklung schon mit großer Sicherheit und Feinheit ausgemessen und begriffen werden konnte, weil der Mensch eben noch abhängiger von der Natur war und mehr in ihr lebte. In allgemeinen Zügen wurde sodann die allmähliche Entwicklung der Lehren von der Gestalt und Bewegung der Erde bis auf die Gegenwart verfolgt; überall mit Ausblicken auf die soziale Kultur und ihre Fortentwicklung. Zum Schluß wurden die neuesten leicht greifbaren Beweise für die Bewegung der Erde um die Sonne dargelegt. In einem Nachwort hob der Vortragende die hohe stille Bedeutung hervor, welche es für uns alle hat, wenn wir unser Denken von Zeit zu Zeit auf jene großen Weltvorgänge und auf die erhebende Gesetzmäßigkeit der Zusammenhänge geschichtlicher Entwicklung seit uralten Tagen richten. Das Recht der ganzen Menschheit auf die ganze Erde und seine Geltendmachung sehe eine Gesinnung der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit voraus, an der es noch schmächtig mangelte; aber durch solche Ausblicke werde das daraus Nahrung ziehende Gefühl des Erdengbürgertums gehärtet. In der Diskussion wurden mehrere Fragen in betreff noch anderer Gebiete der Sternkunde gestellt, die der Vortragende zum Teil in längeren Darlegungen beantwortete.

Beim 3. Punkt theilte Volz mit, daß der Kollege Kolan gestorben ist. Die Versammlung ehrte dessen Andenken in üblicher Weise. Weiter wurde berichtet, daß neun Kollegen krank sind. W. H. theilte mit, daß am 16. Februar bei Wörlich, Schönhauser Allee, eine Agitationsversammlung stattfand. Betreffs der Bekleidungsfrage, die vom Vorstand bei der Packerfabri-Gesellschaft geführt worden ist, verlas der Vorsitzende einen Brief, wonach von den 5 eingegangenen Beschwerden die Untersuchung ergeben hat, daß nur zwei Kollegen ihre Zeitung nicht erhielten.

Die „Agitationskommission für den Austritt aus der Kirche und Religionsfreiheit“ hielt am 4. und 6. Februar wieder Volksversammlungen ab. In der ersten, die im Berliner Prater, Kasanien-Allee, und sehr stark besucht war, entspann sich nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage Dr. Vinn's eine sehr rege Diskussion, die sich durch die Teilnahme eines früher in Berlin, Breslaustr. 4, als Missionar thätig gewesenem Herrn Richard Djäder sehr interessant gestaltete. Dieser forderte die Anwesenden auf, aus der Kirche auszutreten, aber an Gott und Jesus von Nazareth weiter zu glauben, da derselbe große Wunder verrichte und Kranke gesund mache. Er, Djäder, sei selber aus der Kirche ausgetreten, d. h. er besuche keine Kirche. Nachdem noch ein Gegner gegen den Austritt aus der Kirche und Hoffmann, Engler, Kly u. a. für den Austritt gesprochen hatten, wurde die schon in Vorberichten über frühere Versammlungen mitgetheilte Resolution einstimmig angenommen, worin denen, die innerlich mit der Kirche gebrochen haben, der Austritt aus der Kirche zur moralischen Pflicht gemacht wird. Mittheilung wurde dann, daß bis jetzt 300 Personen bei Gericht ihre Austrittserklärung eingereicht haben.

In der zweiten Versammlung, die bei äußerst starkem Besuche im Grindel's Festsaal abgehalten wurde, hielt Jahn den Vortrag. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Die Zahl der aus der Kirche Ausgetretenen war bis zu dieser Versammlung auf 314 gestiegen. Die nächste Versammlung wird am 12. Februar auf dem Gesundbrunnen, Badstraße, abgehalten. Näheres durch Annoncen und Säulenanschlag.)

Weiter geben wir hierbei folgenden Bericht so, wie er und zuzug: Am 2. Februar fand bei Volzmann, Lichtendiegerstr. 16, eine öffentliche Versammlung der Roll-, Geschäfts- und Passfuhrwerks-Rauher, Möbeltransport-, Expeditions- und Speicheralbeiter statt. Genosse Adolf Hoffmann referirte über: „Glaube und Vernunft“. Derselbe erntete für seinen einseitigen Vortrag, welcher über von Beifall unterbrochen wurde, am Schluß seiner Rede lebhaften Beifall. In der Diskussion theilte Kollege Schumann mit, daß beim Bureau Pisten zum Austritt aus der Landeskirche zu haben sind. Ferner theilte Genosse Hoffmann mit, daß seit dem 1. Oktober 1895 die Kosten etwas erhöht worden sind und pro Person 3,50 M. betragen; jedoch sei die Kommission oder auch die freireligiöse Gemeinde bereit,

für Unbemittelte die Kosten zu übernehmen, wenn letztere zur freireligiösen Gemeinde überträten. Zum dritten Punkt der Tagesordnung erhaltete Kollege Bachmann Bericht über seine Thätigkeit in der Gewerkschaftskommission und forderte die Anwesenden auf, nur einen solchen Delegirten zu wählen, welcher auch gewillt ist, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, und nicht durch Abwesenheit glänzen würde. Gewählt wird Kollege Wangenheim. Mit einem Hoch auf baldige bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde die gut besuchte Versammlung gegen 9 Uhr geschlossen.

Die Propaganda für den Austritt aus der Kirche scheint also auch in gewerkschaftlichen Versammlungen beginnen zu sollen. Dagegen müssen wir uns im Interesse der Gewerkschaftsbewegung ganz entschieden wenden. Die Pflege der ihrer Natur nach rein praktischen Berufsinteressen kann auf die Dauer nur Schaden leiden, wenn in den Versammlungen, die diesen Interessen dienen, über überflüssige Angelegenheiten verhandelt wird. Die gewerkschaftliche Bewegung sollte es als ihre wichtigste Aufgabe betrachten, unter ihren Berufsangehörigen auf wirtschaftlichem Gebiet Aufklärung zu verbreiten; auf religiösem mögen sich die Gleichgesinnten außerhalb dieses Wirkungskreises zusammenfinden und ihre Sache propagiren.

In der freien Vereinigung der Graveure, Jsselerre und verwandter Berufsgruppen hielt am 4. Februar cr. Dr. Böhm einen Vortrag über das Naturheilverfahren.

In Briss wurde kürzlich eine Volksversammlung abgehalten, wo Theodor Rehner darlegte, welche großen Werth es für die Arbeiter hat, wenn sie sich an den Gemeindevätern beteiligen. In der Diskussion über den mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag wurden verschiedene lokale Uebelstände zur Sprache gebracht, denen nur abgeholfen werden würde, wenn die Arbeiter im Gemeinderathe genügende Vertretung haben. Besonders für die Schuljugend verlangte man unentgeltliche Vorkursleistungen, ferner für die Kinder Unbemittelter freie Bekleidung. Den in der Versammlung erschienenen Gegnern — Angehörige des sogenannten Grundbesitzervereins — wurde von mehreren Parteigenossen und dem Referenten im Schlusswort der Kopf gründlich gewaschen. Zu Kandidaten stellte man auf: R. Preffe als Anführer, R. Wille als Unanführer. Das Wahlkomitee besteht aus H. Jentsch, H. Schliebig, W. Wille und R. Schoenberner.

In einer öffentlichen Schuhmacher-Versammlung Charlottenburgs sprach am 3. Februar Kollege Nowag aus Berlin über Zweck und Nutzen der Organisation. Sodann nahm man Stellung zum Gewerkschaftskartell. Der Vertreter des Kartells, Maler Flemming berichtete kurz über dessen Thätigkeit und ersuchte darum, daß auch die Schuhmacher ihren Delegirten wählen möchten. Im Anschluß hieran geisterte Flemming scharf das Gebahren von einzelnen Genossen, die Verleumdungen und Falschbehauptungen gegen Genossen in die Welt schleudern, unbekümmert darum, ob sie wahr sind oder nicht. Es könne nicht fördernd für die Arbeiterbewegung sein, wenn sie und ständig verleumdet und gedemüthigt werde. Diese Handlungsweise scheine in Charlottenburg einigen Genossen schon zur zweiten Natur geworden zu sein. In nächster Zeit müsse diesen Leuten ordentlich auf die Finger geklopft werden. Er bitte, dies im „Vorwärts“ zu berichten. Sodann wurde ein Antrag angenommen, zwei Delegirte zum Gewerkschaftskartell zu entsenden. Zu solchen ernannte man die Kollegen Heintz Pau und Emil Poewe. — Die nächste Versammlung des Vereins deutscher Schuhmacher findet statt am Montag, den 17. Februar, bei Bayer, Wallstraße 98.

### Sprechsaal.

Die Redaktionen stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwehrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiert zu werden.

### Erklärung.

In Nr. 17 des „Vorwärts“ wird über eine Versammlung von Krankenkassen-Vorständen und Beamten berichtet, in welcher das Thema „Die Unfallstationen und die Berliner Krankenkassen“ auf der Tagesordnung stand. In dieser Versammlung machte Herr Buchholz (Maurer-Kasse) den Vorschlag, den demnächst erscheinenden Bericht des Reichs-Versicherungsamts über die Ergebnisse der Unfallstationen und das sonstige Material einer Kommission zur Nachprüfung zu überweisen.

Dieser Bericht ist jetzt erschienen in Form von zwei Rundschreiben, welche das Reichs-Versicherungsamt — Präsident Dr. Wödker — an die Berufsvereinigungen gerichtet hat, in welchen auf die günstigen Ergebnisse hingewiesen wird, die durch die Uebernahme des Verfallsverfahrens unmittelbar nach geschehenem Unfall bei einer Anzahl von Berufsvereinigungen erzielt worden sind.

Danach haben insbesondere diejenigen Berufsvereinigungen, welche die Berliner Unfallstationen ins Leben gerufen und sie in Anspruch nehmen, wie die Chemische, Norddeutsche Holz-, Brauerei-Berufsvereinigungen und andere bedeutende Resultate zu verzeichnen. Nach den amtlichen Mittheilungen haben z. B. die Berufsvereinigungen der chemischen Industrie von 92 Schwerverletzten 72 und die Brauerei-Berufsvereinigungen von 580 übernommenen Schwerverletzten 531 schon vor Ablauf der Verfallszeit als völlig geheilt und wieder voll erwerbsfähig entlassen können. Die chemische Industrie habe übrigens kaum den zehnten Theil der dafür aufgewendeten Kosten von den Krankenkassen erstattet erhalten, ein Zahlenverhältnis, welches sich vielfach auch bei anderen Berufsvereinigungen vorfindet und deutlich auf die bezügliche Entlastung der Krankenkassen hinweist.

In einem zweiten Rundschreiben des Reichs-Versicherungs-Amtes vom 21. Januar 1896 werden die Ergebnisse der Brauerei-Berufsvereinigungen den übrigen Berliner Berufsvereinigungen bzw. Sektionen zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß das günstige Ergebnis der dem Rundschreiben beigelegten Statistik für die Jahre 1894 und 1895 dem Wirken der Berliner Unfallstationen wesentlich zu verdanken sei. Nach dieser Statistik ist seit dem Eingreifen der Unfallstationen gegenüber dem Jahre 1893, wo auf 1000 Arbeiter noch 17,58 entzweiigte Unfälle entfielen, der Promillefuß auf 12,02 im Jahre 1894 und auf 7,62 im Jahre 1895 zurückgegangen; demnach der Erfolg erzielt worden, daß gegen frühere Jahre eine ganz erheblich größere Zahl von Arbeitnehmern ihrer Erwerbsfähigkeit wieder zugeführt werden konnten. (Was dies? Spielt denn die Entlastung der Unfall-Genossenschaften bei diesen Parforce-Kuren gar keine Rolle? H. d. B.)

Das Kuratorium nimmt im übrigen Veranlassung, die in oben erwähnter Versammlung geschehenen Mittheilungen in den Hauptpunkten als total unwarhaft bzw. entstellend zu bezeichnen.

Wenn behauptet wird, daß bei Anstellung der Ärzte nicht das Wissen, sondern der Geldbeutel entscheidend gewesen sei, so ist demgegenüber die Thatsache zu konstatiren, daß für die Anstellung lediglich die Zeugnisse der hervorragenden ärztlichen Autoritäten maßgebend waren, und daß die große Mehrzahl der Herren kaum auf die Bezeichnung „kapitalkräftig“ einen Anspruch machen dürften.

Dieser Punkt ist ja auch um so weniger von Belang, als das finanzielle Risiko lediglich vom Kuratorium und nicht von den Ärzten getragen wird. Die unfinnig ist demnach die Beschuldigung, daß man die Stationen an- und verkaufen könne, wenn man ferner auch die Thatsache in Betracht zieht, daß der Arzt, wenn er vom Kuratorium für ungeeignet erachtet wird, jederzeit entlassen werden kann.

Was hätte übrigens auch das Publikum, welches Hilfe sucht, für ein Interesse an den finanziellen Verhältnissen? Es kommt doch lediglich darauf an, daß ihm geholfen wird.

Anstatt daß die betreffenden Redner in jener Versammlung sich mühsam einige Fälle herausfanden, in denen sie die momentane Abwesenheit des Arztes feststellten zu haben glauben — selbstredend war, falls ein solcher Fall vorgelegen hat, der Arzt zur Hilfeleistung auf kurze Zeit nach außen berufen worden — hätten sie sich zur bequemeren Information über diese Dinge an die Behörden wenden sollen, welche wiederholt, un erwartet in sämtlichen Unfallstationen sehr eingehende amtliche Inspektionen und Revisionen vorgenommen haben, die niemals irgend welche Mängel ergeben hatten; dort hätten sie auch erfahren können, daß niemals Studenten ärztlichen Dienst leisten.

Wenn nun aber wirklich unter monatlich 1200 erste Hilfe Suchenden ein oder zwei Patienten eine kurze Zeit hätten warten müssen, verdient die Institution deshalb einen Tadel, welche in 1108 Fällen mit ihrer ärztlichen Hilfe und ihren aseptisch eingerichteten Verbandräumen sich als eine segensreiche Zuflucht erwiesen hat, ganz abgesehen davon, daß bei einem großen Procentsatz dieser Fälle andere ärztliche Hilfe zuvor vergebens gesucht worden war?

Was nun eine eventuelle Zuwendung der städtischen Behörden betrifft, so soll dieselbe — von einer Summe von 50 000 M. war selbstverständlich nie die Rede — lediglich ein Ersatz derjenigen Kosten sein, welche das Unternehmen im Sinne der Armenpflege für unentgeltliche Hilfeleistung und Transport aufwendet.

Ob demnach das Unternehmen einen „unlauteren Wettbewerb“ betreibt, möchten wir dem gesunden Urtheil der Leser und derjenigen überlassen, die die Stationen aus eigener Erfahrung kennen. Ja wir möchten hinzufügen, daß dieser dem Unternehmen gemachte Vorwurf von Seiten solcher ausgeht, die nicht bekehrt sein wollen.

Das Kuratorium der Berliner Unfallstationen.

## Grösstes Mode-Waaren-Haus des Ostens

32. Grüner Weg 32 M. Löwinsohn, Inh.: L. N. Jacob Ecke Andreasplatz

Während des Monat Februar!

# Grosser Reste-Ausverkauf

zu auffallend billigen Preisen.

### Guten Morgen!

Lade zum Kauf bei mir ergebnis ein.

## Carl Schindler

55. Chausseestr. 55. A. III 8917.  
(Nordb., Eldre, Cognac, Rum, Uvauro.)

### Möbel-Kaufgelegenheit

Vollständige Einrichtung für Brautleute.

In meinem größten Möbelspeicher, Hens König-Strasse 59, I, sollen ca. 300 Wohnzimmers-Einrichtungen, welche ich erworben und zum Möbel, zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Theilhabung gestattet. Besuchen ohne Auswahl. Melberplatz 19 III. Remmoden 6 III., Küchenspeise 12 III., Stühle 2 III., Neue Stuhlbau-Melberplatz 12 III., Vertikons 30 III., Waschtischen und Vertikons 25 III., Bettstellen mit Matratzen 18 III., Sophas 18 III., Schilfen-Melberplatz 55 III., Truhen u. a. 50 III., Zylinderbüreau, Herren-Schreibtische, Damen-Schreibtische, Schreibtische 30 III., Tischgarnituren 50 III., Ganzlepphals 15 III., Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 III. Günstige Preise, können 3 Monate kostenfrei lagern u. werde. 1. heilige Bespannungstransport.

Eine Wirtshaus zu verkaufen Strasburgerstr. 26 bei Rogge. 28876

## Pitts

Aromatischer Kräuter-Liqueur

Alleiniger Fabrikant.

## Wilhelm Pauli

Berlin, N.O., Grosse-Frankfurterstr. 31

Pitts ist überall zu haben.

## Rohtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise. Sämtliche Fabrikations-Mensuren.

## Heinrich Franck,

Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

## Masken

elegant, billig, verleiht

## Ferd. Henke,

Dennowits-Strasse 1.

## Gardinen-Reste

von 2 bis 4 Fenstern, exotisch und weiß, spottbillig, empfiehlt

## J. Adler Teppichfabrik,

Spandauerstr. 30, gegenüber dem Rathhause.

## Sophastoffe

in Ripps, Damast, Cröpe, Phantast, Gobelins und Plüsch spottbillig!

Proben franco! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

## Emil Lefèvre,

Berlin S., Oranienstraße 158.

## Möbel,

gebrauchte, kauft Bürow, Rosenthalerstr. 13.

## Keller's Festsäle

Koppen-Strasse 29.

Heute, Dienstag, den 11. Februar 1896, abends 8 1/2 Uhr:

# 6. Abonnements-Konzert

der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.

Orchester: 50 Musiker. Dirigent: G. Grass.

Programme A & B Pf. an der Abendkasse.

Abonnementskarten (Familienbilletts) à 1 M., im Vorverkauf und an der Abendkasse Einzelkonzerte 25 Pf. Entree (Nicht-abonnenten). Konzertschluss 11 1/2 Uhr.

Nach dem Konzert:

## Familien-Kränzchen.

63/12 (Entree 30 Pf. Nachzahlung.)

Voranzeige!

7. Abonnementskonzert: 25. Februar, Ködliner Hof, Ködlinerstr. 8.  
8. " 10. März, Zoos's Gesellschafts-Säle, Andreasstr. 21.  
9. " 17. " Sanssouci, Rottbuserstr. 4a.  
10. " 24. " Keller's Festsäle, Koppenstr. 29.

## Hackescher Markt 4, J. Brünn Am Stadtbahnhof „Börse“

# Inventur - Ausverkauf!

## Teppiche! Gardinen! Portièren!

## Steppdecken! Leinenwaaren!

## Fertige Wäsche!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

# Männer! Frauen!

## Volk-Versammlung

am Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 Uhr,  
im Lokale des Herrn **Zimmermann**, Badstr. 58.

- Tages-Ordnung:  
1. Religionsfreiheit und der Austritt aus der Kirche.  
2. Freie Diskussion.

J. A.: **E. Lindemann.**

Die Herrn Geistlichen der betreffenden Kirchen und Synagogen sind  
brieflich eingeladen. — Austrittserklärungen sind bei den Kommissions-Mit-  
gliedern zu haben und werden auf Wunsch ausgefüllt.  
H. Engler, Pallisadenstr. 33. | H. Jaensch, Weidenweg 77.  
Ad. Hoffmann, Blumenstr. 14. | E. Lindemann, Moritzstr. 9.  
E. Menzel, Straßburgerstr. 25.

# Metallarbeiter!

Dienstag, den 11. Februar 1896, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,  
im Lokale von **Gründel**, Brunnenstr. 188:

## Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

- Der Streik in der Patent-Hufeisen-Stollen-Fabrik von **Leonhard & Cie.**, Saarbrückerstr. 30.
- Die fortgesetzten Lohnreduktionen in der Musik-Instrumentenfabrik Aktiengesellschaft vorm. **Pietzschmann** und wie stellen sich die Kollegen hierzu.

## Oeffentliche Versammlung

sämtlicher

**Arbeiter der Aktiengesellschaft Schäffer & Walker**

am Mittwoch, den 12. Februar, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr,  
im Lokale des Herrn **Fritz Subeik**, Lindenstr. 106.

Tages-Ordnung:

## Wie behandeln die Metallindustriellen „ihre“ Arbeiter?

Referent: **Otto Naether.**

Die Kollegen werden ersucht, sich so einzurichten, daß alle Kollegen  
gleich bei Fabrik-Schluss nach der Versammlung kommen können, damit dieselbe  
pünktlich eröffnet werden kann.

## Große öffentliche Versammlung

Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 Uhr,  
in **Keller's Festsaal (großer Saal)**, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

Die gegenwärtige Lage der Metallindustrie, das Vor-  
gehen der Metallindustriellen und unsere Aufgaben in der  
Gegenwart. Referent: **Otto Naether.**

Zu dieser Versammlung sind speziell die Kollegen folgender Werkstätten  
eingeladen:

- Pintsch, Andreasstr. 72.
- Elster, Neue Königsstr. 67.
- Baumgart & Sohn, Münchebergerstr. 27.
- Jahn, Brunnenstr. 181.
- Heise, Kl. Rosenthalerstr. 10.
- Kleinowetter, Amalienstraße.
- Adler & Bersu, Alexanderstr. 28.
- E. Schorler, Blumenstr. 79.
- R. Schulze, Blumenstr. 74.
- Silbermann, Blumenstr. 74.
- Conrad Pölsing & Löhsen, Blumen-  
straße 70.

- Stein, Blumenstr. 24.
- Dr. Meyer, Holzmarktstr. 67.
- Kärger, Krautstr. 52.
- Goldmann, Krautstr. 20/21.
- Wasservogel, Nachfolger L. Littauer,  
Elisabethstraße 24.
- Gedr. Bergas, Schillingstr. 12.
- H. Aorkamp, Pallisadenstr. 49.
- Böso, Köpnickestr. 154.
- Herrmann, Andreasstr.

Die in Gasmessfabriken beschäftigten Kollegen werden ersucht,  
Mann für Mann zu erscheinen.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, deshalb werden die Kollegen  
ersucht, recht zeitig und zahlreich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.  
**Otto Naether**, N., Kullammerstraße 44.

## Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 12. Februar 1896, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,  
im Restaurant **Senke**, Rannysstr. 27:

## Bezirksversammlung für den Süden.

Tages-Ordnung:

- Vortrag des Genossen **S. Vörsch** über: „Die Beseitigung des  
Privateigentums“.
  - Diskussion.
  - Aufnahme neuer Mitglieder.
  - Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.
- Nichtmitglieder als Gäste willkommen.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. **Der Vorstand.**

## Böhmisches Brauhaus

Berlin NO.

Der

4871L\*

# Bockbier-Ausstoss

hat begonnen.

**B. Günzel**, Lothringersstraße 52. Spezialität: Porträts  
sozialistischer Führer,  
Bassalle, Mary etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Broschen, Knöpfen, Hüften,  
Bildern u. dgl. sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisbroschur.)

**Rudolf Friedrich** [26315  
sendet zum heutigen Tage die besten  
Glückwünsche **Der Südoften.**

Unserm Genossen und Vereinstwirt  
**Wilhelm Mattner**  
Räckerstr. 162a, zu seinem heutigen  
Wienensfest ein dreimal donnerdes  
Hoch! Wilhelm wird's wohl wissen!  
26306 Freunde und Bekannte.

Am 7. Februar nachmittags 4<sup>1/4</sup> Uhr,  
entschied im eben vollendeten 39. Lebens-  
jahre nach kurzen schweren Leiden mein  
herzensguter, braver Mann, unser sorg-  
samer Vater, Sohn, Bruder, Neffe und  
Schwager, der Restaurateur

## Pfister Carl.

Dies zeigt mit der Bitte um fülles  
Beileid tiefbetrieht an die trauernde  
Wittin **Lina Pfister** nebst Kindern.  
Charlottenburg - Ober-Schönweide.  
Die Beerdigung findet Mittwoch  
Nachmittag 4 Uhr vom Krankenhaus  
am Urban (Berlin) aus statt [26346

## Charlottenburg.

Parteiengenossen, welche gewillt sind,  
einem Arbeiter-Gesangsverein (4 stimm.  
M.-Ch.) beizutreten, werden ersucht,  
sich bei **Volter**, Magazinstr. 15, ein-  
zufinden. Uebungstunde Donnerstag  
abends 8-10 Uhr. **D. V.** [26236

Ein Gesangsverein (M. d. N. S. B.)  
sucht für Mittwoch einen

## Dirigenten.

Offert. wolle man an **W. Viehmann**,  
Brangelstr. 5, richten. 26256

Undemitt. Musikanterr. „K“ Postamt 79.

## Franzbinderei und Blumenhandlung

## Robert Meyer,

Pr. 2. Mariannenstraße Pr. 2.  
Bildungs-Kränze, Guirlanden, Ball-  
sträußchen, Bouquets u. s. w. werden sehr  
geschmackvoll und preiswerth geliefert

**6 Pfund Albrecht's**  
Brot für  
50 Pfennig **Bäckerei,**  
Lieferer Wrangel-Strasse 8.  
Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.

## Möbel - Ausverkauf

des Möbelpolierers **Rosenthalerstr. 13.**  
Wegen ganz bedeutender Vergrößerung meiner  
Räumlichkeiten verkaufe ich mein Waaren-  
lager zu noch nie dagewesenen Preisen voll-  
ständig aus. Zum Umzuge und für Brautleute  
ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben,  
Küchenschränke, sowie einzelne Stücke gebogen  
und dünn einzutauschen. Man lasse sich nicht  
durch unangenehme Anpreisungen blenden,  
sondern besichtige sich die Möbel, welche man  
kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit  
meinen nur gebrauchten Möbeln und anerkant  
billigen Preisen. Durch Einkauf von 9 großen  
Möbelstücken zu günstigen Bedingungen verkaufe  
ich ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke  
ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbel-  
händler. Auch großes Lager gebrauchter und  
verkaufter gewasener Möbel zu nachherigen Spot-  
preisen. Arbeiterlohn u. Wart. Ausbaum-  
fleischerlohn u. Fleischerlohn, Romanose  
u. Sopha etc. Hertha mit Sprungbormatratze  
u. Kissen etc. Spiegel, Stühle, Ausbaum-  
trumeau mit Stufe etc. Küchenschrank etc.  
neue, hochfeine Küchenschrank etc. Hoch-  
schöne Ausbaum- und Mahagoni-Möbel (spor-  
tlich). Auch gebe ich Einrichtungen auf Zehlf-  
zahlung. Brautleute, welche ihre Möbel bei  
mir kaufen, erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis.  
Kein Abhängigkeitsgeschäft. Eigene Tapezier-  
u. Tischlerwerkstätten, vier große Möbelpolier-  
betriebe. Möbel können tollent auf meinen  
Lagerplätzen 3 Monate liegen bleiben und  
werden dann durch eigene Bedienung sauber trans-  
portiert und aufgestellt, auch nach außerhalb.

Eleg. Damen-Mantel-Kostime verl.  
bill. **Köhler**, Wendenhofstr. 10, O. II.

## Arbeitsmarkt.

## Avis f. Redaktionen!

Junger Mann, Buchbruder, sucht  
Stellung im Partei-Organ. Suchender  
träte am liebsten in die Redaktion ein  
und wäre nicht abgeneigt, für  
Lokales, Provinziales und Ge-  
werkschaftliches verantwortlich zu  
zeichnen. Mit Komptoirarbeiten und  
Korrekturen vertraut, wäre **Beicht-  
erkatterstellung (speziell Bericht)**  
nicht unerwünscht.  
Offerten unter **A. A. B.** an die  
Exped. d. Bl. erbeten. 26366

Bestenarbeiterin, 15-20 M. Lohn,  
verl. **Magdeburg**, Adlerstr. 7 v. 2 Tr.

Hüftenfleber vl. **Schmidt**, Laubenstr. 28.

Farbigmacher verl., 24 Mark Lohn,  
Eisenbahnstr. 10, 1 Tr. 26226

Lüchtige Korbmacher auf Rohrfiguren  
verl. **G. Schlieter**, Georgenkirchstr. 64.

## Wäschebrauche.

Gebühte Stämplerin 15 M. Wochen-  
lohn, Plätterinnen auf Umgelegttag,  
Chemisches, Manchetten verlangt  
Wäschejahr. **Froyer**, Georgenkirchstr. 24.

## Möbelpolierer!

In der Nähmaschinen- und Möbel-  
fabrik von  
**E. Just**, Blumenstraße 30,  
haben sämtliche Kollegen wegen Lohn-  
differenzen die Arbeit niedergelegt.  
147 3 **Der Vorstand.**

# Große öffentl. Versammlung aller Bildhauer Berlins

am Mittwoch, den 12. Februar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei **Joël**, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:

- Vortrag des Herrn Regierungsbaumeisters **Kessler**. 2. Sind die  
Bildhauer gewillt, in Verbindung mit den Forderungen der Tischler die alten  
Forderungen: Einführung der 8<sup>1/2</sup> stündigen Arbeitszeit und Lohnarbeit von  
neuem jetzt zu stellen? 3. Verschiedenes. 22 3

Der Vertrauensmann: **D. Meyer.**

## Zentralverein der Bildhauer.

Die heutige Versammlung fällt aus! Beiträge  
werden angenommen. Bibliothek ist geöffnet.  
22/4 **Der Vorstand.**

# Arbeiter und Arbeiterinnen der Hutbranche!

Dienstag, den 11. Februar, vormittags 10 Uhr,  
in der **Brauerei Friedrichshain:**

## Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

- Situationsbericht über die Aussperrung der Hutarbeiter  
und Arbeiterinnen. 88/4
  - Diskussion.
  - Verschiedenes.
- Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht eines jeden Kollegen.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

## Achtung!

Morgen, Mittwoch, den 12. Februar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,  
im Lokale des Herrn **Cohn** (großer Saal), Seuth-Strasse Nr. 20:

## Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Bezirke Berlins.  
Jede Werkstatt wird ersucht, einen Vertrauensmann  
zu entsenden.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert. Diejenigen  
Vertrauensmänner, welche zum ersten Mal von ihren Werkstellen ent-  
sendet werden, erhalten ihre Karte in der Versammlung ausgestellt.  
Nur Vertrauensmänner haben Zutritt.

## Friedrichsberg-Rummelsburg.

Mittwoch, den 12. Februar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des  
Herrn **Möbius**, Sani- u. Goethestrassen-Ecke:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

- Vortrag des Herrn **Dr. Joël**. 2. Diskussion. 3. Unsere Lohnbewegung.  
4. Verbandsangelegenheiten. 81/7
- Die Vertrauensleute werden ersucht, in der allgemeinen Vertrauens-  
männer-Versammlung in Cohn's Festsaal, Seuthstr. 20, zu erscheinen.

## Achtung! Zimmerer.

Mittwoch, 12. Februar, vorm. 10 Uhr, bei **Cohn**,  
Seuthstraße 20-22:

## Oeffentliche Versammlung

der streikenden und arbeitslosen Zimmerer  
Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

- Die Situation des Streiks.
- Zu dieser Versammlung sind sämtliche Arbeitgeber, welche die Forde-  
rung noch nicht bewilligt haben, brieflich eingeladen. 258/7

Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute.

J. A.: **Theodor Fischer.**

NB. Das Streiklokal befindet sich bei **Röllig**, Neue Friedrichstr. 44.  
In demselben muß sich jeder Arbeitslose täglich melden.

## Achtung! Zimmerer Achtung!

**Charlottenburgs und Umgegend.**  
Mittwoch, 12. Februar, abends 8 Uhr, in Bismarckshöhe,  
Wilmersdorferstr. 39:

## Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

- Der Streik der Zimmerer Berlins und Umgegend. 2. Diskussion. 258/6
- Verschiedenes.

Kameraden! Es ist Pflicht eines jeden Zimmerers, in dieser Versammlung  
zu erscheinen. — Alle Bauarbeiter werden ersucht, die mit ihnen auf den Bauten  
zusammenarbeitenden Zimmerer auf diese Versammlung zu verweisen.  
Der Vertrauensmann der Zimmerer Charlottenburgs.

## Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen.

Mittwoch, den 12. Februar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn  
**Bergner**, Auenstraße 16:

## Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:

- Vortrag über: Die Stellungnahme der Berliner Buchdrucker-  
Junung zu dem weiblichen Hilfspersonal. Referent: **Albert Massini**.
- Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.

Gäste können nur durch Mitglieder eingeführt werden. Um  
zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
26296 **Der Vorstand.**

## Brochnow's Ballsäle

**Sebastianstraße 39** an der  
**Jakobstraße.**  
Jeden Sonntag, Montag u. Dienstag:  
**Großer Ball.**

Mittwoch, Donnerstag u. Freitag zu  
Versammlungen zu vergeben. Einige  
Sonnabende sind noch frei. 4244L\*

## Th. Boltz' Festsäle,

S., Alte Jakob - Strasse 75.  
Amt I, 1082. 4274L\*

Empfehle meine Säle zur Abhaltung  
von Festlichkeiten und Versammlungen  
zu kulantesten Bedingungen.

Säle zu Festlichkeiten u. Versamml.  
untentgeltl. Alexanderstr. 270-